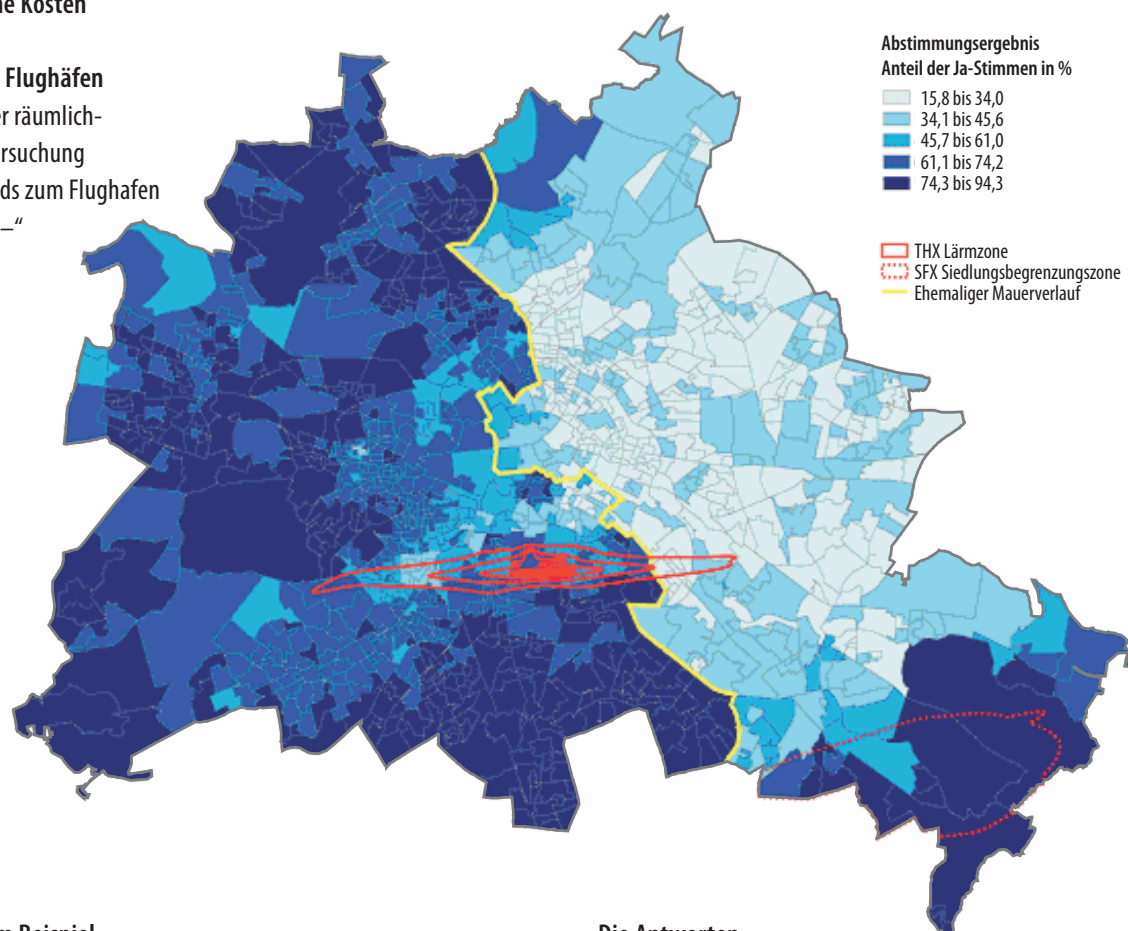


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

2 2010

**Wahrgenommene Kosten
und Nutzen
innerstädtischer Flughäfen**
– Ergebnisse einer räumlich-
empirischen Untersuchung
des Volksentscheids zum Flughafen
Berlin Tempelhof –“



Kartogramme am Beispiel
der räumlichen Verteilung von
Personen in SGB II-Bedarfsgemein-
schaften in Berlin und Brandenburg

Vergleich der Bundestagswahlen
2009 und 2005 in Berlin
in kleinräumiger Perspektive

Die Antworten
der Brandenburger Bevölkerung
auf freiwillige Fragen
im Mikrozensus 1994 bis 2008

Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

erhalten Sie

in Potsdam

Dortustraße 46

14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes

finden Sie unter www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ...** Angabe fällt später an
- ()** Ausagewert ist eingeschränkt
- /** Zahlenwert nicht sicher genug
- .** Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x** Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl

Impressum



**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**

4. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Dortustraße 46

14467 Potsdam

Tel.: 0331 39 - 444

Preis

Einzelheft EUR 6,00

ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg, 2010
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe
gestattet.

Aufsätze



Inhaltsübersicht

- 26** Wahrgenommene Kosten und Nutzen innerstädtischer Flughäfen
- 29** Kartogramme am Beispiel der räumlichen Verteilung von Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin und Brandenburg
- 35** Vergleich der Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin in kleinräumiger Perspektive
- 39** Die Antworten der Brandenburger Bevölkerung auf freiwillige Fragen im Mikrozensus 1994 bis 2008

Kurzgefasst ...

**2** ... aus Berlin und Brandenburg

Verarbeitendes Gewerbe
Januar 2010

Tourismus
Jahr 2009

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Jahr 2009

Erwerbstätigkeit
Jahr 2009, II. Quartal 2009

Baugewerbe
Jahr 2009

Einzelhandel
Jahr 2009

Finanzen
Jahr 2009

11 ... aus Deutschland

Verkehr
Januar 2009: Weniger Verkehrstote

Arbeitsmarkt
Jahr 2008: befristete Arbeitsverträge

Verdienste
Jahr 2009: Verdienstentwicklung

Haushaltserhebungen
I. Quartal 2009

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Jahr 2009

14 ... aus Europa

Produzierendes Gewerbe
Januar 2010: Auftragseingänge

Arbeitskosten
IV. Quartal 2009: Arbeitskosten gestiegen

Bevölkerung
Zum Internationalen Frauentag

Rubriken

**16** Wirtschaft im Überblick

Berlin
Dezember 2009

20 **Brandenburg**
Dezember 2009

48 **Historisches**
Grafische Darstellungen um 1910

50 **Aus der amtlichen Statistik**
Mitteilungen und Nachrichten

51 **Veröffentlichungen**
Berlin
Brandenburg

*Umschlag-
seite*

3**Karte**

SPD-Anteile an den Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin
a) Bundestagswahl 2009
b) Bundestagswahl 2005

*Umschlag-
seite*

4**Karte**

SPD-Anteile an den Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin
c) Verluste 2009 gegenüber 2005
d) Relative Stärke 2009 und 2005

Kurzgefasst



aus Berlin und Brandenburg

Verarbeitendes Gewerbe

Januar 2010: Berliner Industrie mit weniger Umsätzen

Die Umsätze der 326 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten nahmen im Januar 2010 um 9,6 % auf 1,5 Mrd. EUR gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ab. Das Auslandsgeschäft ging um 10,4 % auf 0,7 Mrd. EUR zurück, während die Einbußen im Inlandsgeschäft 8,9 % betrugen.

Den höchsten Umsatzverlust meldeten zum siebenten Mal in Folge die Maschinenbauer mit insgesamt 31,4 %, bei einem Minus von 26,8 % im Inlandsgeschäft. Die Pharmaziehersteller, als umsatzstärkste Branche in Berlin, erzielten 9,0 % weniger Umsätze als im Januar 2009.

Die zweitgrößte Branche, die Hersteller von Nahrungsmitteln, meldeten Umsatzeinbußen von 27,7 %.

Ende Januar 2010 waren 76 300 Personen in der Berliner Industrie beschäftigt. Das waren 1 277 oder 1,6 % weniger als vor einem Jahr. Am stärksten war auch hier der Maschinenbau betroffen: Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren dort 3,1 % weniger Personen tätig. Mehr Beschäftigte als im Januar 2009 meldeten die Pharmaindustrie (3,8 %) und die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (2,1 %).

Verarbeitendes Gewerbe

Januar 2010: Brandenburger Industrie- umsätze leicht gestiegen

Die 409 Brandenburger Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte meldeten für den Januar 2010 leicht gestiegene Umsätze und weniger Beschäftigte. Der Gesamtumsatz lag mit 1,3 Mrd. EUR um 0,5 % über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Während die Umsätze im Inland um 1,4 % auf 1,0 Mrd. EUR zurückgingen, sorgte ein Plus von 6,9 % im Auslandsgeschäft bei einem Umsatz von 0,3 Mrd. EUR für das insgesamt positive Ergebnis. Zugleich verringerte sich jedoch die Zahl der Beschäftigten binnen eines Jahres um 1 001 Personen auf derzeit 72 154 Beschäftigte, was einem Rückgang um 1,4 % entspricht.

Zwei der vier umsatzstärksten Branchen – die dominierenden Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln und die Hersteller von chemischen Erzeugnissen – erzielten Umsatzzuwächse von 0,6 % und 1,3 %. Dabei konnte die Nahrungsmittelindustrie die deutlich rückläufigen Auslandsumsätze (– 8,9 %) durch Steigerungen im Inlandsgeschäft (+ 3,5 %) mehr als ausgleichen. Die

chemische Industrie profitierte allein von beachtlichen zweistelligen Zuwachsraten im Auslandsgeschäft (+ 43,3 %).

Die beiden anderen bedeutenden Branchen – die metallherzeugenden/-bearbeitenden Betriebe und die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus – meldeten dagegen Umsatzeinbußen von 3,0 % und 6,1 %. Bei den metallherzeugenden/-bearbeitenden Betrieben kompensierten die erheblichen zweistelligen Zuwachsraten der Auslandsumsätze (+ 41,7 %) größtenteils die beachtlichen Verluste im Inlandsgeschäft (– 21,9 %).

Der Rückgang an Beschäftigten ist insbesondere bei den Herstellern von Metallherzeugnissen, von Möbeln, von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und bei den Herstellern von chemischen Erzeugnissen festzustellen. Mehr Beschäftigung meldeten die Hersteller von Nahrungsmitteln, von sonstigen Waren, aber auch die Betriebe mit Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen sowie der sonstige Fahrzeugbau.

**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen**
Jahr 2009:
**Beschäftigungszuwachs
in Berlin und
Brandenburg geringer**

In der Region Berlin-Brandenburg waren im 4. Quartal 2009 insgesamt 2,8 Mill. Personen erwerbstätig. Damit ist die Beschäftigung im Vergleich zum letzten Quartal des Vorjahres 2008 um 1,2 % oder 32 600 Personen angestiegen, jedoch schwächer als in den Vorquartalen 2009.

Damit lag der Beschäftigungsanstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Berlin im Anfangsquartal dieses Jahres bei 2,0 %, fiel zur Jahresmitte auf 1,8 %, erreichte im 3. Quartal 1,5 % und im 4. Quartal waren es nur noch 1,4 %. In 2008 wurden im Jahresverlauf vergleichsweise noch Zuwachsraten über 2 % gemessen. Im aktuell abgelaufenen 4. Quartal waren in Berlin insgesamt 1 687 400 Personen erwerbstätig, noch über 23 200 mehr als im Vorjahresquartal.

Die Wirtschaftskrise hinterließ auf dem Arbeitsmarkt auch in Brandenburg deutliche Spuren. Hier erhöhte sich 2009 die Erwerbstätigenzahl um 0,9 % im 1. Quartal, 0,8 % im 2. Quartal, 0,7 % im 3. Quartal und im 4. Quartal lag der Zuwachs bei 0,9 %. Im Jahr zuvor war noch ein stabiler Beschäftigungsanstieg durchweg in allen Quartalen von über 1 % erzielt worden. Über einen Arbeitsplatz in Brandenburg verfügten im abgelaufenen 4. Quartal 2009 insgesamt 1 072 500 Personen, 9 400 mehr als im Vorjahresquartal.

Während Berlin und Brandenburg in allen Quartalen des Jahres 2009 eine positive Beschäftigungsbilanz aufwiesen, war die Entwicklung im Durchschnitt aller Bundesländer im 3. und 4. Quartal negativ. Nach einem geringen Anstieg in Deutschland in der ersten Jahreshälfte (1. Quartal: + 0,5 %; 2. Quartal: + 0,1 %) sank die Erwerbstätigkeit im 3. Quartal um 0,2 % und im 4. Quartal um 0,4 % unter das Niveau des Vorjahresquartals.

Als einziges Bundesland erreichte Berlin in allen vier Quartalen einen über der 1 %-Marke liegenden Beschäftigungszuwachs. Immer mehr Länder gerieten innerhalb des Jahres hingegen ins Minus. Die verstärkte Inanspruchnahme der Kurzarbeit verhinderte einen noch stärkeren Abbau von Arbeitsplätzen.

Im 4. Quartal waren in Deutschland zwar weniger Personen in Kurzarbeit als zu ihrer Spitzenzeit im Monat Mai (1,5 Mill. Personen), aber immer noch 984 000 Personen. Das sind 3,5 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

In Brandenburg war die Ausweitung der Kurzarbeit insgesamt stärker ausgeprägt als in Berlin. So arbeiteten im Jahr 2009 in Brandenburg durchschnittlich 20 400 Personen in Kurzarbeit, das waren 2,8 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Berlin waren hingegen im Durchschnitt nur 14 100 Personen in Kurzarbeit, das waren 1,3 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ihren Höhepunkt erreichte die Kurzarbeit in Brandenburg bereits im März 2009 mit 25 400 Personen, Ende Dezember waren hier noch 17 300 Personen in Kurzarbeit. In Berlin war der Höhepunkt im Juni mit 18 600 Personen erreicht und Ende Dezember standen noch 11 800 Personen in Kurzarbeit.

Die Beschäftigungssituation der Region Berlin-Brandenburg konnte sich bisher trotz der Wirtschaftskrise überdurchschnittlich gut in Deutschland behaupten, weil die Krise vor allem das Produzierende Gewerbe erfasste, die Region aber über eine stark dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur verfügt. So blieb auch die vermehrte Beschäftigung in Kurzarbeit hier von geringerer Bedeutung. Dagegen verzeichnete die Region weiterhin einen Anstieg der größten Beschäftigtengruppe, der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Während diese bundesweit im 4. Quartal um 0,5 % sank, lag ihre Zahl in Berlin im 4. Quartal um 1,8 % und in Brandenburg um 0,5 % höher als im Vorjahresquartal.

Der Abbau von Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe fiel im 4. Quartal 2009 in Berlin (– 0,9 %) und Brandenburg (– 0,4 %) deutlich gemäßigter als im Durchschnitt Deutschlands (– 3,2 %) aus. In den Dienstleistungsbereichen weitete Berlin die Beschäftigung um 1,7 % und Brandenburg um 1,2 % aus (Deutschland: + 0,6 %).

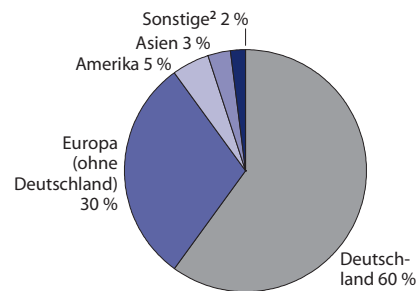
Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Veränderung zum Vorjahreszeitraum		
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	nachrichtlich: Deutschland
	Personen in 1 000		in %		
Land- und Forstwirtschaft;					
Fischerei	5,3	38,5	4,1	1,7	0,1
Produzierendes Gewerbe	215,5	242,9	–0,9	–0,4	–3,2
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe	129,2	133,1	–2,3	–1,6	–4,4
Baugewerbe	74,6	95,3	2,2	1,6	0,6
Dienstleistungsbereiche	1 466,6	791,1	1,7	1,2	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	389,9	263,6	1,5	1,0	0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	389,2	150,5	0,2	–0,9	–1,5
Öffentliche und private Dienstleister	687,5	376,9	2,7	2,3	2,1
Insgesamt	1 687,4	1 072,5	1,4	0,9	–0,4

**Erwerbstätige im
4. Quartal 2009
in Berlin und
Brandenburg
nach Wirtschafts-
bereichen**

Tourismus Jahr 2009: Berlin mit bestem Tourismusjahr aller Zeiten

Das Jahr 2009 ist das bisher erfolgreichste Jahr im Berlin-Tourismus. 8,3 Mill. Besucher statteten der deutschen Hauptstadt im vergangenen Jahr einen Besuch ab. Das entspricht einem Zuwachs von 4,5 %. Die Zahl der Übernachtungen in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben stieg im gleichen Zeitraum um 6,2 % auf 18,87 Mill. Insgesamt reisten im vergangenen Jahr 5,4 Mill. Besucher aus dem Inland an die Spree, wo sie 11,4 Mill. Nächte verbrachten. Das entspricht einem Zuwachs von 4,5 % bei den Ankünften und von 6,4 % bei den Übernachtungen. Ebenfalls positiv entwickelten sich die Gästezahlen aus dem Ausland. Mit 2,88 Mill. Besuchern kamen 4,6 % mehr internationale Touristen als im Vorjahr. Sie sorgten für 7,5 Mill. Übernachtungen, ein Anstieg um 5,9 %. Die wichtigsten Auslandsmärkte waren Großbritannien, Italien und die Niederlande.

Mit durchschnittlich 2,3 Tagen blieben die Gäste auch länger als in Hamburg oder München.



Struktur des Übernachtungs- aufkommens der Besucher in den Berliner Beherber- gungsbetrieben¹ 2009

- 1 Betriebe mit mindestens 9 Betten
2 Afrika, Australien, Neuseeland, Ozeanien sowie ohne Angabe des Wohnsitzes

Das Bettenangebot stieg insgesamt um 10,1 %. Im Dezember standen den Berlinbesuchern 109 700 Betten in 726 Beherbergungsbetrieben (einschließlich Urlaubscamping) zur Verfügung.

Im vorherrschenden Segment Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen hat sich das Übernachtungsangebot in allen Größenklassen deutlich erweitert: überdurchschnittlich in Betrieben mit 250 bis 499 Betten sowie in denen mit mehr als 500 Betten.

Tourismus Jahr 2009: Zahl der Übernachtungen in Brandenburg gestiegen

Im Jahr 2009 meldeten die Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping des Landes Brandenburg mit 10,25 Mill. Übernachtungen 0,8 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Gäste ging um 0,6 % auf 3,71 Mill. zurück. Das bedeutet, dass sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste von 2,7 Tagen auf 2,8 Tage erhöhte.

Bei den Gästen aus dem Inland war sowohl bei den Übernachtungen (+ 1,7 %) als auch bei den ankommenden Gästen (+ 0,5 %) ein Zuwachs zu verzeichnen.

Dagegen gingen sowohl die Übernachtungen (– 10,5 %) als auch die Gästezahl (– 11,6 %) aus dem Ausland zurück. Die wichtigsten Herkunftsländer waren wie im Vorjahr die Niederlande, Polen, Dänemark und Schweden.

Die Zahl der geöffneten Beherbergungsstätten (ohne Campingplätze) ging von 1 253 (Jahresende 2008) auf 1 245 Ende Dezember 2009 leicht zurück. Das Bettenangebot erhöhte sich dagegen um fast 1 900 auf zuletzt rund 70 700 Betten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Dezember jeweils etwa 170 Saisonbetriebe mit rund 8 500 Betten geschlossen sind. In den Sommermonaten sind die Zahl der Betriebe und die Bettenzahl also wesentlich höher. Die durchschnittliche Bettenauslastung ging im Jahr 2009 auf 34,5 % gegenüber 35,2 % im Jahr 2008 zurück.

Im Dezember 2009 waren 41 Campingplätze für Urlaubscamping mit rund 2 800 Stellplätzen geöffnet. Das waren etwa 300 Stellplätze weniger als im Dezember des Vorjahres und wesentlich weniger als in den Sommermonaten (mit bis zu 183 geöffneten Campingplätzen und 11 000 Stellplätzen). Der Campingtourismus hatte 2009 im Land Brandenburg einen Anteil von 7,6 % (Vorjahr: 6,7 %) bei den Gästeankünften und 8,7 % (Vorjahr: 7,5 %) bei den Übernachtungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf Campingplätzen betrug 3,2 Tage.

Im Monat Dezember 2009 kamen in den Beherbergungsbetrieben rund 518 000 Übernachtungen von 194 700 Gästen hinzu. Das waren 1,4 % mehr Übernachtungen als im Dezember 2008, während die Gästezahl stagnierte.

Die durchschnittliche Auslastung der angebotenen Betten lag mit 23,9 % sowohl unter dem Jahresdurchschnitt als auch unter dem Dezember des Vorjahres (24,2 %).

Gäste und Übernachtungen in den Beherber- gungsbetrieben des Landes Brandenburg im Jahr 2009

Reisegebiet	Jahr 2009			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Prignitz	106 700	–0,7	277 100	3,8
Ruppiner Land	443 200	2,7	1 290 800	2,3
Uckermark	255 800	–1,7	795 100	2,3
Barnimer Land	210 7 00	–1,4	731 200	–0,9
Märkisch-Oderland	205 300	–5,0	736 200	–1,0
Oder-Spree-Seengebiet	426 200	2,3	1 229 500	3,9
Dahme-Seengebiet	3 345 001	2,2	707 400	10,3
Spreewald	498 400	–1,3	1 274 000	0,4
Niederlausitz	141 700	–5,5	417 900	–3,4
Elbe-Elster-Land	48 300	–0,7	211 300	0,5
Fläming	399 000	–6,1	980 700	–6,6
Havelland	284 800	1,1	769 800	2,4
Potsdam	351 200	–6,1	830 900	–1,7
Land Brandenburg	3 705 600	–0,6	10 252 000	0,8

Erwerbstätigkeit

Jahr 2009: Zahl der Erwerbstätigen höher – bei sinkender Arbeitszeit in Berlin-Brandenburg

Im Jahr 2009 hat die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg bei sinkender Pro-Kopf-Arbeitszeit weiter zugenommen. Unter dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Jahr 2008 jedoch wesentlich geringer aus.

Im Jahr 2009 waren in Berlin im Jahresdurchschnitt insgesamt 1 665 600 Personen erwerbstätig. Gegenüber dem Jahr 2008 wurde ein Anstieg der Erwerbstätigkeit von 1,7 % oder 27 500 Personen erreicht (2008 waren es noch + 2,1 %). Dies war der höchste Zuwachs aller Bundesländer Deutschlands. Nur noch sechs weitere Länder konnten überhaupt eine positive Beschäftigungsbilanz aufweisen.

Auch in Brandenburg erhöhte sich 2009 die Zahl der Erwerbstätigen um 0,8 % oder 8 600 Personen auf 1 056 900 Personen (2008: + 1,3 %). In der Region Berlin-Brandenburg ist insgesamt ein Zuwachs an Beschäftigung von 1,3 % oder 36 100 Personen erreicht worden. Damit fiel das jetzt berechnete Ergebnis sowohl in Berlin als auch in Brandenburg um 0,1 Prozentpunkte geringfügig positiver aus als noch im Januar 2010 eingeschätzt. In Deutschland waren im Jahr 2009 durchschnittlich 40,3 Mill. Personen erwerbstätig. Damit wurde fast das Vorjahresniveau erreicht.

Durch die verstärkte Inanspruchnahme der Kurzarbeit sowie der Abbau von Überstunden und das Abschmelzen von Guthaben auf Arbeitszeitkonten wurde im Jahr 2009 der Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung gedämpft. In den neuen Bundesländern ohne Berlin ging die Erwerbstätigkeit mit 0,4 % wesentlich stärker zurück als in den alten Bundesländern ohne Berlin mit 0,1 %.

In Berlin und Brandenburg trugen zu dem positiven Ergebnis sowohl die Arbeitnehmer als auch die Selbstständigen bei. In Berlin hat die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 2,4 % von allen Bundesländern am stärksten zugenommen, obwohl auch hier in der 2. Jahreshälfte eine spürbare Abschwächung einsetzte. In Brandenburg wurden im Durchschnitt 0,5 % oder 3 000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als im Jahr 2008 gezählt. Außerdem trug in Brandenburg und noch stärker in Berlin auch die Aufstockung der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung zur Erhöhung der Arbeitnehmerzahlen bei. Bei den Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) ist die Förderung in Berlin kräftig zurückgefahren worden (– 16,9 % oder 5 000 Personen). In Brandenburg dagegen stieg die geförderte Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten sogar um 3,8 % oder 700 Personen an.

Im Ergebnis dieser Entwicklung nahm 2009 die Arbeitnehmerzahl in Berlin um 1,6 % oder 23 200 Personen zu. In Brandenburg waren es 0,6 % oder 5 300 Personen mehr. In Deutschland wurde das Vorjahresniveau erreicht.

Die Gruppe der Selbstständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen leisteten in Berlin und Brandenburg weiterhin einen positiven Beitrag zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit, in Deutschland ging hingegen die Zahl der Selbstständigen um 0,5 % zurück. In Berlin betrug der Zuwachs der Selbstständigen 1,9 % oder 4 400 Personen und in Brandenburg waren es 2,5 % oder 3 200 Personen mehr als in 2008. Die Selbstständigquote – Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbs-

tätigen – betrug in Berlin 14,1 % und in Brandenburg lag sie bei 12,3 % (Deutschland: 11,0 %).

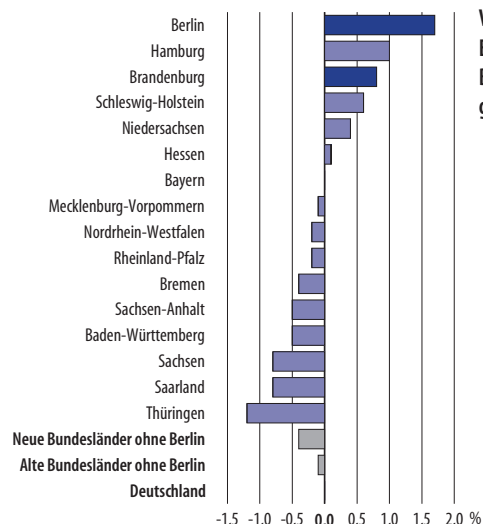
Unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise wurden in der Region Berlin-Brandenburg wie auch deutschlandweit im Jahr 2009 weniger Arbeitsstunden von den Erwerbstätigen geleistet als noch ein Jahr zuvor. Pro Kopf bedeutete das 2009 gegenüber 2008 einen Rückgang der Jahresarbeitszeit im Durchschnitt aller Bundesländer um 2,8 % (2008: – 0,1 %). Ursache dafür ist im Wesentlichen die Ausweitung der Kurzarbeit.

In Berlin haben die 1,7 Mill. Erwerbstätigen insgesamt 2 378 Mill. Arbeitsstunden erbracht und damit 0,2 % oder 6 Mill. Stunden weniger als in 2008 gearbeitet. In Brandenburg wurden von den 1,1 Mill. Erwerbstätigen 1,1 % oder 17 Mill. Arbeitsstunden weniger geleistet. Das Arbeitsvolumen erreichte hier insgesamt 1 534 Mill. Stunden.

Ein Erwerbstätiger leistete in Berlin 2009 im Durchschnitt 1 428 und in Brandenburg 1 451 Arbeitsstunden. In beiden Ländern wurde damit länger als bundesweit im Durchschnitt (1 390 Stunden) gearbeitet. Die jährliche Pro-Kopf-Arbeitszeit hat sich gegenüber dem vorangegangenen Jahr sowohl in Berlin als auch in Brandenburg um jeweils 28 Stunden vermindert, in Deutschland betrug der Rückgang 40 Stunden je Erwerbstätigen.

Die Arbeitszeit eines Erwerbstätigen wird neben der unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage in den Bundesländern durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren bestimmt. Dazu gehören neben regionalen und branchenspezifischen Tariffestlegungen oder besonderen Arbeitszeitregelungen der Arbeitgeber und Unterschieden im zeitlichen Arbeitsumfang von Beschäftigungsverhältnissen (abhängige und selbstständige Erwerbstätigkeit, marginale Beschäftigungsformen, Voll- und Teilzeitarbeit) auch die Mehr- und Kurzarbeit sowie krankheitsbedingte Ausfallzeiten.

Diese die Arbeitszeit bestimmenden Faktoren waren auch im vergangenen Jahr regional unterschiedlich ausgeprägt, sodass die voneinander abweichende geleistete Pro-Kopf-Arbeitszeit in den Bundesländern kein Maßstab der Intensität und Qualität der verausgabten Arbeitszeit darstellt. Die Unterschiede machen im Durchschnitt bis zu 90 Stunden je Erwerbstätigen aus. Die niedrigste Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 359 Stunden verzeichnete Bremen, die höchste mit 1 448 Stunden Hamburg.

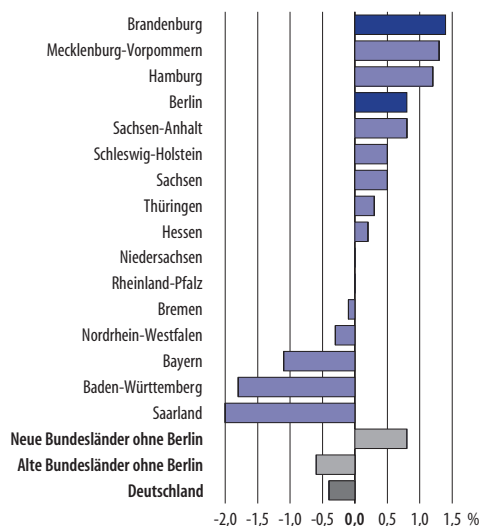


Veränderung der Erwerbstätigen in den Bundesländern 2009 gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätigkeit Jahr 2009: Anstieg der Arbeitnehmereinkommen in Berlin und Brandenburg

Die Summe der gezahlten Arbeitnehmerentgelte ist im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr in Berlin um 2,7 % und in Brandenburg um 2,2 % gestiegen. Die Arbeitnehmerentgelte beinhalten die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Mit dem Ergebnis hoben sich die beiden Länder positiv vom Bundesergebnis ab, wo die Summe der gezahlten Arbeitnehmerentgelte leicht rückläufig war. Die Entwicklung in Berlin und Brandenburg resultiert zum einen daraus, dass in beiden Ländern 2009 auch beim Beschäftigungsaufbau Spitzenwerte in der Reihe

Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeit- nehmer in den Bundesländern 2009 gegenüber dem Vorjahr



Erwerbstätigkeit Jahr 2009: Unterschiedliche Entwicklung der Durch- schnittsverdienste in Berlin-Brandenburg

Die durchschnittlichen Bruttoverdienste der Arbeitnehmer sind im Jahr 2009 in Berlin um 0,8 % und in Brandenburg um 1,4 % gestiegen. Bundesweit sind die Bruttoverdienste gegenüber dem Vorjahr aber um 0,4 % auf 27 648 EUR gesunken. Trotz dieser vergleichsweise positiven Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg liegen die Verdienste in Berlin mit 27 444 EUR und in Brandenburg mit 23 222 EUR weiterhin unter dem Durchschnittsniveau aller Länder. In die Ermittlung dieser Durchschnittswerte werden die Bruttolöhne und -gehälter aller Arbeitnehmer einbezogen, auch der leitenden Angestellten, Vorstandsmitglieder, Beamten und geringfügig Beschäftigten, wie Personen mit Minijobs oder in Arbeitsgelegenheiten. Dabei beinhalten die Bruttolöhne und -gehälter nicht nur die monatlichen Entgelte der Arbeitnehmer, sondern auch Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld. Das Kurzarbeitergeld geht dagegen nicht in die Berechnung der Bruttoverdienste ein. Ebenfalls kein Bestandteil der Bruttolöhne und -gehälter sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die Entwicklung der Durchschnittsverdienste verlief in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Im produzierenden Gewerbe lagen die Durchschnittsverdienste 2009 unter denen des Vorjahres. Das ist vor allem auf die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Hier sind die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer wie in fast allen Bundesländern gesunken. Mit 1,3 % in Berlin und 2,2 % in Brandenburg fiel der Rückgang aber nicht so stark aus wie im Bundesdurchschnitt (3,6 %). Auch der Einfluss dieses Bereichs auf die Gesamtentwick-

lung der Verdienste in der Region war mit einem Anteil an allen Arbeitnehmern von nur noch 10,5 % geringer als im gesamten Bundesgebiet, wo 20 % der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind.

Für das Baugewerbe wurden höhere Durchschnittsverdienste als 2008 ermittelt. In den Dienstleistungsbereichen war die Verdienstentwicklung in beiden Ländern positiv. In Berlin lagen die Verdienste um 1,3 % und in Brandenburg um 2,1 % über denen des Vorjahres. Deutliche Entgeltsteigerungen gab es für die Beschäftigten im Verkehr. Hier verdienten die Arbeitnehmer in Berlin 4,0 und in Brandenburg 4,5 % mehr als im Vorjahr. Für die Beschäftigten der öffentlichen und Privaten Dienstleister sowie in Brandenburg auch der Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister konnten ebenfalls höhere Durchschnittsverdienste ermittelt werden. Dagegen mussten die Arbeitnehmer im Berliner Gastgewerbe Verdiensteinbußen von 1,2 % hinnehmen.

Die Zahl der je Arbeitnehmer geleisteten Stunden ist in Berlin (-2,3 %) und Brandenburg (-2,4 %) wie auch in allen anderen Ländern gesunken. Dieser Rückgang ist überwiegend in der Ausweitung der Kurzarbeit und dem Abbau von Arbeitszeitguthaben begründet. Aber auch die Entwicklung der Teilzeitarbeit, die Inanspruchnahme von Urlaub oder Ausfallzeiten durch Krankheit wirken sich hier aus. Für das Jahr 2009 wurden dadurch in allen Bereichen bei den Verdiensten pro geleistete Stunde deutliche Zuwächse ermittelt. Im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Reduzierung der Arbeitszeit durch Kurzarbeit auch geringere Pro-Kopf-Verdienste bewirkte, gab es die höchsten Steigerungsraten bei den Stundenverdiensten.

Weil im Jahr 2009 verstärkt Arbeitszeitkonten abgebaut wurden, gingen die geleisteten Stunden der Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr in Berlin um 0,7 % und in Brandenburg um 1,8 % zurück. Der Verdienst je geleistete Arbeitsstunde stieg dadurch in beiden Ländern stärker als der Verdienst je Arbeitnehmer, in Berlin um 3,1 % und in Brandenburg um 3,9 %.

Die Zahl der je Arbeitnehmer geleisteten Stunden ist in Berlin (-2,3 %) und Brandenburg (-2,4 %) wie auch in allen anderen Ländern gesunken. Dieser Rückgang ist überwiegend in der Ausweitung der Kurzarbeit und dem Abbau von Arbeitszeitguthaben begründet. Aber auch die Entwicklung der Teilzeitarbeit, die Inanspruchnahme von Urlaub oder Ausfallzeiten durch Krankheit wirken sich hier aus. Für das Jahr 2009 wurden dadurch in allen Bereichen bei den Verdiensten pro geleistete Stunde deutliche Zuwächse ermittelt. Im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Reduzierung der Arbeitszeit durch Kurzarbeit auch geringere Pro-Kopf-Verdienste bewirkte, gab es die höchsten Steigerungsraten bei den Stundenverdiensten.

Erwerbstätigkeit**II. Quartal 2009:
Zahl der Pendler in Berlin
und Brandenburg
weiter steigend**

Das Pendeln der Erwerbstätigen zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenze hinweg hat in Berlin und Brandenburg im 2. Quartal 2009 weiter zugenommen, jedoch in geringerem Ausmaß als noch im Jahr 2008. In beiden Ländern haben die Berufspendler zum Beschäftigungsaufbau beigetragen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die im 2. Quartal 2009 einen Arbeitsplatz in Berlin hatten, ist im Vergleich zum Vorjahresquartal um 29 600 Personen bzw. 1,8 % auf insgesamt 1 661 100 gestiegen. Davon kamen 265 600 bzw. 16 % aus anderen Bundesländern. Das waren 9 100 bzw. 3,5 % Einpendler mehr als im 2. Quartal 2008.

Die Zahl der Berliner am Wohnort, die im 2. Quartal 2009 erwerbstätig waren, nahm um 24 100 Personen bzw. 1,6 % auf 1 543 800 zu. Davon waren 148 300 Personen bzw. fast 10 % außerhalb Berlins beschäftigt. Das waren 3 600 bzw. 2,5 % Auspendler mehr als im gleichen Vorjahresquartal.

Im Ergebnis der fortgesetzten Ausweitung der Pendlerströme in Berlin und Brandenburg zeigt sich per saldo auf dem Berliner Arbeitsmarkt eine Zunahme des Einpendlerüberschusses um 5 500 Erwerbstätige. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz in Berlin um 117 300 über der Zahl der in Berlin ansässigen Erwerbstätigen.

Auch der Brandenburger Arbeitsmarkt profitierte 2009 vom zunehmenden Pendeln Erwerbstätiger über Ländergrenzen hinweg. So kamen im 2. Quartal 2009 aus anderen Bundesländern 900 bzw. 0,7 % Erwerbstätige mehr zu Arbeitsorten im Land Brandenburg als noch im gleichen Vorjahresquartal. Insgesamt gab es rund 122 000 Einpendler. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit insgesamt im Land lag damit bei 0,8 % (+ 8 600 Personen). Von den insgesamt 1 054 100 Erwerbstätigen in Brandenburg kamen somit fast 12 % von außerhalb.

Die Zahl der in Brandenburg ansässigen Erwerbstätigen erhöhte sich weiter, weil mehr Personen einen Arbeitsplatz außerhalb des Landes aufsuchten. Ihre Zahl nahm im 2. Quartal 2009 um 10 700 Personen bzw. 0,9 % auf 1 209 100 zu. Davon waren 277 000 Personen bzw. 22,9 % außerhalb Brandenburgs beschäftigt, 3 000 Personen bzw. 1,1 % mehr als im gleichen Vorjahresquartal.

In Brandenburg erhöhte sich anders als in Berlin, wo es einen Anstieg des Einpendlerüberschusses gab, der Auspendlerüberschuss

um 2 100 Personen. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Land Brandenburg um 155 000 unter der Zahl der hier ansässigen Erwerbstätigen.

Auf das Engste ist der Brandenburger Arbeitsmarkt mit Berlin verbunden, denn der größte Teil der auspendelnden sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen ist in Berlin erwerbstätig.

Das waren zur Jahresmitte 2009 rund 71 % (176 800 Personen) aller sozialversicherungspflichtigen Brandenburger Auspendler. Weitere Zielländer waren Sachsen mit einem Auspendleranteil von 6,1 % sowie Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen mit jeweils über 3 %.

Umgekehrt kommen auch die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von außerhalb Brandenburgs aus Berlin, nämlich rund 62 % (68 200 Personen).

Brandenburger Arbeitsplätze waren unter den Einpendlern insbesondere auch für rund 15 600 Personen (14 %) aus Sachsen, 8 100 Personen (7 %) aus Sachsen-Anhalt und 7 000 Personen (6 %) aus Mecklenburg-Vorpommern attraktiv.

Die stärksten Pendlerströme auf dem Berliner Arbeitsmarkt beziehen sich in erster Linie auf Brandenburg, weit abgeschlagen folgen Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen.

Zur Jahresmitte 2009 kamen fast drei Viertel aller nach Berlin pendelnden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus Brandenburg. Nach der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit betraf das 176 800 Beschäftigte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal waren das 2 400 Brandenburger bzw. 1,4 % mehr. Darunter pendelten täglich allein aus dem Kreis Oberhavel 28 600 Personen, aus dem Kreis Barnim 24 000 Personen und aus Märkisch-Oderland 22 500 Personen zur Arbeit nach Berlin. Aus der Stadt Potsdam nahmen 13 300 Beschäftigte ihren Arbeitsweg nach Berlin.

Nach dem Nachbarland Brandenburg kamen die meisten Einpendler aus Nordrhein-Westfalen mit über 10 000 Personen nach Berlin, das sind 4,5 % aller auswärtigen Beschäftigten, gefolgt von Sachsen mit 7 500 Personen bzw. 3,1 %.

Auch die meisten auspendelnden Berliner bevorzugten Arbeitsplätze in Brandenburg. Rund die Hälfte der insgesamt 137 200 auspendelnden sozialversicherungspflichtig beschäftigten Berliner hatten Arbeitsplätze in Brandenburg, 800 Personen bzw. 1,2 % mehr als zur Jahresmitte 2008. Von diesen Berlinern pendelten die meisten täglich in die Stadt Potsdam (13 000 Personen) sowie in den Landkreis Dahme-Spreewald (9 200 Personen).

Andere außer Brandenburg bevorzugte Bundesländer waren Nordrhein-Westfalen, wohin sich rund 13 % (17 200 Personen) bewegten, sowie Bayern, wohin rund 7 % (9 100 Personen) zur Arbeit fuhren.

Quartal	Erwerbstätige am Arbeitsort	Einpendler	Auspendler	Pendlersaldo (Einpendler- überschuss: +)	Erwerbstätige am Wohnort
		über die Landesgrenze			
1 000 Personen					
1. Vj 2008 ...	1 184,6	114,3	272,4	-158,1	1 026,4
2. Vj 2008 ...	1 198,5	121,1	274,0	-153,0	1 045,5
3. Vj 2008 ...	1 210,8	125,8	278,7	-152,9	1 058,0
4. Vj 2008 ...	1 222,5	120,8	280,2	-159,4	1 063,1
1. Vj 2009 ...	1 194,6	117,3	276,2	-159,0	1 035,6
2. Vj 2009 ...	1 209,1	122,0	277,0	-155,0	1 054,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %					
1. Vj 2008 ...	1,6	3,5	4,1	x	1,2
2. Vj 2008 ...	1,8	3,6	3,8	x	1,5
3. Vj 2008 ...	1,8	2,5	3,3	x	1,5
4. Vj 2008 ...	1,4	2,1	2,6	x	1,2
1. Vj 2009 ...	0,8	2,6	1,4	x	0,9
2. Vj 2009 ...	0,9	0,7	1,1	x	0,8

**Erwerbstätige am Wohn-
und Arbeitsort Branden-
burg 2008 und 2009**

Baugewerbe Jahr 2009: Rückgang der Baugenehmigungen in Berlin

Die Berliner Bauaufsichtsbehörden haben im Jahr 2009 insgesamt 2 959 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 10,8 % weniger als im Vorjahr (3 316). Von den geplanten 5 603 Wohnungen werden 4 419 Wohnungen neu gebaut; durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 1 184 Wohnungen zur Verfügung stehen. Die veranschlagten Kosten aller bis einschließlich Dezember 2009 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 2,2 Mrd. EUR, eine Zunahme um 11,3 % gegenüber dem Jahr 2008.

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben insgesamt, oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z. B. durch Zusammenlegungen, führen.

Die meisten Baugenehmigungen in Berlin sind für Wohneinheiten in den Bezirken Pankow, Mitte und Treptow-Köpenick erteilt worden. Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen liegt 15,0 % unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. 1 641 Wohnungen werden als Einheiten in Ein- und Zwei-Familienhäusern, 2 688 Wohnungen in Geschossbauten geplant. Im Berichtszeitraum wurden 275 Genehmigungen (Vorjahr: 248) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 627 900 m² erteilt.

Bezirk	Ins- gesamt	Wohnungen ¹	
		ins- gesamt	darunter Neubau
Mitte	136	1 023	824
Friedrichshain-Kreuzberg	72	455	380
Pankow	532	1 621	1 138
Charlottenburg-Wilmersdorf	147	221	187
Spandau	236	225	222
Steglitz-Zehlendorf	280	138	128
Tempelhof-Schöneberg	122	126	86
Neukölln	92	68	48
Treptow-Köpenick	303	576	437
Marzahn-Hellersdorf	505	487	436
Lichtenberg	289	544	396
Reinickendorf	245	119	137
Berlin	2 959	5 603	4 419

Baugenehmigungen in Berlin im Jahr 2009

Baugewerbe Jahr 2009: Baugenehmigungen im Land Brandenburg rückläufig

Die Brandenburger Bauaufsichtsbehörden haben im Jahr 2009 insgesamt 6 831 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 6,1 % weniger als im Vorjahr (7 273). Von den geplanten 7 295 Wohnungen werden 6 440 Wohnungen neu gebaut; durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 855 Wohnungen zur Verfügung stehen. Die veranschlagten Kosten aller bis einschließlich Dezember 2009 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 1,7 Mrd. EUR, ein Rückgang um 18,4 % gegenüber dem Jahr 2008.

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben insgesamt, oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z. B. durch Zusammenlegungen, führen.

Die meisten Baugenehmigungen für Wohneinheiten sind in der kreisfreien Landeshauptstadt Potsdam, im Kreis Potsdam-Mittelmark sowie im Kreis Barnim erteilt worden. Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen liegt 12,3 % über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. 4 332 Wohnungen werden als Einheiten in Ein- und Zwei-Familienhäusern, 2 015 Wohnungen in Geschossbauten geplant. Im Berichtszeitraum wurden 741 Genehmigungen (Vorjahr: 836) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 778 200 m² erteilt.

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Wohnungen ¹	
		ins- gesamt	darunter Neubau
Brandenburg an der Havel	127	214	160
Cottbus	201	251	213
Frankfurt (Oder)	84	148	127
Potsdam	387	1 446	1 296
Barnim	670	649	564
Dahme-Spreewald	665	600	510
Elbe-Elster	161	84	56
Havelland	593	485	480
Märkisch-Oderland	512	422	411
Oberhavel	590	560	516
Oberspreewald-Lausitz	119	125	94
Oder-Spree	485	488	429
Ostprignitz-Ruppin	233	183	107
Potsdam-Mittelmark	900	837	783
Prignitz	177	107	56
Spree-Neiße	209	115	103
Teltow-Fläming	465	361	312
Uckermark	253	220	223
Land Brandenburg	6 831	7 295	6 440

Baugenehmigungen im Land Branden- burg im Jahr 2009

Einzelhandel Jahr 2009: Berliner Einzelhandel mit Umsatzrückgängen und Beschäftigtenabnahme

Im Dezember 2009 meldete der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) nach vorläufigen Berechnungen einen Umsatzrückgang von nominal 1,5 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, lag der Umsatz um 2,0 % unter dem Vorjahreswert. Der Dezember hatte in diesem Jahr 28 Verkaufstage (einschließlich verkaufsoffener Sonntage) und damit genau so viele wie im Jahr 2008.

Rückläufige Umsätze musste besonders der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (– 7,9 %) hinnehmen. Einzig der Handel mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrich-

tungsbedarf konnte im Weihnachtsgeschäft eine leichte Umsatzsteigerung von 0,5 % erwirtschaften.

Damit schloss der Einzelhandel auch das Jahresgeschäft mit Umsatzverlusten ab (– 1,7 %). Real, also ohne Berücksichtigung der Preisveränderungen, wurde das Ergebnis von 2008 um 1,8 % verfehlt.

Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel war im Dezember gegenüber 2008 um 1,9 % rückläufig. Im Jahresvergleich war sie stabil und nahm um 0,1 % leicht zu. Bei den Vollbeschäftigten war 2009 ein Rückgang zu verzeichnen (– 5,2 % im Dezember und – 3,3 % im Jahr 2009). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm im Dezember (+ 0,7 %) sowie im Jahr 2009 (+ 2,7 %) zu.

Wirtschaftszweig	Dezember 2009			Januar bis Dezember 2009		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-1,5	-2,0	-1,9	-1,7	-1,8	0,1
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	-1,8	-1,8	-2,1	-2,6	-2,3	3,1
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-7,9	-9,2	-0,5	-5,8	-7,3	-3,1
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	0,5	0,9	-4,1	-1,6	-1,2	-4,1
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	-1,4	-3,1	-1,1	-0,6	-1,7	-1,5
außerhalb von Verkaufsräumen!	-1,5	-3,2	-2,5	1,9	4,8	1,7

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im Dezember 2009

– vorläufige Ergebnisse –

1 an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Einzelhandel Jahr 2009: Einzelhandel im Land Brandenburg mit Umsatzminus

Im Dezember 2009 setzte der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg nach vorläufigen Berechnungen nominal 2,5 % weniger um als im Dezember 2008. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, wurde 2,7 % weniger umgesetzt als im Vorjahresmonat. Im

Dezember 2009 standen wie im Dezember des Vorjahres 28 Verkaufstage mit einschließlich drei verkaufsoffenen Sonntagen zur Verfügung.

Die insgesamt negative Umsatzbilanz des Einzelhandels im Monat Dezember 2009 wurde insbesondere durch den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal – 12,1 %) sowie den Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen geprägt. Diese Wirtschaftsgruppe, zu welcher der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten, der Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, der Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen

Gütern, Haustür-, Automatenverkauf und Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen zählen, schloss den letzten Monat des Jahres 2009 mit einem nominalen Umsatzminus von 17,5 % ab. Einzig im Einzelhandel mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf war eine geringe Umsatzsteigerung zu verzeichnen (nominal + 1,2 %).

Diese monatliche Tendenz widerspiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung für das Jahr 2009. Hier blieb der nominale Umsatz des Brandenburger Einzelhandels mit 2,5 % unter dem Vorjahresniveau. Real bedeutet dies ein Umsatzminus von 2,1 %.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg lag im Dezember 2009 um 3,7 % unter dem Vorjahreswert. Dabei waren die Vollbeschäftigten mit einem Rückgang von 6,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat stärker betroffen als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (– 1,9 %).

Wirtschaftszweig	Dezember 2009			Januar bis Dezember 2009		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-2,5	-2,7	-3,7	-2,5	-2,1	-1,8
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	-3,0	-2,7	-4,5	-3,8	-3,5	-0,2
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-12,1	-13,1	-17,0	-11,4	-12,8	-15,6
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	1,2	1,6	-0,3	1,5	0,7	-2,2
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	-0,1	-1,6	-2,9	1,8	0,5	-2,2
außerhalb von Verkaufsräumen!	-17,5	-20,1	1,3	-18,2	-6,9	2,4

Umsatz und Beschäftigte des Brandenburger Einzelhandels im Dezember 2009

– vorläufige Ergebnisse –

1 an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Finanzen
Jahr 2009:
Steuereinnahmen der
Brandenburger
Gemeinden gesunken

Die Steuereinnahmen der Gemeinden in Brandenburg gingen im Jahr 2009 nach Abzug der an das Land und den Bund abzuführenden Gewerbesteuerumlage um 95,9 Mill. EUR auf 1 370,8 Mill. EUR zurück und lagen damit um 6,5 % unter dem Ergeb-

nis des Jahres 2008. Maßgeblich dafür war der Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen um 11,5 %.

Von den Steuereinnahmen (netto) entfielen 559,4 Mill. EUR auf die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer (netto) war mit einem Anteil von 40,8 % an den Steuereinnahmen insgesamt die ergiebigste Steuerart. Sie sank gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 72,6 Mill. EUR.

Für die einzelnen Gemeinden verlief die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen (netto) sehr unterschiedlich. In 212 der 419 Gemeinden verringerten sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 127,1 Mill. EUR. Allein in 23 Gemeinden sanken die Steuereinnahmen um mehr als eine Mill. EUR (Gesamt volumen: 97,4 Mill. EUR). Den höchsten Einnahmerückgang wies, bedingt auch durch hohe Nachzahlungen im Jahr 2008, die kreisfreie Stadt Cottbus mit – 26,1 Mill. EUR nach, die mit einem Gewerbesteueraufkommen von 49,0 Mill. EUR im Jahr 2009 absoluter Spitzenreiter war. Hohe Einbußen

hatten u. a. auch die Stadt Eisenhüttenstadt (Landkreis Oder-Spree) mit – 9,5 Mill. EUR und die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel mit – 8,4 Mill. EUR zu verkräften. In 10 Gemeinden überstiegen die Steuerrückzahlungen die Einnahmen in dieser Steuerart. Die Verluste betrugen insgesamt 18,6 Mill. EUR.

Demgegenüber wiesen 47 % bzw. 197 der 419 Gemeinden bei der Gewerbesteuer (netto) einen Zuwachs gegenüber dem Jahr 2008 von 73,1 Mill. EUR auf. Den größten Anstieg verzeichnete die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) mit 30,1 Mill. EUR. Es folgten die Städte Blankenfelde-Mahlow mit + 9,9 Mill. EUR und Zossen mit + 3,8 Mill. EUR (beide Landkreis Teltow-Fläming).

Der zweitgrößte Steuerposten mit einem Anteil von 34,7 % an den Steuereinnahmen war der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Sein Volumen verringerte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,2 % auf 475,5 Mill. EUR. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ging gegenüber dem Jahr 2008 um 5,4 Mill. EUR auf 82,0 Mill. EUR zurück.

Zugenommen haben dagegen die Einnahmen aus der Grundsteuer B um 1,3 % auf 225,9 Mill. EUR und aus den Bagatellsteuern um 1,4 % auf 15,1 Mill. EUR. Das Aufkommen aus der Grundsteuer A war mit 13,0 Mill. EUR nahezu konstant.



aus Deutschland

Verkehr

Januar 2010: Wesentlich weniger Verkehrstote durch Winterwetter

Nach vorläufigen Ergebnissen kamen im Januar 2010 auf deutschen Straßen 194 Verkehrsteilnehmer ums Leben, 30 % oder 85 Personen weniger als im Januar 2009. So wenig Verkehrstote wurden noch nie in einem Januar seit Wiedereinführung der Statistik im Jahr 1953 gezählt. Schon im Januar 2009 hatte die Zahl der Unfalltoten im Vergleich zum Vorjahr stark abgenommen (– 21 %).

Insgesamt hat die Polizei im Januar 2010 rund 194 600 Straßenverkehrsunfälle aufgenommen, 1,9 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Anstieg ist auf die Sachschadensunfälle zurückzuführen, die um 4,4 % auf 179 000 gestiegen sind. Dagegen wurden 20 % weniger Unfälle mit Personenschaden (15 600) gezählt.

Auch die Zahl der Verletzten ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 20 % auf 20 500 zurückgegangen. Grund für diese Unfallentwicklung dürfte das kalte Winterwetter im Januar gewesen sein. Bei winterlichen Straßenverhältnissen werden insgesamt mehr Unfälle registriert, diese sind aber häufiger

weniger folgenschwer, da die Verkehrsteilnehmer nicht so schnell fahren und weniger Zweiradfahrer unterwegs sind.

In den meisten Bundesländern starben im Januar 2010 weniger Menschen bei Straßenverkehrsunfällen als im Vorjahr. Wesentlich weniger Verkehrstote als im Januar 2009 wurden in Bayern (– 27 Personen) und in Niedersachsen (– 21 Personen) gezählt. Dagegen kamen auf den Straßen in Baden-Württemberg (+ 4 Personen), in Thüringen (+ 3 Personen) und in Hessen (+ 1 Person) mehr Menschen ums Leben als im Vorjahresmonat.

Land	Verunglückte			
	Ins- gesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeit- raum	darunter Getötete	
			ins- gesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeit- raum
	Anzahl	%	Anzahl	
Baden-Württemberg.....	2 471	– 20,1	35	4
Bayern.....	3 702	– 20,9	29	– 27
Berlin.....	554	– 27,4	2	–
Brandenburg.....	488	– 31,5	4	– 10
Bremen.....	159	– 42,2	–	– 1
Hamburg.....	425	– 34,3	1	–
Hessen.....	1 635	– 16,8	16	1
Mecklenburg-Vorpommern...	397	– 12,6	4	– 3
Niedersachsen.....	2 014	– 28,0	24	– 21
Nordrhein-Westfalen.....	3 971	– 23,6	30	– 11
Rheinland-Pfalz.....	1 162	– 9,2	9	– 13
Saarland.....	357	– 15,6	2	–
Sachsen.....	894	– 20,0	9	– 4
Sachsen-Anhalt.....	452	– 39,8	5	– 10
Schleswig-Holstein.....	724	– 24,8	3	– 2
Thüringen.....	594	– 12,5	12	3
Deutschland ²	20 678	– 19,8	194	– 85

Bei Straßen- verkehrsunfällen in Deutschland Verunglückte und Getötete im Januar 2010¹

¹ vorläufiges Ergebnis

² einschließlich derzeit
nach Ländern
noch nicht aufteilbarer
Nachmeldungen

Quelle: DESTATIS

Arbeitsmarkt

Jahr 2008: Knapp 9 % aller Arbeits- verträge waren befristet

Seit 1991 waren in Deutschland noch niemals mehr Erwerbstätige mit befristetem Vertrag beschäftigt als 2008. Die Aussagen basieren auf den von Ergebnissen des Mikrozensus. Im Jahr 2008 waren danach 2,7 Mill. oder 8,9 % der Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (ohne Schüler und Studierende mit Nebenjob sowie Auszubildende) mit zeitlicher Befristung tätig. Im Jahr 1991, für das erstmals Daten für das wiedervereinigte Deutschland vorlagen, betrug die entsprechende Quote 5,7 %.

Befristete Beschäftigungen sind nicht gleichmäßig über alle Personen- und Berufsgruppen verteilt. Jüngere Arbeitnehmer und Ausländer sind überdurchschnittlich

häufig befristet tätig. Und insbesondere in den Dienstleistungssparten sind weit mehr befristete Verträge anzutreffen als in den übrigen Branchen. Die Befristungsquote weiblicher Beschäftigter insgesamt lag 2008 bei 9,5 %, die der männlichen Beschäftigten bei 8,4 %.

Von der großen Mehrheit der Arbeitnehmer wurde die Befristung als Beschäftigungsform jedoch nicht angestrebt: Nur 2,5 % der befristet Beschäftigten erklärten, keine Dauerstellung gewünscht zu haben. Dagegen gaben 28,3 % an, keine Dauerstellung gefunden zu haben und bei 20,9 % handelte es sich um einen Probearbeitsvertrag. Weitere 42,5 % schließlich nannten „andere Gründe“.

Quelle: DESTATIS

Verdienste
Jahr 2009:
Verdienstentwicklung
in der Wirtschaftskrise

Die Reallöhne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer sind im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % gesunken. Dabei blieben die Bruttomonatsverdienste im Jahr 2009 konstant, die Verbraucherpreise erhöhten sich um 0,4 %. 2008 waren die Reallöhne noch um 0,4 % (Bruttomonatsverdienste + 3,0 %, Verbraucherpreise + 2,6 %) gestiegen.

Bezogen auf das vierte Quartal 2009 sind die Real-löhne gegenüber dem vierten Quartal 2008 ebenfalls um durchschnittlich 0,4 % (Bruttomonatsverdienste 0,0 %, Verbraucherpreise + 0,4 %) gesunken.

Die schwache Entwicklung der Bruttoverdienste im Jahr 2009 ist vor allem auf starke Einbrüche bei den häufig konjunkturabhängigen Sonderzahlungen zurückzuführen. Im Durchschnitt aller erfassten Wirtschaftszweige gingen die Sonderzahlungen im Vergleich zu 2008 um 6,2 % zurück. Besonders hohe Verluste bei Sonderzahlungen mussten zum Beispiel Beschäftigte von Banken und Versicherungen mit 20,0 % hinnehmen. In der Automobilindustrie sanken die Sonderzahlungen um 15,4 %. Die Grundvergütung, also Bruttoverdienste ohne Sonderzahlungen, stieg dagegen um 1,2 %.

Die Verdienstentwicklung war im Jahr 2009 geprägt von der Wirtschaftskrise, die sich deutlich am verbreiteten Einsatz von Kurzarbeit zeigte. Die bezahlte Wochenarbeitszeit im Produzierenden Gewerbe ging 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 % zurück. Besonders stark betroffen war das Verarbeitende Gewerbe. Hier sank die bezahlte Arbeitszeit um 4,6 % auf durchschnittlich 36,7 Wochenstunden. Als Resultat verringerte sich die monatliche Grundvergütung um 2,5 %. Die Verdiensteinbußen wurden dabei zum Teil durch das staatliche Kurzarbeitergeld ausgeglichen. Diese Sozialleistung wird in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Die Bruttostundenverdienste waren nicht von Kurzarbeit betroffen, sie stiegen im Verarbeitenden Gewerbe um 2,1 % auf durchschnittlich 19,82 EUR.

Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Deutschland im Jahr 2009 durchschnittlich brutto 41 468 EUR. Die höchsten Verdienste erzielten die Beschäftigten von Banken und Versicherungen (58 473 EUR) und in der Energieversorgung (58 316 EUR). Dagegen wurden die niedrigsten Bruttojahresverdienste im Gastgewerbe (23 636 EUR) gezahlt.

Die Verdienstdaten werden aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung gewonnen. Um Aussagen über möglichst homogene Arbeitnehmergruppen zu tätigen, beschränkt sich die Berichterstattung hier auf Vollzeitbeschäftigte und schließt andere Arbeitnehmergruppen, wie zum Beispiel Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte, aus.

Bruttojahresverdienst
von Vollzeitbeschäftigten
in Deutschland
im Jahr 2009

Wirtschaftszweig	Bruttojahresverdienst	
	insgesamt	Sonderzahlungen
	EUR	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen.....	58 473	9 314
Energieversorgung.....	58 316	8 451
Information und Kommunikation.....	56 985	7 000
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.....	54 662	6 811
Erziehung und Unterricht.....	47 706	2 107
Kunst, Unterhaltung und Erholung.....	(46 106)	/
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.....	46 060	(4 920)
Grundstücks- und Wohnungswesen.....	45 338	5 404
Verarbeitendes Gewerbe.....	42 392	4 522
Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche.....	41 468	3 775
Gesundheits- und Sozialwesen.....	39 836	2 434
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.....	38 958	3 671
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung.....	38 740	1 910
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.....	36 941	2 660
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.....	36 565	2 704
Verkehr und Lagerei.....	35 071	2 732
Baugewerbe.....	33 868	2 011
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.....	26 603	1 574
Gastgewerbe.....	23 636	1 006
Nachrichtlich:		
Produzierendes Gewerbe.....	41 578	4 250
Dienstleistungsbereich.....	41 397	3 471

(...) = Wert ist statistisch relativ unsicher.

Quelle: DESTATIS

Haushaltserhebungen**1. Quartal 2009:
Fast 30 Mill. Menschen
kaufen über das
Internet ein**

29,5 Mill. Menschen in Deutschland bestellten im ersten Quartal 2009 Waren und Dienstleistungen über das Internet, das waren das 55 % aller Internetnutzer dieses Zeitraumes. Dieses Ergebnis wurde auf der Basis der Erhebung „Informations- und Kommunikationstechnologie in privaten Haushalten“ ermittelt. Seit Jahren steigt die Zahl der Personen, die Waren oder Dienstleistungen über das Internet einkaufen, stetig: 2009 gegenüber 2008 allein um knapp 2 Mill.

Bezogen auf den Anteil der Internetkäufer, haben die Frauen mittlerweile zu den Männern aufgeschlossen: 54 % der weiblichen und 55 % der männlichen Internetnutzer kauften im ersten Quartal 2009 Waren über das Internet ein. Im Vergleich zum Vorjahr war das bei den männlichen Internetnutzern ein Anstieg um einen Prozentpunkt, bei den weiblichen um drei Prozentpunkte.

Männer und Frauen fragen unterschiedliche Produkte im Internet nach. Von den Käuferinnen, die innerhalb des letzten Jahres vor dem Befragungszeitpunkt im Web einkauften, erwarben 62 % Kleidung oder Sportartikel online, Internetkäufer dagegen nur zu 48 %. Bei Computersoftware, Software für Videospiele und Computer-Hardware waren die Anteile der männlichen Internetkäufer hingegen mehr als doppelt bis zu dreimal so hoch wie die entsprechenden Anteile der weiblichen Internetkäufer. Einige Produkte wurden von Männern und Frauen ähnlich häufig online erworben. Dazu zählten insbesondere die Online-Bestellung von Bahn-, Flug- oder Bustickets für Urlaubsreisen, die Bestellung von Urlaubsunterkünften sowie Eintrittskarten für Veranstaltungen.

Quelle: DESTATIS

**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen****Jahr 2009:
Anstieg des privaten
Konsums**

Die auch durch die Umweltprämie geförderten Käufe von Kraftfahrzeugen haben im Jahr 2009 einen wesentlichen Beitrag zur Binnennachfrage in Deutschland geleistet. Die privaten Haushalte in Deutschland gaben rund 73 Mrd. EUR für den Kauf von neuen oder gebrauchten Kraftfahrzeugen

aus. Im Vergleich zu 2008 ist das eine Steigerung um ein Fünftel (20,5 %). Die privaten Konsumausgaben insgesamt nahmen im vergangenen Jahr leicht um 0,4 % gegenüber 2008 zu. Ohne die Käufe von Kraftfahrzeugen hätte sich der private Konsum rechnerisch um 0,5 % vermindert.

Die beträchtliche Steigerung der Ausgaben privater Haushalte für den Kauf von Kraftfahrzeugen war im Wesentlichen eine Folge der vom Bundeskabinett am 14. Januar 2009 beschlossenen Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen (Pkw) – umgangssprachlich auch Abwrackprämie genannt. Laut Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes wurden im Jahr 2009 insgesamt mehr als 3,8 Mill. Neuwagen zugelassen. Das entspricht einer Steigerung um mehr als 23 % gegenüber 2008. Die Zahl der Neuzulassungen war damit so hoch wie seit den beiden Boomjahren 1991 und 1992 im Zuge der Wiedervereinigung nicht mehr. Von den

3,8 Mill. Neuzulassungen entfielen 2,4 Mill. auf private Halter. Somit hatte sich bei diesen die Zahl der Neuzulassungen gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Die starke Zunahme der Zulassungen spiegelte sich nicht im gleichen Maße im Kaufvolumen wider. Das lag vor allem daran, dass die überwiegende Mehrzahl der neuen Pkw Kleinwagen waren, wodurch der Durchschnittspreis aller Neuwagen erheblich gesunken ist.

Eine Betrachtung der Käufe von Kraftfahrzeugen im Verlauf des Jahres 2009 zeigt, dass nach den starken Zuwächsen in den ersten drei Quartalen das Wachstum im vierten Quartal infolge des Auslaufens der Förderung zurückgegangen ist. Bis ins dritte Quartal hinein hatte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Anträge für die Umweltprämie angenommen. Bei der Betrachtung der Konsumausgaben insgesamt ist zu bedenken, dass möglicherweise der erhöhte Absatz von Neuwagen zu einer verminderten Nachfrage nach Reparaturleistungen, Gebrauchtwagen oder anderen Konsumgütern geführt haben könnte. Der klassische Einzelhandel (ohne den Umsatz für Kraftwagen und Reparaturen) ist insgesamt im Jahr 2009 um 2,3 % zurückgegangen.

Merkmal	1. Viertel- jahr	2. Viertel- jahr	3. Viertel- jahr	4. Viertel- jahr
Privater Konsum.....	0,1	0,9	0,0	0,4
Kauf von neuen oder gebrauchten Kraftfahrzeugen (Kfz)	19,9	27,5	25,0	7,5
Privater Konsum ohne Kfz.....	- 0,8	- 0,5	- 1,0	0,1

**Veränderungsraten
des privaten Konsums
in Deutschland
im Jahr 2009 zum Vorjahr
(in jeweiligen Preisen)
in %**

Quelle: DESTATIS

aus Europa

Produzierendes Gewerbe Januar 2010: Auftragseingänge in der Industrie gefallen

In der Eurozone¹ (EZ16) hat der Index der Auftragseingänge in der Industrie² im Januar 2010 gegenüber dem Vormonat um 2,0 % abgenommen, nach einem Anstieg von 0,8 % im Dezember 2009. In der EU27 fielen die Auftragseingänge im Januar 2010 um 0,2 %, nach einem Zuwachs von 0,9 % im Dezember 2009. Werden Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau ausgenommen, welche tendenziell unbeständiger sind, so fielen die Auftragseingänge in der Industrie im Dezember in der Eurozone um 1,3 % und in der EU27 um 0,1 %.

Im Vergleich zum Januar 2009 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Januar 2010 in der Eurozone um 7,0 % und in der EU27 um 6,3 % zu. Betrachtet man die Auftragseingänge ohne Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau, so betrug der Anstieg 7,0 % bzw. 7,5 %.

Im Vergleich zum Vormonat nahmen im Januar 2010 die Auftragseingänge für Investitionsgüter in der Eurozone um 6,8 % und in der EU27 um 4,6 % ab. Verbrauchsgüter wiesen einen Rückgang von 2,1 % bzw. 0,6 % auf. Gebrauchsgüter stiegen in der Eurozone um 0,6 %, fielen aber in der EU27 um 0,1 %. Vorleistungsgüter stiegen

um 4,7 % bzw. 4,6 % an. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten elf Länder einen Rückgang der Auftragseingänge im auftragsorientierten Verarbeitenden Gewerbe und acht einen Anstieg. Die stärksten Rückgänge waren in Griechenland (– 11,0 %), Frankreich (– 10,8 %) und Dänemark (– 6,8 %) zu beobachten. Die höchsten Zuwächse meldeten Irland (+ 31,3 %), Rumänien (+ 8,3 %), Litauen und Polen (je + 6,0 %).

Im Vergleich zum Januar 2009 nahmen im Januar 2010 die Auftragseingänge für Vorleistungsgüter in der Eurozone um 12,6 % und in der EU27 um 11,3 % zu. Investitionsgüter wiesen einen Anstieg von 5,5 % bzw. 5,2 % auf. Gebrauchsgüter stiegen in der Eurozone um 0,2 % und in der EU27 um 5,4 % an. Verbrauchsgüter nahmen um 3,5 % bzw. 4,5 % ab. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten elf Länder einen Anstieg der Auftragseingänge im auftragsorientierten Verarbeitenden Gewerbe und neun einen Rückgang. Die höchsten Zuwächse meldeten die Slowakei (+ 21,3 %), Rumänien (+ 16,3 %) und Deutschland (+ 15,3 %). Die stärksten Rückgänge waren in Irland (– 13,2 %), Estland (– 10,3 %) und Ungarn (– 6,4 %) zu beobachten.

Quelle: Eurostat

Arbeitskosten IV. Quartal 2009: Arbeitskosten pro Stunde um 2,2 % gestiegen

Die Arbeitskosten pro Stunde sind in der Eurozone (EZ16)¹ im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 2,2 % gestiegen. Im vorigen Quartal betrug der Anstieg 3,0 %. In der EU27¹ lag die jährliche Steigerungsrate im vierten Quartal 2009 bei 2,4 % nach einem Anstieg um 2,9 % im vorangegangenen Quartal.

Die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten sind Löhne und Gehälter sowie Lohnnebenkosten. In der Eurozone stiegen die Löhne und Gehälter pro Stunde im vierten Quartal 2009 mit einer Rate von 2,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal, während bei den Lohnnebenkosten ein Anstieg um 2,7 % zu verzeichnen war; im dritten Quartal 2009 hatten die Steigerungen bei 2,8 % bzw. 3,5 % gelegen. In der EU27 stiegen die Löhne und Gehälter pro Stunde um 2,2 % und die Lohnnebenkosten um 3,0 %. Im Vorquartal waren Steigerungsraten von 2,8 % bzw. 3,5 % verzeichnet worden.

Bei einer Aufschlüsselung nach Wirtschaftszweigen zeigt sich, dass in der Eurozone im vierten Quartal 2009 die Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie mit einer jährlichen Rate von 1,4 %, im Baugewerbe von 3,7 % und im Dienstleistungssektor von 2,4 % gestiegen sind. In der EU27 stiegen die Arbeitskosten pro Stunde um 1,9 % in der Industrie, um 3,1 % im Baugewerbe und um 2,5 % im Dienstleistungssektor.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten aus dem vierten Quartal 2009 vorliegen, zeigten im Jahresvergleich Litauen (– 10,8 %), Estland (– 5,8 %), Lettland (– 5,6 %) und Slowenien (– 3,6 %) die höchsten Rückgänge der Arbeitskosten pro Stunde. Die im Jahresvergleich größten Zuwächse wurden in Bulgarien (+ 11,3 %), Österreich (+ 6,5 %), Polen (+ 5,7 %), der Tschechischen Republik (+ 5,4 %) und Rumänien (+ 5,2 %) festgestellt.

Quelle: Eurostat

¹ Der Eurozone (EZ16) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland an.

Der EU27 gehören Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK) an.

² Mit dem Index der Auftragseingänge wird der Wert zukünftiger Lieferungen von Waren und (direkt mit diesen Waren in Verbindung stehende) Dienstleistungen gemessen, die von einem Hersteller an einen Dritten auf dem inländischen und dem Auslandsmarkt geliefert werden sollen. Das gesamte Aggregat des Verarbeitenden Gewerbes enthält lediglich diejenigen NACE-Ebenen, für die gemäß der Verordnung über die Konjunkturstatistiken von den Mitgliedstaaten Daten zu liefern sind (NACE 13, 14, 17, 20, 21, 24 bis 30), und bezieht sich auf Auftragseingänge im auftragsorientierten Verarbeitenden Gewerbe. Die Aggregate für die Eurozone und die EU enthalten nicht die Mitgliedstaaten, die keine Daten zur Verfügung stellen. Die saisonbereinigten Reihen für die Eurozone und die EU werden berechnet, indem die unbereinigten Reihen der einzelnen Mitgliedstaaten zusammengefasst und einer Saisonbereinigung unterzogen werden. Die saisonbereinigten Zahlen für die europäischen Aggregate basieren somit direkt auf den unbereinigten Reihen aus den Mitgliedstaaten und nicht auf einer Zusammenfassung der saisonbereinigten Indizes der Mitgliedstaaten. Die saisonbereinigten Wachstumsraten der Eurozone und der EU können deshalb von den gewichteten Wachstumsraten der Mitgliedstaaten abweichen. Dieses Verfahren bedeutet auch, dass die Zusammenfassung der Gesamtzahlen nicht auf den veröffentlichten Einzelangaben basiert.

Bevölkerung
8. März 2010:
Zum Internationalen
Frauentag

Im Jahr 2008 lag die Lebenserwartung von Frauen bei 77,0 Jahren in Bulgarien und 84,9 Jahren in Frankreich (2007) und sie war in allen Mitgliedstaaten höher als für Männer. Die größten Unterschiede der Lebenserwartung für Männer und Frauen, von etwa elf Jahren, im Jahr 2008 gab es in Litauen (77,6 Jahre für Frauen und 66,3 Jahre für Männer), Estland (79,5 bzw. 68,7) und Lettland (77,8 bzw. 67,0) und die geringsten, von etwa vier Jahren, in den Niederlanden (82,5 bzw. 78,4), Schweden (83,3 bzw. 79,2) und dem Vereinigten Königreich (81,8 bzw. 77,6 im Jahr 2007). Im Durchschnitt lag im Jahr 2007 in der EU27 die Lebenserwartung bei Geburt bei 82,2 Jahren für Frauen und 76,1 Jahren für Männer, dies entspricht einem Unterschied von 6,1 Jahren. Für das Jahr 2030 wird in der EU27 ein Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt auf 85,3 Jahre für Frauen und 80,0 Jahre für Männer erwartet, ein Unterschied von 5,3 Jahren. Es wird angenommen, dass sich die Unterschiede zwischen Frauen und Männern verringern werden, von ungefähr drei Jahren in Zypern bis zu etwa neun Jahren in Litauen, Estland und Lettland. Die steigende Lebenserwartung wird durch einen Anstieg des Anteils von Frauen im Alter von 65 Jahren und älter widerspiegelt: In der EU27 waren im Jahr 2008 ein Fünftel (19 %) aller Frauen 65 Jahre oder älter, während für das Jahr 2030 ein Anstieg dieses Anteils auf ein Viertel (26 %) erwartet wird.

In den letzten zehn Jahren war die Arbeitslosenquote in der EU27 für Frauen höher als für Männer. Seit Mai 2009 ist die Arbeitslosenquote für Frauen in der EU27 erstmals niedriger als für Männer. Dies spiegelt die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt wider, in der Branchen wie das Bau- und Verarbeitende Gewerbe stark getroffen wurden und somit überwiegend Männer ihren Arbeitsplatz verloren haben. Im Januar 2010 betrug die Arbeitslosenquote in der EU27 für Frauen 9,3 % und für Männer 9,7 %. In 15 Mitgliedstaaten war die Arbeitslosenquote für Männer

höher als für Frauen. Die größten Unterschiede bei der Arbeitslosenquote zugunsten von Frauen wurden im Januar 2010 in Estland (11,2 % für Frauen und 19,7 % für Männer im 4. Quartal 2009), Litauen (10,6 % und 18,6 % im 3. Quartal 2009), Lettland (19,2 % und 26,6 %) und Irland (9,9 % und 17,0 %) verzeichnet. Die größten Unterschiede der Quoten zugunsten von Männern wurden in Griechenland (13,5 % für Frauen und 7,1 % für Männer im 3. Quartal 2009) und Italien (9,8 % und 7,7 %) registriert. Im Hinblick auf die Beschäftigungsquote, so betrug diese 58,7 % für Frauen und 71,0 % für Männer im 3. Quartal 2009 in der EU27, gegenüber 59,4 % bzw. 73,3 % im 3. Quartal 2008. Die Beschäftigungsquote für Frauen war im 3. Quartal 2009 in allen Mitgliedstaaten niedriger als für Männer, außer in Litauen (61,2 % für Frauen und 59,6 % für Männer).

Im Jahr 2009 nutzten mehr als die Hälfte (55 %) aller Frauen im Alter zwischen 16 und 74 in der EU27 in den letzten drei Monaten das Internet um E-Mails zu verschicken oder zu empfangen, verglichen mit 60 % der Männer. Die höchsten Anteile für Frauen wurden in Schweden (83 %), den Niederlanden (82 %) und in Dänemark (80 %) registriert. Es gab ebenfalls einen größeren Anteil von Männern (35 %) als von Frauen (27 %) in der EU27, die das Internet zum Lesen und Herunterladen von Online-Zeitungen/Zeitschriften nutzten. Die höchsten Anteile für Frauen wurden in Estland und Finnland (je 63 %) und Dänemark (59 %) verzeichnet. Weniger als ein Drittel (30 %) aller Frauen in der EU27 nutzte das Internet für Internet-Banking, gegenüber 35 % der Männer. Die größten Anteile für Frauen wurden in Finnland (72 %), den Niederlanden und Schweden (je 69 %) beobachtet. Im Jahr 2009 nutzten in der EU27 sowohl 15 % der Frauen als auch der Männer das Internet, um eine Arbeitsstelle zu suchen oder Bewerbungen zu verschicken. Die höchsten Anteile für Frauen wurden in Dänemark (27 %) verzeichnet, gefolgt von Finnland (26 %), Lettland, Schweden und dem Vereinigten Königreich (je 23 %).

Quelle: Eurostat

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin Dezember 2009

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen erhöhte sich beim Vergleich des Dezember 2009 zum Vorjahresmonat um 4,2 %, das waren +9 177 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,5 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden fielen der Gesamtumsatz und die Beschäftigtenentwicklung, der Auftragseingangsbasis blieb konstant. Im Bauhauptgewerbe stieg im Monat Dezember der Trend des Auftragseinganges, der Umsatz und die Beschäftigtenzahl an; die erteilten Baugenehmigungen fielen. Beim Berliner Einzelhandel sind die reale Umsatz-Messzahl und die der Beschäftigten leicht fallend, während die nominale Umsatz-Messzahl konstant blieb. Im Gastgewerbe fielen die Trends

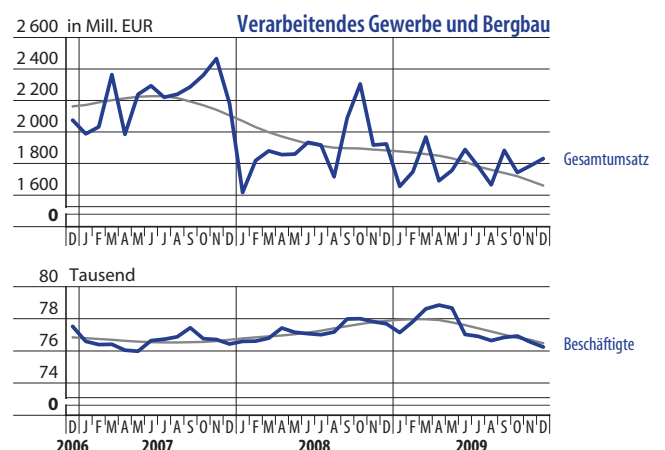
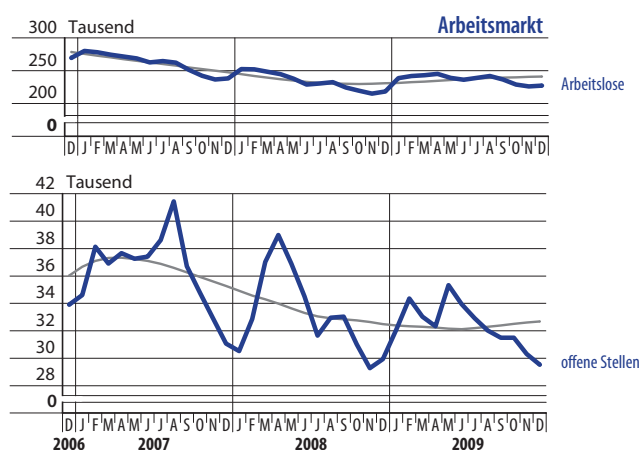
der nominalen und realen Umsatz-Messzahl; die Beschäftigten-Messzahl entwickelte sich kaum. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen blieb der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-steigende Trend erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen stark an. Beide Kennziffern sind jedoch von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen stiegen in letzter Zeit wieder sehr stark an. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim Export eine gleichbleibende Tendenz, während diese beim Import fiel. Im Dezember 2009 betrug die Inflationsrate +1,2 % – die Trend-Konjunktur-Komponente war konstant.

nen 15,7 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,5 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,6 Prozentpunkte mehr. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr (12-Monates-Vergleich: Januar bis Dezember 2009 zu Januar bis Dezember 2008) lag bei +1,4 %. Somit lagen die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,0 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,2 bzw. 1,4 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise wieder zu erreichen. Die gemeldeten 29 538 offenen Stellen hatten sich seit dem Dezember des vorigen Jahres um 408 Stellen oder um 1,4 % vermindert. Seit dem April 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente wieder, in letzter Zeit stieg sie allerdings wieder leicht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,7 – die langfristige Tendenz ist steigend. Im laufenden Monat, dem Dezember 2009, waren 11 828 Kurzarbeiter gemeldet, das sind gegenüber dem Vorjahresmonat +9 644 Personen und damit das 4,4-fache.

Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden kam es im Januar 2008 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Zwischen-

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt wurden Ende Dezember des Jahres 2009 mit 227 367 Arbeitslosen 0,6 % weniger als im November 2009 registriert, das waren –1 334 Personen weniger. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,2 % zu, das entsprach einem Plus von 9 177 Personen. Dieser Wert entspricht fast der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Finsterwalde oder der Stadt Lauchhammer am Ende des Jahres 2008. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbsperso-

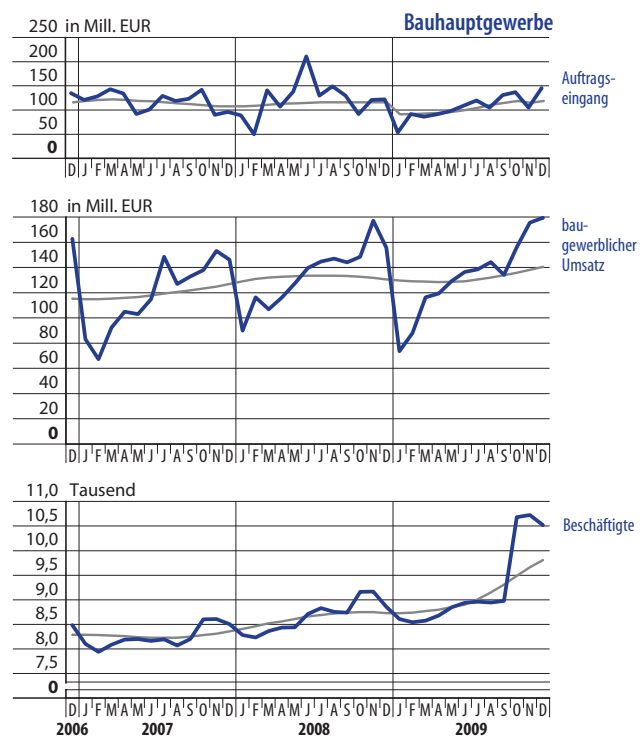
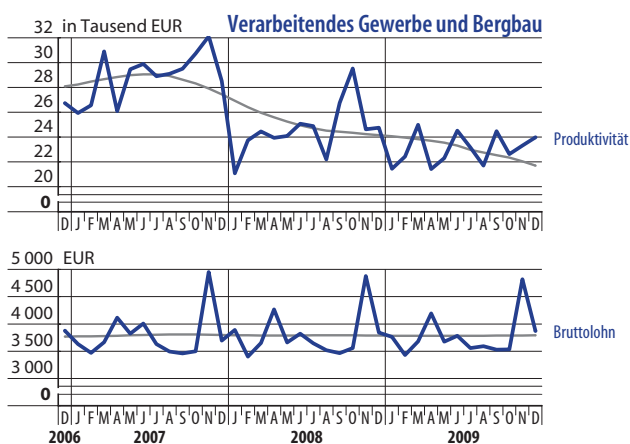
Tabelle Seite 24



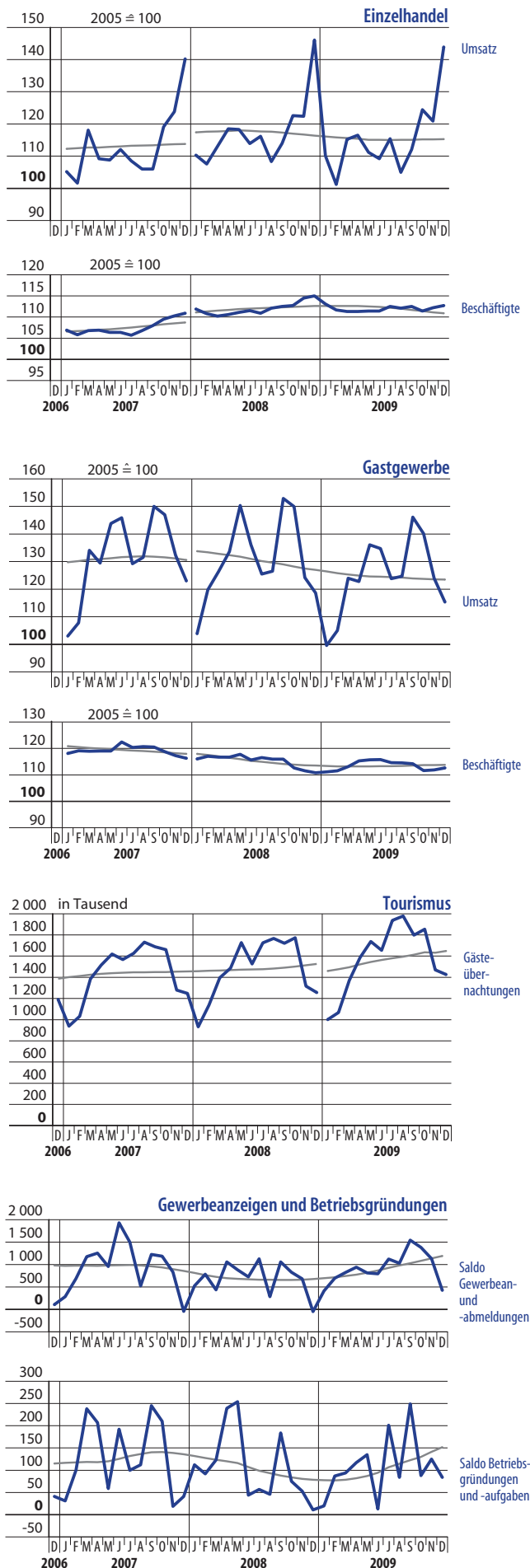
zeitlich ist die Rückrechnung aller Werte erfolgt, sodass die uneingeschränkte Vergleichbarkeit gegeben ist. Der Auftragseingangindex zeigte im Dezember-Vergleich mit +22,9 % eine sehr positive Veränderung, im 12-monatigen Vergleich sind es infolge des vorangegangenen Einbruchs immer noch –10,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Oktober/November 2007, steigt aber seit Mitte des Jahres 2009 wieder an. Die im Monat Dezember dieses Jahres 325 berichtspflichtigen Betriebe – das sind genau so viel Betriebe wie im Dezember 2008 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 831,7 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um –92,8 Mill. EUR oder um 4,8 % unterboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2009 bis Dezember 2009 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 21,4 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes um 6,3 %. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war in letzter Zeit wieder stärker fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember ein Niveau von 817,1 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 44,6 %. Im gesamten Jahr 2009 wurden Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR aus Berlin exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem August 2007 eine leicht steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit März 2009 wieder stärker fiel, während dieselbe Komponente des Umsatzes seit dem Beginn der Aufzeichnung im Januar 2004 anstieg und seit dem Juni 2007 wieder fällt. Im Dezember des Jahres 2009 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 329 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem November 2009 – und zum Vorjahresmonat – dem Dezember 2008 – gab es mit –0,4 bzw. –1,8 % geringere Veränderungen. Im Ein-Jahres-Vergleich waren es +0,1 % – die Tendenz auch hier fallend. Im Dezember 2009 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 23 998 EUR, das waren –3,0 % gegenüber dem Dezember 2008. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg leicht an, sie lag im gleichen Zeitraum um 0,7 % oder 27 EUR höher als im Dezember 2008.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2008 – wie im Produzierenden Gewerbe – zu einem methodischen Wechsel. Die Auswirkungen stellen sich jetzt als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 145,2 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragseinganges zeigte im Dezember 2009 mit +18,6 % zum Vorjahresmonat eine große Steigerung, wobei beachtet werden sollte, dass der Bezugswert im Dezember 2008 sehr niedrig ausfiel. Im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von –13,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder leicht an, es deutet sich ein Wechsel zu höherem Wachstum an. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Dezember den Wert von 179,5 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 181,0 Mill. EUR) bei 15,4 % Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in dem längerfristigen Betrachtungszeitraum in den zurückliegenden 12 Monaten mit –1,4 % im Negativen. Bei den Beschäftigten scheint der seit acht Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend gebrochen. Mit 10 521 Beschäftigten wurde im Dezember 2009 zum Dezember 2008 ein Zuwachs von beachtlichen 18,8 % erreicht. Im Ein-Jahres-Zeitraum war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, und zwar von +6,8 %.

Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) sowie 2006 zu 2007 eine Umbasierung auf 2005=100. Dieses



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



wird durch zwei „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Dezember 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 1,8 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum ähnliche –1,9 %. Die Beschäftigten-Kennziffer blieb im gleichen Zeitraum mit –0,01 % fast konstant. Die Zahl der Vollbeschäftigten ging zurück und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich. Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres fast konstant, die des realen Umsatzes und der Beschäftigten fallend.

Im **Großhandel** des Landes Berlin, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung stärker rückläufig als im Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Dezember 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 15,8 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –9,1 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum „nur“ um 1,2 %. Der Trend aller drei Merkmale war im letzten Jahr fallend.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen und realen Umsatz im 12-monatigen Vergleich negative Veränderungen auf. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes handelt es sich um –4,6 %, bei der des realen Umsatzes um –6,6 und bei der der Beschäftigten um –1,5 % zu. Die beiden Trend-Konjunktur-Komponente der Umsatz-Messzahlen fielen und die der Beschäftigten-Messzahl blieb konstant.

Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Im Dezember 2009 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 645,3 Tausend; gegenüber dem Dezember 2008 waren es 61 325 Personen oder 10,5 % mehr. Beim Vergleich des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 6,2 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im kurzfristigeren Monatsvergleich (Dezember 2009 zu Dezember 2008) ebenfalls, aber wesentlich stärker als die Zahl der Gästeankünfte, und zwar um 13,6 %. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +6,2 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2009 auf jeden Gast 2,2 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften eine steigende und bei den Übernachtungen eine sehr stark steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbe- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Dezember 2009 wurden 425 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Dezember 2008 – mit 47 Abmeldungen mehr als Anmeldungen – waren es

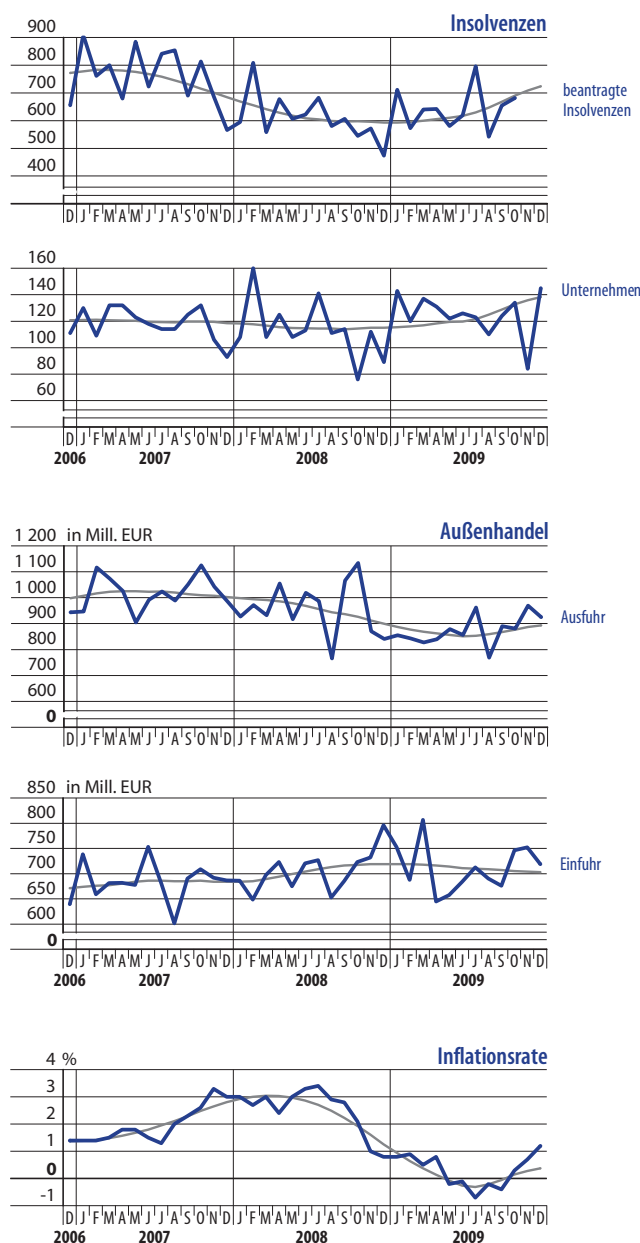
das 11-fache, im Ein-Jahres-Vergleich dann +33,1 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2009 auf 84 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus vom 6,6-fachen zum Dezember 2008. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich +0,5 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen und Betriebsgründungen als positiv eingeschätzt werden, wenngleich starke saisonale Einflüsse vorhanden sind.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen beiden betrachteten Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 772 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Dezember des Vorjahres 62,9 % mehr. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich zwischen 600 und 800 Verfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei unter 140 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend war seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 145 Fälle, das entspricht ebenfalls +62,9 % zum Dezember 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 9,8 % mehr Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es +5,8 %. Die Tendenz war bei beiden Merkmalen stark steigend.

Im Berliner **Außenhandel** wurde in den letzten zwölf Monaten beim Export eine insgesamt negative Entwicklung bewältigt, während der Import, wenn auch sehr schwach, eine positive Entwicklung nahm. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Dezember 925,6 Mill. EUR und lag damit um 10,1 % über dem Ergebnis des Dezember 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein Minus von 8,6 %. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von Januar 2009 bis Dezember 2009 – Waren im Wert von 10,5 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 718,8 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von –9,7 % zum Dezember 2008 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 8,5 Mrd. EUR nach Berlin importiert, das waren gegenüber dem Vorjahr 0,7 % mehr. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stark – steigt aber seit Mitte des Jahres 2009 wieder leicht an, während die des Importes sich weiter, allerdings leicht abgeschwächt, erhöhte. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft

werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2009 bei 107,6. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2009 und dem Dezember 2008, ergab sich damit ein Wert von +1,2 %, im November 2009: +0,7 %. Während sich die Mineralölprodukte (Kraftstoffe und Heizöl) sowie Bekleidung und Schuhe verteuerten, ergaben sich bei Gas sowie Zentralheizung und Fernwärme deutliche Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fällt seit dem April des Jahres 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit bei etwa –0,8; gegenüber dem Januar 2008 ist dieser Trend allerdings konstant.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Brandenburg Dezember 2009

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2009 zum Vorjahresmonat um 6,7 %, das waren –10 916 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,5 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigt der Auftragseingangindex einen gleichbleibenden Trend, während der Gesamtumsatz und die Zahl der Beschäftigten weiterhin fielen. Im Bauhauptgewerbe stieg der Auftragseingang an, die Anzahl der Baugenehmigungen fielen und die Beschäftigtenzahl blieb etwa gleich. Beim Brandenburger Einzelhandel ist die nominale Umsatz-Messzahl und die Messzahl der Beschäftigten fast gleich geblieben. Im Gastgewerbe blieben die Trends der nominalen Um-

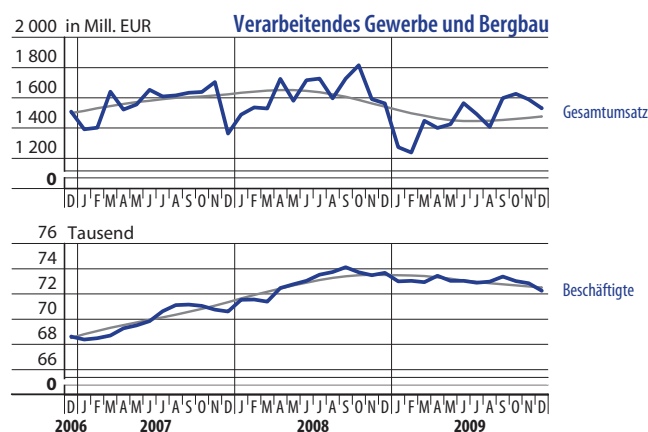
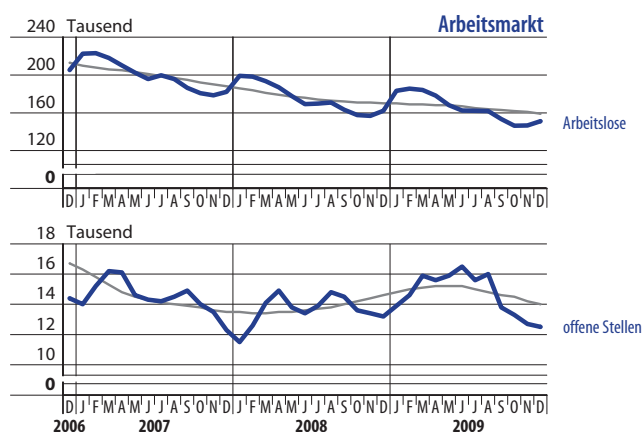
satz- und der Beschäftigten-Messzahl fast konstant. Die Zahl der Gäste, wie auch die der Übernachtungen, blieb fast gleich. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen steigt sehr stark und die aus den Betriebsgründungen und -aufgaben blieb fast gleich. Beide Kennziffern sind jedoch stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen stiegen, besonders stark dabei die Unternehmensinsolvenzen. Die gesamten Brandenburger Aus- und Einfuhren zeigten einen fallenden Trend, der sich in den letzten sechs Monaten wieder leicht erholte. Seit Mitte 2008 sanken die Einfuhren und die Ausfuhren sehr stark. Im Dezember 2009 betrug die Inflationsrate +0,7 % – die Trend-Konjunktur-Komponente ist zurzeit gleichbleibend.

0,9 bzw. 0,7 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,8 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,5 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 1,0 bzw. 0,8 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten 12 470 offenen Stellen hatten sich seit dem Dezember des vorigen Jahres um 745 Stellen oder um 5,6 % vermindert. Von März 2008 bis zum April 2009 war die Trend-Konjunktur-Komponente steigend, seitdem fällt sie wieder. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,1 – die langfristige lineare Tendenz ist fallend. Im Dezember dieses Jahres waren 8 637 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Dezember 2008 ergab das ein Plus von 189 Personen oder +2,2 %. Die Zahl der nur noch vierteljährlich erfassten Kurzarbeiter lag im Dezember 2009 bei 17 320, das sind gegenüber dem Vorjahresmonat +112 %. Der Dezember 2008 war mit einem deutlichen Anstieg bei den Brandenburger Kurzarbeitern bereits stark durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung beeinflusst.

Im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Auftragseingangindex im monatlichen Dezember-Vergleich mit –29,9 % eine stark-negative Veränderung – allerdings war im Dezember 2008 der Auftragseingang sehr hoch (Basisseffekt), auch traten in den letzten beiden Jahren stärkere Schwankungen bei

Tabelle Seite 25

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurden Ende Dezember des Jahres 2009 mit 151 301 Arbeitslosen 3,2 % mehr als im November 2009 registriert, das waren 4 754 Personen mehr. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,7 % ab, das entsprach einem Minus von 10 916 Personen. Dieser Wert liegt genau zwischen den Einwohnerzahlen der Brandenburger Städte Großräschen und Belzig am Ende des Jahres 2008. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 12,5 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 11,3 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat

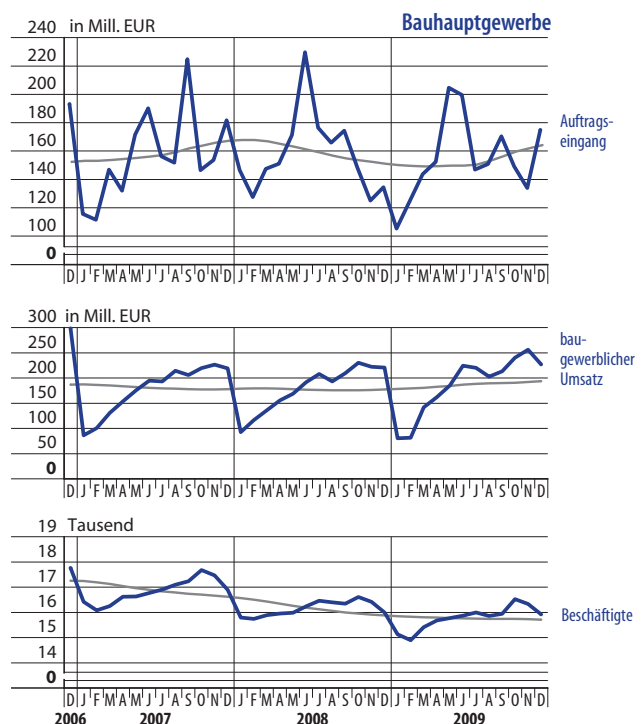
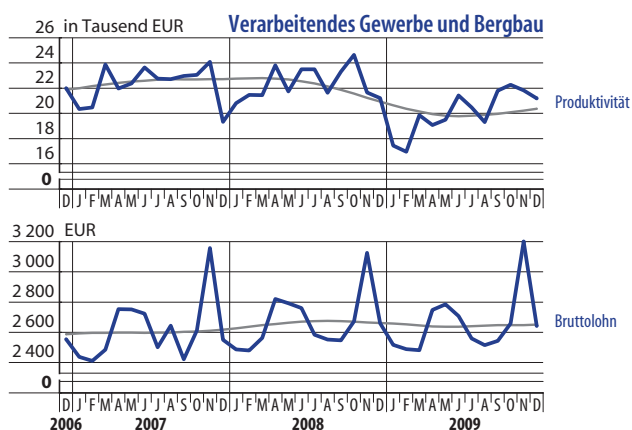


den Monatseinzelwerten auf. Im Vergleich der beiden 12-monatigen Zeiträume war es eine Veränderung um $-7,8\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente verlief fast waagrecht. Die im Monat Dezember dieses Jahres 416 berichtspflichtigen Betriebe – das sind drei Betriebe mehr als im Dezember 2008 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 531,5 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 31,3 Mill. EUR oder $2,0\%$ unterschritten. Im laufenden Jahr – von Januar 2009 bis Dezember 2009 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 17,6 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Januar bis Dezember 2008) ging damit eine Verminderung des Gesamtumsatzes um $10,2\%$ einher. Die langfristige Tendenz dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte, so auch einem „Einbruch“ jeweils zum Jahreswechsel 2007 zu 2008 und 2008 zu 2009 – fallend, wobei seit Mitte des Jahres 2009 wieder eine steigende Tendenz sichtbar wird. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember ein Niveau von 379,3 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug damit $24,8\%$. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Oktober 2008 wieder leicht fällt, während dieselbe Komponente des Umsatzes etwa seit dem Januar 2003 anstieg und seit dem April 2008 wieder fällt. Im Dezember des Jahres 2009 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 72 259 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat (dem November 2009) und zum Vorjahresmonat (dem Dezember 2008) gab es mit $-0,8\%$ bzw. $-1,9\%$ negative Veränderungen. Im 12-monatigen Vergleich waren es noch $+0,1\%$ – die Tendenz auch hier fallend. Im Dezember 2009 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 21 194 EUR, das waren $-0,1\%$ gegenüber dem Dezember 2008. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten fiel ebenso, sie lag im gleichen Zeitraum um $0,7\%$ oder 18,33 EUR niedriger als im Dezember 2008.

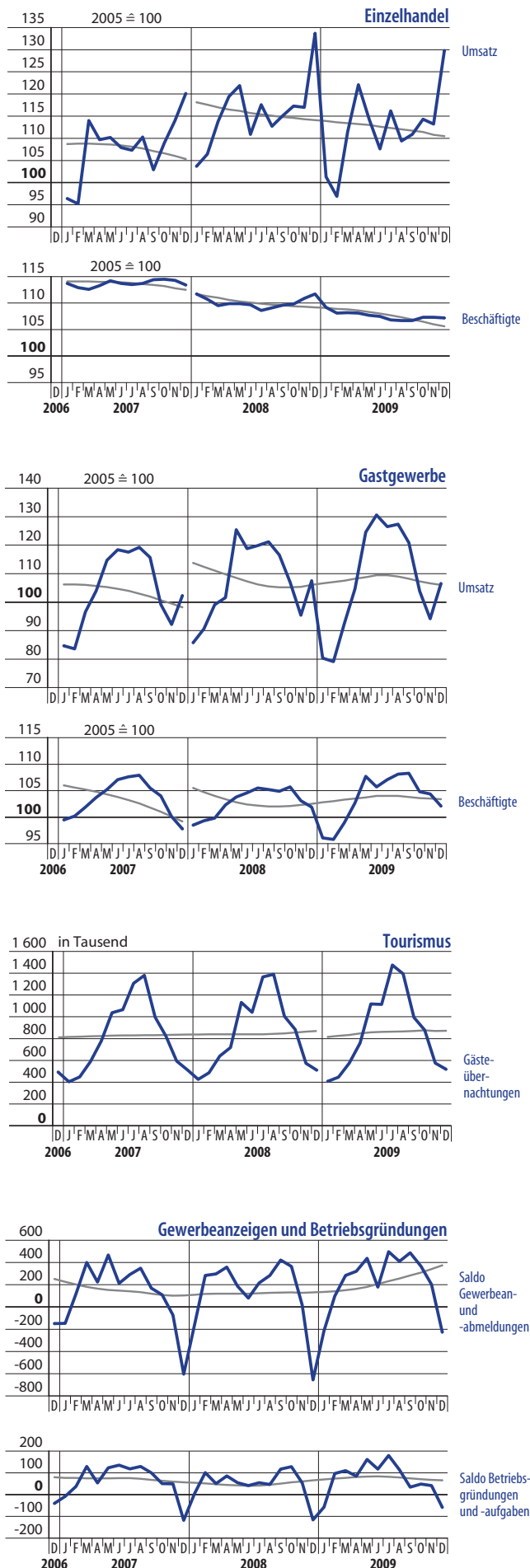
In der konjunkturellen Entwicklung des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2009 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Die Auswirkungen stellten sich jetzt

als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von 175,0 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragseingangs zeigte im Dezember 2009 mit $+30,1\%$ zum Vorjahresmonat eine stark steigende Entwicklung, im 12-monatigen Vergleichszeitraum war es jedoch eine Veränderung um $-2,2\%$. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich negativ: $-22,8\%$ im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich der Einjahreszeiträume $-6,1\%$. Beim baugewerblichen Umsatz scheint demgegenüber die seit dem Jahr 1995, dem Beginn der Aufzeichnungen, fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Oktober des Jahres 2008 wieder leicht aber stabil an, dieselbe Kennziffer war demzufolge in den zwei Betrachtungszeiträumen durchweg im Positiven. Der baugewerbliche Umsatz lag um $3,1\%$ über dem Wert vom Dezember 2008. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume (Januar 2009 bis Dezember 2009 zu Januar 2008 bis Dezember 2008) ergibt sich ein Wert von $+4,3\%$. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend fort. Die im Dezember 2009 berichtspflichtigen 315 Betriebe – das waren 5 weniger als im Dezember 2008 – erreichten mit 15 925 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 231,3 Mill. EUR (baugewerblichen Umsatz: 227,2 Mill. EUR).

Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) sowie 2006 zu 2007 eine Umbasierung auf 2005=100.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Dieses wird durch zwei „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Dezember 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 3,0 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –0,6 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum nicht ganz so stark wie der nominale Umsatz – um 2,3 %. Die Zahl der Vollbeschäftigten ging dabei stärker zurück als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten. Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes fiel innerhalb der letzten drei Jahre langsam und kontinuierlich ebenso wie die der Beschäftigten.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung stärker rückläufig als beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Dezember 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 10,4 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –3,5 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 2,5 %. Die Tendenz der beiden Umsatz-Merkmale war im letzten Jahr fallend, der nominale Umsatz darunter besonders stark. Bei den Beschäftigten war dagegen eine fast gleichbleibende Tendenz erkennbar.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten durchweg leichte positive Veränderungen auf. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 0,2 % und die Messzahl der Beschäftigten um 0,6 % zu. Das betraf ausschließlich die Maßzahl der Teilzeitbeschäftigten, die der Vollbeschäftigten sank. Der reale Umsatz verringerte sich um 1,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der nominalen Umsatz-Messzahl und der Beschäftigten hatten beide eine ähnliche Entwicklung, sie stiegen seit Mitte 2008 an, fallen jetzt jedoch wieder etwas ab.

Die Erhebung zum Brandenburg-**Tourismus** wurde im Januar 2009 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Im Dezember 2009 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 194,7 Tausend; gegenüber dem Dezember 2008 waren es marginale 100 Personen oder 0,1 % mehr. Beim Vergleich des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Minus von 0,6 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Dezember 2009 zu Dezember 2008) um 0,8 %. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +1,4 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2009 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast bei leicht steigender Tendenz. Insgesamt war bei den Gästeankünften eine fast gleich bleibende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die der Übernachtungen stieg leicht und kontinuierlich an.

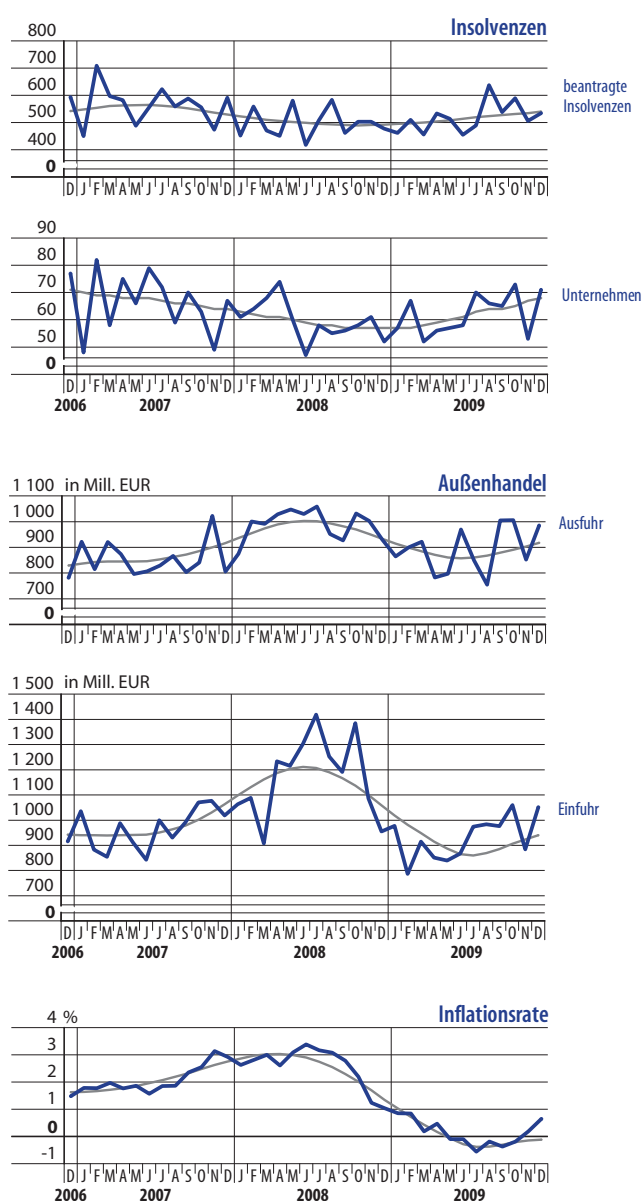
Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbebean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Dezember 2009 wurden 226 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Dezember 2008, bei einer Differenz vom –429 Abmeldungen gegenüber den Anmeldungen, waren das –65,5 %, im gesamten Ein-Jahres-Vergleich dann jedoch +67,9 %. Bei den Betriebs-

gründungen und -aufgaben kam der Dezember 2009 auf –58 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von 50,0 % zum Dezember 2008 mit –116 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb die stark steigende Tendenz auch bei den Betrieben mit +40,9 % erhalten. Insgesamt sind für die beiden Kennziffern in den betrachteten 12-Monats-Zeiträumen die Veränderungsraten positiv. Die Tendenz innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen als sehr positiv eingeschätzt werden, bei den Betrieben war er demgegenüber eher gleichbleibend bis leicht fallend.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen zwei betrachteten Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 535 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Dezember des Vorjahres 11,9 % mehr. Langfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer großen Streuung – monatlich knapp über 500 Verfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei knapp unter 70 Insolvenzen pro Monat angelangt, die Tendenz seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 allerdings wieder stärker steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 71 Fälle, das entspricht +36,5 % zum Dezember 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 4,3 % mehr Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es ebenfalls +4,3 %. Die Tendenz war bei beiden Kennziffern steigend, bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen wesentlich stärker als bei den gesamten Insolvenzen.

Im Brandenburger **Außenhandel** wurde in der Zeit von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark-negative Entwicklung bewältigt; die langfristigen Veränderungen sind allesamt negativ. Seit Juni/Juli 2009 stiegen der Export und der Import wieder stärker an. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Dezember 985,6 Mill. EUR und lag damit um 6,0 % über dem Ergebnis des Dezember 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein Minus in von 10,0 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden davon 69,7 % der gesamten Ausfuhr geliefert, mit 687,1 Mill. EUR 10,4 % mehr als im Dezember 2008. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von Januar 2008 bis Dezember 2009 – Waren im Wert von 10,7 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 050,9 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von 10,0 % gegenüber dem Dezember 2008 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 11,2 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 20,8 % weniger. Der Negativ-Tendenz der letzten 1½ Jahre ist bei allen drei Kennziffern trotz eines optimistischen Ausblicks noch nicht gebrochen. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2009 bei 107,5. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2009 und dem Dezember 2008, ergab sich damit ein Wert von +0,7 %, im November 2009: +0,2 %. Während die Preise für Bekleidung und Mineralölprodukte (Kraftstoffe, Heizöl) stiegen, verringerten sie sich bei den Energieprodukten (Gas, Zentralheizung und Fernwärme sowie festen Brennstoffen) deutlich. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fällt seit dem April des Jahres 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit noch nahe null.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 oder Januar 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Berlin Dezember 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 14. April 2010)

Merkmal	Einheit	Dezember 2009		Januar 2009 bis Dezember 2009		Dezember 2009
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren →						
Verbraucherpreisindex						
Gesamtdindex.....	2005 ± 100	107,6	1,2	106,5	0,3	→
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	117,6	22,9	101,2	- 10,9	→
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	145,2	18,6	106,1	- 13,9	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	125	13,6	141,5	- 14,5	↓
Gegenwärtige Indikatoren ↘						
Umsatz						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 831,7	- 4,8	1 783,3	- 6,3	↓
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	1 021,1	15,4	527,5	- 34,8	↓
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	179,5	15,4	132,6	- 1,4	↗
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	143,9	- 1,5	115,4	- 1,8	→
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	143,5	- 2,1	114,2	- 1,9	↘
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	103,5	- 18,4	104,2	- 15,8	↓
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	101,5	- 20,0	102,3	- 9,1	↓
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	115,4	- 2,7	124,7	- 4,6	↘
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	104,6	- 4,3	114,3	- 6,6	↘
Gästeankünfte.....	1000	645,3	10,5	688,6	4,5	↗
Gästeübernachtungen.....	1000	1 427,4	13,6	1 572,6	6,2	↑
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	925,6	10,1	874,8	- 8,6	→
davon nach EU.....	Mill. EUR	417,8	14,2	408,1	- 15,4	→
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	718,8	- 9,7	710,7	0,7	↘
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	23 998,0	- 3,0	23 033,3	- 6,3	↓
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	EUR	3 870,0	0,7	3 784,3	- 0,4	→
Späte Indikatoren ↓						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen.....						
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	772	62,9	645,7	5,8	↑
davon Unternehmen.....	Anzahl	145	62,9	124,9	9,8	↑
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	425	11,0	925,3	33,1	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	84	6,6	108,1	0,5	↑
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1000	76,3	- 1,8	77,4	0,1	↘
Bauhauptgewerbe ³	1000	10,5	18,8	9,3	6,8	↑
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	112,7	- 2,0	112,0	- 0,0	↘
Großhandel ⁴	2005 ± 100	114,2	- 2,7	115,3	- 1,2	↘
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	112,6	1,6	113,5	- 1,5	→
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose.....	Anzahl	227 367	4,2	237 033	1,4	↗
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	13,5	4,7	14,1	1,4	↗
offene Stellen.....	Anzahl	29 538	- 1,4	32 405,3	- 2,5	→

- 1 Betriebe ab 50 Beschäftigte
2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)
3 Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr
Beschäftigten; monatlicher
Berichtskreis
4 vorläufig

Legende	Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)	Verbraucherpreisindex
$10\% \leq p$	↑	$2\% \leq p$ ↑
$1\% \leq p < 10\%$	↗	$1\% \leq p < 2\%$ ↗
$-1\% \leq p < 1\%$	→	$-1\% \leq p < 1\%$ →
$-10\% < p \leq -1\%$	↘	
$p \leq -10\%$	↓	

Brandenburg Dezember 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 10. März 2010)

Merkmal	Einheit	Dezember 2009		Januar 2009 bis Dezember 2009		Dezember 2009
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren ↗						
Verbraucherpreisindex						
Gesamtindex.....	2005 ± 100	107,5	0,7	106,8	0,1	→
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	115,4	– 29,9	135,0	– 7,8	↗
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	175,0	30,1	154,7	– 2,2	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	443,0	– 22,8	569,3	– 6,1	↘
Gegenwärtige Indikatoren →						
Umsatz						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 531,5	– 2,0	1 466,4	– 10,2	↘
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 469,0	5,2	2 893,0	– 4,7	↘
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	227,2	3,1	186,3	4,3	↗
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	129,8	– 2,9	112,3	– 3,0	↘
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	125,8	– 1,0	108,5	– 0,6	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	106,5	– 0,2	104,6	– 10,4	↘
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	96,8	– 4,4	98,6	– 3,5	↘
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	106,5	– 0,9	107,6	0,2	→
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	96,8	– 2,4	98,8	– 1,8	↘
Gästeankünfte.....	1000	194,7	0,1	308,8	– 0,6	→
Gästeübernachtungen.....	1000	518,0	1,4	854,3	0,8	→
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	985,6	6,0	890,8	– 10,0	↘
davon nach EU.....	Mill. EUR	687,1	10,4	580,1	– 21,2	↑
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 050,9	10,0	930,3	– 20,8	↓
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	21 194,0	– 0,1	20 091,1	– 10,3	↘
Bruttonomatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer) ...	EUR	2 642,1	– 0,7	2 654,4	– 0,6	→
Späte Indikatoren ↓						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen						
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	535	11,9	518,9	4,3	↗
davon Unternehmen.....	Anzahl	71	36,5	62,1	4,3	↑
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	–226	– 65,5	236,6	67,9	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben).....	Anzahl	–58	– 50,0	72,6	40,9	↘
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1000	72,3	– 1,9	73,0	0,1	↘
Bauhauptgewerbe.....	1000	15,9	– 0,5	15,8	– 2,3	→
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	107,2	– 4,0	107,6	– 2,3	↘
Großhandel ⁴	2005 ± 100	102,1	– 21,0	126,3	– 2,5	→
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	102,1	0,2	103,5	0,6	→
Arbeitsmarkt.....						
Arbeitslose.....	Anzahl	151 301	– 6,7	165 306	– 5,8	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	12,5	– 6,7	13,7	4,1	→
offene Stellen.....	Anzahl	12 470	– 5,6	14 697,6	7,6	↘

- 1 Betriebe ab 50 Beschäftigte
2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)
3 Betriebe von Unternehmen mit
m Allgemeinen 20 und mehr
Beschäftigten; monatlicher
Berichtskreis
4 vorläufig

Legende	Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)	Verbraucherpreisindex
$10\% \leq p$	↗	$2\% \leq p$ ↗
$1\% \leq p < 10\%$	↗	$1\% \leq p < 2\%$ ↗
$-1\% \leq p < 1\%$	→	$-1\% \leq p < 1\%$ →
$-10\% < p \leq -1\%$	↘	
$p \leq -10\%$	↘	

Gabriel M. Ahlfeldt, Felix Schrayvogel

Wahrgenommene Kosten und Nutzen innerstädtischer Flughäfen

– Ergebnisse einer räumlich-empirischen Untersuchung
des Volksentscheids zum Flughafen Berlin Tempelhof –

City-Airports und Wahlverhalten

Der Volksentscheid zur vollständigen Schließung des Flughafens Berlin Tempelhof für den Flugbetrieb, welcher am 27. April 2008 durchgeführt wurde, bietet die seltene Gelegenheit, aus den im Wahlverhalten offenbarten Präferenzen der Wähler direkt auf wahrgenommene Kosten und Nutzen von Verkehrsflughäfen zu schließen. Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse einer räumlich empirischen Untersuchung des Volksentscheids zusammen. Einerseits können sowohl Proximitätskosten als auch Proximitätsnutzen nachgewiesen werden. Andererseits zeigt sich, dass das Wahlverhalten in systematischer Beziehung zu verschiedenen sozio-ökonomischen und politischen Merkmalen der Wähler steht. Auffälligster Effekt ist jedoch eine systematisch höhere Zustimmung zum Weiterbetrieb des Flughafens im ehemaligen Westteil der Stadt.

Zwischen 1971 und 2005 ist der internationale Luftverkehr bezogen auf die Personenkilometer (Pkm) im Durchschnitt um 5,5 % pro Jahr auf eine Verkehrsleistung von insgesamt fast 4 Mrd. Pkm gewachsen.

Ein derartiges Wachstum gab es in keinem anderen Verkehrsbereich. Auch wenn sich dieses Wachstum in den letzten Jahren etwas verlangsamt hat, wächst das Flugverkehrsvolumen stetig weiter. In der Folge ergibt sich die Notwendigkeit, die Abfertigungskapazitäten von Flughäfen stetig anzupassen. In dicht besiedelten Gebieten und insbesondere im Umfeld innerstädtischer Flughäfen sind der Erweiterung jedoch natürliche Grenzen gesetzt. Potenzielle wirtschaftliche Impulse müssen den externen Kosten, welche durch den Flugbetrieb entstehen, gegenübergestellt werden. Die Abwägung gestaltet sich in der Praxis schwierig, da sich Kosten und Nutzen, die sich aus räumlicher Nähe zu Flughäfen ergeben, nur schwer direkt messen lassen. Den Vorteilen, darunter die bessere Erreichbarkeit von Flugverbindungen, Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten, stehen signifikante Belastungen gegenüber, allen voran Lärm- und Umweltbelastungen, aber auch ein erhöhtes Unfallrisiko.

Dass sich ergebende Spannungsfeld lässt sich am Beispiel Berlins mit seinen ehemals drei Verkehrsflughäfen Tegel, Tempelhof (im Folgenden mit THF abgekürzt) und Schönefeld exemplarisch untersuchen. Unter Berücksichtigung der Sicherheit und Lärmbelastung der Anwohner im Umfeld der dicht besiedelten Stadtgebiete um Tegel und THF wurde in den 90er Jahren die Schaffung eines gemeinsamen Berliner Verkehrsflughafens „Berlin Brandenburg International“ am dezentralen Standort Schönefeld beschlossen. Den Planungen nach sollten erst THF in 2008 und später Tegel geschlossen werden. Tatsächlich aber entwickelte sich ein breiter Widerstand in der Bevölkerung und schließlich auch in der Oppo-

sition des Berliner Senats gegen die Schließung THF, welcher schließlich zu einem Volksentscheid geführt hat.

Der Volksentscheid fand am 27. April 2008 statt und wurde abgelehnt. Bei einer Wahlbeteiligung von –36,1 % votierten mit 529 800 Ja-Stimmen ca. 21,7 % der 2,4 Mill. Berliner Wahlberechtigten für die Offenhaltung THF. Notwendig wären jedoch 25 % oder mindestens 609 509 Ja-Stimmen gewesen.¹ Dennoch eröffnet der Volksentscheid, in welchem die Wähler mittels einer binären Ja/Nein Entscheidung aufgerufen wurden, ihre Präferenzen für oder gegen den Weiterbetrieb am Standort THF zu offenbaren, die seltene Gelegenheit, aus dem Wahlverhalten auf die „vor Ort“ wahrgenommenen Kosten und Nutzen zu schließen.

Dieser Beitrag bietet eine Zusammenfassung einer umfassenden räumlich-empirischen Untersuchung, welche das Wahlverhalten im Volksentscheid auf Stimmbezirksebene analysiert und zu soziodemografischen, ökonomischen und politischen Merkmalen der Bewohner, der Lärmbelastung durch verschiedene Verkehrsträger, insbesondere jedoch Fluglärm sowie der Erreichbarkeit der Berliner Verkehrsflughäfen in Beziehung setzt. Die Besonderheit eines Volksentscheids zu einer vollständigen Schließung eines Verkehrsflughafens sowie die Qualität und Kleinräumigkeit des vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Verfügung gestellten Datenmaterials ermöglichen die Evaluierung räumlicher Muster empfundener Kosten und Nutzen von Verkehrsflughäfen in bisher ungekannter Genauigkeit.²

Daten und Forschungsdesign

Das Wahlergebnis im Volksentscheid liegt auf der Ebene von 1 451 Stimmbezirken vor. Für die räumlich-empirische Analyse musste die Datengrundlage um 250 Briefwahlbezirke reduziert werden, welche sich räumlich nicht zuordnen lassen. Die verwendeten Lärmdaten stammen aus dem Bericht zur „Lärmkartierung nach Umgebungslärmrichtlinie“ vom 9. Juli 2007. Die Daten wurden in Form georeferenzierter strategischer Lärmkarten mit außergewöhnlich

1 Der Landesabstimmungsleiter (Hrsg.): Volksentscheid „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“ am 27. April 2008 Endgültiges Ergebnis, Statistischer Bericht B VII 4-1.

2 Nicht unerwähnt bleiben sollte in diesem Zusammenhang auch der

in der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Heft 3/08, S. 41-46, zeitnah erschienene Beitrag von Geert Baasen: „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“ Volksbegehren erfolgreich, Volksentscheid gescheitert.

hohem Detaillierungsgrad (10 Meter mal 10 Meter Lärmquellen-Rasterpunkte) zur Verfügung gestellt. Die ausgewählten Lärmdaten liegen in der logarithmischen Dezibel-Skala (db) vor und sind nach dem für den L_{den} -Index gültigen Bewertungsverfahren errechnet. Für den Verkehrsflughafen Tegel umfassen sie die gesamte nördliche Hälfte des Stadtgebietes. Die Fluglärmdaten des THF wurden aufgrund der zu geringen Flugbewegungen nicht in den strategischen Lärmschutzberichten berücksichtigt. Ersatzweise wurden hierfür Karten mit Lärmzonen der Berliner Flughafengesellschaft bezogen, welche auf Stimmbezirke umgerechnet werden konnten. Da für den Flughafen Schönefeld keine strategischen Lärmkarten vorlagen und dessen Fluglärmschutzzonen nahezu vollständig außerhalb des Berliner Stadtgebietes liegen, wurden lediglich die Siedlungsbeschränkungszonen I/II des Gemeinsamen Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) als Anhaltspunkt für eine Lärmbelastung der Bevölkerung herangezogen.

Wahl- und Lärmdaten konnten durch den Einsatz räumlicher Interpolationstechniken mit zahlreichen Bevölkerungsmerkmalen verschnitten werden. Demografische Daten zur Bevölkerung wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bezogen. Es wurden jeweils die Daten gewählt, die möglichst zeitnah zum Untersuchungszeitpunkt, dem 27. April 2008, erhoben wurden. Der Datensatz ist auf den 30. Juni 2008 datiert und weist einen Detaillierungsgrad von 15 937 statistischen Bezirken auf. Daten zur Kaufkraft stammen ursprünglich von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) Nürnberg und wurden für das Jahr 2008 für die 191 PLZ-Bezirke Berlins ausgewiesen. Die Kaufkraft spiegelt das um Steuern und Sozialausgaben bereinigte, für Konsumzwecke zur Verfügung stehende Einkommen der privaten Haushalte wieder. Das Wahlergebnis der Abgeordnetenhauswahl 2006 wurde für 2 968 Wahlbezirke von der Geschäftsstelle des Landeswahlleiters im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Verfügung gestellt. Die räumliche Entfernung der 1 201 Wahlbezirke des Volksentscheids zum THF wurde auf zweierlei Weisen abgebildet. Mithilfe geografischer Informationssysteme (GIS) wurde die gradlinige Distanz zwischen Wahlbezirksmittelpunkt (Centroid) und Flughafengebäude des THF in Metern erfasst. Alternativ wurde durch den Einsatz von Standard-Routenplanungssoftware eine tatsächliche Straßendistanz für dieselbe Beziehung ermittelt.

Die Untersuchung des Wahlverhaltens erfolgt in einer in der Literatur üblichen Regressionsanalyse nach der Methode der Kleinsten Quadrate (engl. Ordinary Least Squares, kurz OLS). Als abhängige Variable wird der prozentuale Anteil an Ja-Stimmen an abgegebenen Stimmen zum THF-Volksentscheid in den Stimmbezirken verwendet. Die erklärenden Variablen setzen sich aus politischen und soziodemografischen Attributen, Distanz-Variablen und Variablen zur Erfassung der Lärmbelastung zusammen. Alternativ werden die Zusammenhänge auch für den Anteil der Ja-Stimmen an den Wahlberechtigten überprüft, da durch das Erfordernis, mindestens 25 % der Ja-Stimmen an den Wahlberechtigten zu erreichen, der Wahlbeteiligung entscheidende Bedeutung zukommt.

Proximitätseffekte

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse weisen unter Berücksichtigung der sozio-ökonomischen Merkmale der Bevölkerung in nahezu allen getesteten Spezifikationen auf einen signifikant negativen Einfluss vom Fluglärm am Standort THF auf die Zustimmung der Wähler zum Weiterbetrieb von THF hin. Dieses Ergebnis bestätigt die Existenz empfundener Proximitätskosten, die von Flugverkehr ausgehen. Gleichzeitig weisen die Ergebnisse der Analyse klare Indizien dafür auf, dass – bereinigt um diese Proximitätskosten – wenigstens ein Teil der Wähler positive Proximitätsnutzen wahrnehmen. Dieser Einfluss äußert sich in der Nähe zu THF in moderat, jedoch signifikant erhöhten Zustimmungsraten, insbesondere wenn die tatsächlichen „Straßenkilometer“ zum Abfertigungsgebäude zugrunde gelegt werden. Auffällig ist, dass sowohl die räumliche Nähe sowie das vorhandene Lärmniveau nicht nur den Anteil der Ja-Stimmen an den abgegebenen Stimmen beeinflusst, sondern auch positiv auf die Wahlbeteiligung wirkt. Der Anreiz, sich am Volksentscheid zu beteiligen, nahm offensichtlich sowohl mit den empfundenen Kosten als auch Nutzen zu. Die Wirkung des Fluglärms auf das Abstimmungsverhalten wurde auch in Interaktion mit Straßenlärm untersucht. Es zeigt sich ein adaptives Verhalten, indem eine höhere Belastung durch Straßenlärm die Lärmempfindlichkeit für Fluglärm abnehmen lässt.

Strategisches Wahlverhalten

Neben dem räumlichen Abstimmungsmuster in der Umgebung von THF lassen sich interessante Schlüsse aus gesonderter Betrachtung des Wahlverhaltens in der Umgebung der Verkehrsflughäfen Tegel und Schönefeld ziehen. So zeigt sich, dass auch eine erhöhte Lärmbelastung durch den Flugverkehr am Flughafen Tegel, um andere Effekte bereinigt, die Zustimmung zum Weiterbetrieb am Standort THF verringert. Dieses Wahlverhalten deutet auf empfundene Lärmkosten im Einflugbereich des Flughafens Tegel hin und kann als Zustimmung der betroffenen Anwohner zu den Plänen, nach denen sukzessive die innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und später Tegel geschlossen werden sollen, interpretiert werden.

Interessanterweise zeigt sich im Einflugbereich des Flughafens Schönefeld bzw. des künftigen Großflughafens BBI das entgegengesetzte Muster. Aufgrund fehlender Fluglärmdaten zum Verkehrsflughafen Schönefeld wurden die durch den Ausbau bedingten Siedlungsbegrenzungszone I/II zur Untersuchung möglicher externer Effekte in Schönefeld herangezogen. Innerhalb dieser Zonen konnte eine erheblich erhöhte Zustimmung zum Weiterbetrieb am Standort THF nachgewiesen werden, welche in Abbildung 1 bereits deutlich zutage tritt. Offensichtlich liegt hier strategisches Wahlverhalten in dem Sinne vor, dass die Wähler vermeiden wollten, dass der Flugverkehr des THF zusätzlich in Schönefeld abgewickelt werden würde.

Andere Einflussgrößen

Neben den Proximitätskosten und -nutzen, die von Flugverkehr ausgehen, zeigen sich in den empirischen Untersuchungen zahlreiche weitere signifi-

kante Einflüsse auf das Abstimmungsverhalten. So lassen sich die im Vorwege des Volksentscheides gegebenen Empfehlungen der politischen Parteien im Wahlverhalten ihrer Anhänger wiederfinden. In Gebieten mit einem hohen Stimmenanteil bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 für die Oppositionsparteien CDU und FDP konnte auch eine signifikant erhöhte Zustimmung zum Weiterbetrieb von THF statistisch nachgewiesen werden. Der entgegengesetzte Effekt tritt für die Regierungsparteien SPD und die Partei Die Linke sowie die Oppositionspartei Die Grünen auf. Nach Altersgruppen untergliedert zeigt sich die größte Zustimmung für die Gruppe der 27- bis 45-Jährigen, welche die Vielflieger und damit die potenziellen Hauptnutzer von THF umfassen. Sowohl bei den jüngeren als auch bei den älteren Wählern stieß das Bürgerbegehren für den Weiterbetrieb von THF auf eine geringere Unterstützung. Die geringere Unterstützung innerhalb der jüngsten Bevölkerungsgruppe kann entweder auf eine erhöhte Sensibilität gegenüber Umweltbelastung zurückgeführt werden, da diese Generation von den Spätfolgen am stärksten betroffen sein wird, oder auf eine geringere emotionale Bindung zum Flughafen aufgrund seiner historischen Bedeutung hindeuten. Eine mögliche Erklärung für die relativ erhöhte Ablehnung innerhalb älterer Bevölkerungsgruppen stellt eine mit dem Alter zunehmende Lärmempfindlichkeit dar. Die durchschnittliche Kaufkraft in den Stimmbezirken wirkt sich hingegen nur schwach oder nicht signifikant auf das Abstimmungsergebnis aus. Offensichtlich fallen empfundene Kosten und Nutzen, trotz einer potenziell höheren Nutzungsrate einkommensstärkerer Gruppen, kaum heterogen zwischen unterschiedlichen Einkommensklassen aus.

Während die Analyse des Wahlergebnisses robuste Evidenz für die Existenz von Proximitätskosten und -nutzen von Fluglärm liefert – dem eigentlichen Gegenstand der Untersuchung –, erweist sich ein anderer Faktor als wichtigste Determinante für das Abstimmungsverhalten: die Lage eines Stimmbezirks innerhalb des Ost- oder Westteils der Stadt. Diese Heterogenität im Abstimmungsverhalten wird auf der Titelgrafik mehr als deutlich. Im Mittel lag die durchschnittliche Zustimmungsrates gemessen im Anteil der Ja-Stimmen an den abgegebenen Stimmen mit 70 % im ehemaligen Westteil der Stadt etwa doppelt so hoch wie im ehemaligen Ostteil der Stadt, wo im Schnitt nur etwa 35 % der Wähler für den Weiterbetrieb stimmten. Eine einfache Regressionsanalyse der Zustimmungsrates auf Stimmbezirksebene unter Verwendung der Methode der kleinsten Quadrate, welche alleinig zwischen der Lage der Stimmbezirke entweder im Ostteil oder im Westteil der Stadt unterscheidet, erklärt dabei bereits annähernd 70 % der Variation des Wahlergebnisses zwischen den Stimmbezirken. Eine naheliegende Erklärung stellt die historisch bedeutsame Rolle des Flughafens – insbesondere seine Bedeutung als wichtigster Endpunkt zur Versorgung West-Berlins während der Luftbrücke – dar, welche offensichtlich bis heute im Bewusstsein der (West-Berliner) Bevölkerung nachwirkt und zu einer hohen emotionalen Bindung führt.

Dr. Gabriel M. Ahlfeldt ist Lecturer in Urban Economics and Land Development an der London School of Economics and Political Science, Dipl. Kfm. Felix Schrayvogel hat am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der Universität Hamburg seine Diplomarbeit zum o. g. Thema verfasst.

Hartmut Bömermann

Kartogramme am Beispiel der räumlichen Verteilung von Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin und Brandenburg



Daten

Dargestellt werden soll die Verteilung der Personen in Bedarfsgemeinschaften zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II im Dezember 2008

Statistische Größen lassen sich visuell oftmals schneller erfassen und besser erinnern, als dies mit Zahlen oder Textdarstellungen der Fall wäre. „Ein Bild sagt mehr als 1 000 Worte“ ist ein geflügeltes Wort für diese Einsicht. Mit einer weitverzweigten Familie unterschiedlicher Diagrammtypen wird dem in der Statistik Rechnung getragen. Wenn der Raumbezug nicht nur den Geltungsbereich der Daten wiedergibt (Deutschland, Berlin, Brandenburg), sondern als Merkmal erhoben wird, können detaillierte räumliche Verteilungen, Muster und Zusammenhänge dargestellt werden. Thematische Karten haben sich dafür seit Jahren fest etabliert. Die gängigen farblich abgestuften Karten (Choropletenkarte) können jedoch unter Umständen auch einen irreführenden Eindruck hervorrufen. Wenn beispielsweise die Größen der Teilgebietsflächen eine große Spannweite aufweisen und die Verteilung der thematischen Variablen – etwa der Bevölkerung – dazu in einem umgekehrten Verhältnis steht, kann das dazu führen, dass dünn besiedelte großflächige Bereiche den visuellen Eindruck dominieren, während das Gewicht dicht besiedelter Gebiete visuell nicht zur Geltung kommt. Eine Lösung bieten Kartogramme, bei denen die Flächengröße der Teilgebiete und nicht nur der Farbwert zur Visualisierung einsetzt wird.

Die Verteilung der Personen im Rechtskreis SGB II in Berlin und Brandenburg soll mit Hilfe von Kartogrammen visualisiert werden. In vielen Berichten zur Sozialstruktur hat sich die Verteilung der SGB II-Daten als aussagekräftiger und verlässlicher Schlüsselindikator bewährt. Häufig verwendet werden in den Darstellungen farblich abgestufte thematische Karten.

(„Hartz IV“-Empfänger) in Berlin und Brandenburg sowie die Bevölkerung am 31. 12. 2008. Die Daten zum SGB II werden von der Bundesagentur für Arbeit auf verschiedenen räumlichen Gliederungsebenen ausgewiesen. Als räumliche Darstellungsebene werden für Berlin die 12 Bezirke und für Brandenburg die 18 Landkreise und kreisfreien Städte verwendet. Als Nenner für die Berechnung von Anteilen der Personen in Bedarfsgemeinschaften wird die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren verwendet, da dies der Abgrenzung des Empfängerkreises entspricht.

Bevölkerung und Personen in Bedarfsgemeinschaften in Berlin

Die 3,43 Millionen Einwohner Berlins verteilen sich auf 12 Bezirke (Tabelle 1), der kleinste Bezirk war im Dezember 2008 Spandau mit 224 Tausend und der größte Pankow mit 367 Tausend Einwohnern. Mit 20,2 km² wies Friedrichshain-Kreuzberg die kleinste Fläche auf und Treptow-Köpenick nahm mit 168,4 km² die größte Teilfläche der Stadt ein. Die Bevölkerungsdichte – als Quotient aus Bevöl-

kerungszahl und Fläche – betrug in Berlin 3 849,2 Einwohner je km². Bei der Bevölkerungsdichte lag die Spannweite zwischen 1 421,6 Einwohner/km² in Treptow-Köpenick und 13 421,2 Einwohner/km² im Innenstadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Die meisten Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften lebten im Dezember 2008 in Mitte (82 Tausend) und Neukölln (80 Tausend), während in Steglitz-Zehlendorf nur 25 Tausend registriert waren. Ähnlich wie bei der Bevölkerung variierte die Dichte der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften beachtlich. Der höchste Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 65 Jahren lebte mit 31,5 % in Neukölln, gefolgt von 28,8 % in Mitte (Tabelle 2). Immerhin noch 11,1 % der Bevölkerung unter 65 Jahren rechneten in Steglitz-Zehlendorf zu dieser Gruppe. Bezogen auf alle SGB II-Leistungsempfänger in Berlin, kamen 13,7 % aus Neukölln, 13,9 % aus Mitte und lediglich 4,2 % aus Steglitz-Zehlendorf.

Tab. 1 Kennzahlen für Berlin und Brandenburg im Dezember 2008

Merkmal – Gliederungsebene	Berlin – Bezirke	Brandenburg – Kreisfreie Städte und Landkreise
Anzahl der Teilflächen	12	18
Flächen (km ²)		
insgesamt	891,5	29 648,1
kleinste Teilfläche	20,2	147,8
größte Teilfläche	168,4	3 058,2
Bevölkerung (Anzahl)		
insgesamt	3 431 675	2 522 493
Minimum	223 813	61 286
Maximum	366 899	204 277
Bevölkerungsdichte (Personen/km ²)		
insgesamt	3 849,2	85,6
Minimum	1 421,6	39,7
Maximum	13 421,2	816,4
Personen in SGB II Bedarfsgemeinschaften (Anzahl)		
insgesamt	586 528	298 563
Minimum	24 835	10 184
Maximum	81 547	23 615
SGB II-Dichte (Personen/km ²)		
insgesamt	656,8	10,1
Minimum	169,1	5,6
Maximum	3 042,8	90,3

Bevölkerung und Personen in Bedarfsgemeinschaften in Brandenburg

Am 31.12.2008 hatte Brandenburg 2,52 Millionen Einwohner, die sich auf eine Fläche von 29,6 Tausend km² verteilen (Tabelle 1). Frankfurt (Oder) ist mit 147,8 km² die kleinste und der Landkreis Uckermark mit 3 058,2 km² größte Einheit. Die Bevölkerungsunterschiede sind ebenfalls groß, so ist wiederum Frankfurt (Oder) mit 61 Tausend Einwohnern am kleinsten, während der Landkreis Potsdam-Mittelmark mit 204 Tausend die größte Einwohnerzahl auswies. Die Bevölkerungsdichte ist in einem Flächenland viel geringer als in der Großstadt Berlin. Das Maximum wies mit 816,4 Einwohner/km² die Stadt Potsdam auf.

299 Tausend Personen gehörten im Dezember 2008 zu einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft (Tabelle 1). Das entsprach einem Anteil von 15,2 % der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren (Tabelle 2). Am höchsten war der Anteil in Brandenburg an der Havel (22,1 %) und am geringsten im Landkreis Potsdam-Mittelmark (8,8 %). Bezogen auf alle Personen, die in Brandenburg in SGB II-Bedarfsgemeinschaften lebten, kamen nur 4,0 % aus der Stadt Brandenburg, die meisten waren in den Landkreisen Märkisch-Oderland (7,9 %), Uckermark (7,7 %), Oder-Spree (7,6 %) und Oberhavel (7,2 %) gemeldet.

Flächentreue Karten und Kartogramme

Die Fläche ist neben der Gestalt ein wesentliches Wahrnehmungsmerkmal. Auf thematischen Karten, die mit einer Standardprojektion der gekrümmten Erdoberfläche auf eine zweidimensionale Ebene arbeiten und flächentreu bzw. näherungsweise flächentreu sind, können gut die Gebiete mit hohen Anteilen einer interessierenden Population herausgearbeitet werden. In Berlin variiert die Bevölkerungsdichte auf der Ebene der Bezirke zwischen 1 400 und 13 400 Einwohner/km². Die Fläche von 1 km² in der Innenstadt umfasst eine viel größere Population als die gleiche Fläche in einem Außenbezirk wie Treptow-Köpenick. Die in thematischen Karten eingefärbte Fläche verdeckt daher möglicherweise das Gewicht der dahinter liegenden Population, was zu einer verzerrten Wahrnehmung führen kann. In Kartogrammen wird die Flächengröße selbst skaliert und als Projektion zur Darstellung verwendet. Damit ist die dargestellte „Karte“ zwar nicht mehr flächentreu, aber die Beziehungen der Teilflächen untereinander (Nachbarschaften) bleiben erhalten, sodass das Kartogramm weiterhin als Karte lesbar bleiben sollte.

Für die Erstellung der Kartogramme wurde eine Implementierung der Dichteausgleichsmethode (density-equalizing method) von Gastner und Newman verwendet. Mit der Methode werden Areale konstruiert, die nicht proportional zur Fläche auf der Erdoberfläche, sondern proportional zu den Werten thematischer Variablen sind. Der Ansatz von Gastner und Newman verändert die Größe und die Gestalt der Teilflächenpolygone – hier der Bezirke bzw. Verwaltungsbezirke –, erhalten bleiben die räumlichen Nachbarschaftsbeziehungen und es entstehen keine Überlappungsgebiete. Im Ergebnis ist leicht erkenn-

Tab. 2 Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin und Brandenburg im Dezember 2008 nach (Verwaltungs)-Bezirken

(Verwaltungs)-Bezirk	Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 65 Jahre in %	Anteil des (Verwaltungs)-Bezirks an allen Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften des Landes in %
Berlin		
Mitte	28,8	13,9
Friedrichshain-Kreuzberg	25,2	10,5
Pankow	14,5	7,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	15,2	6,5
Spandau	25,0	7,5
Steglitz-Zehlendorf	11,1	4,2
Tempelhof-Schöneberg	19,1	8,7
Neukölln	31,5	13,7
Treptow-Köpenick	15,8	4,9
Marzahn-Hellersdorf	23,8	8,5
Lichtenberg	20,7	7,3
Reinickendorf	21,0	6,6
Insgesamt	21,0	100
Brandenburg		
Brandenburg an der Havel, Stadt	22,1	4,0
Cottbus, Stadt	18,7	5,0
Frankfurt (Oder), Stadt	21,4	3,4
Potsdam, Stadt	12,9	5,3
Landkreis Barnim	14,1	6,6
Landkreis Dahme-Spreewald	11,6	4,9
Landkreis Elbe-Elster	16,7	4,9
Landkreis Havelland	13,4	5,5
Landkreis Märkisch-Oderland	15,6	7,9
Landkreis Oberhavel	13,5	7,2
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	18,0	5,6
Landkreis Oder-Spree	15,7	7,6
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	18,6	5,1
Landkreis Potsdam-Mittelmark	8,8	4,8
Landkreis Prignitz	19,2	4,0
Landkreis Spree-Neiße	15,3	5,1
Landkreis Teltow-Fläming	12,2	5,2
Landkreis Uckermark	22,5	7,7
Insgesamt	15,2	100

bar, wo die meisten Fälle lokalisiert sind. Die entstehenden Kartogramme werden als Diffusionskartogramme (diffusion cartogram) bezeichnet.

Abbildung 1a zeigt die Bevölkerungsstärke der Berliner Bezirke. Je größer die Bevölkerungszahl in dem jeweiligen Bezirk ist, desto dunkler ist er dargestellt. In der danebenstehenden Abbildung 1b wird die Rangfolge der Flächengröße farblich ausgedrückt. Die Bezirke mit kleiner Fläche finden sich in der Innenstadt. Diese Bezirke weisen wiederum die höchste Bevölkerungsdichte auf (Abbildung 1c). Das Kartogramm in Abbildung 1d gibt jeder Person so viel Raum, wie zu einem Ausgleich der Dichte erforderlich ist. Erkennbar bleibt die Gestalt der Bezirke. Am stärksten herunterskaliert wurde Treptow-Köpenick, während Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte stark vergrößert wurden (Tabelle 3). Friedrichshain-Kreuzberg wird im Kartogramm durch eine um den Faktor 3,3 vergrößerte Fläche repräsentiert. Die Innenstadt weist nun nicht mehr die Bezirke mit den kleinsten Darstellungsflächen auf.

Abb. 1a **Rangfolge der Bevölkerungsstärke der Berliner Bezirke am 31. 12. 2008 (je dunkler desto größer)**



Abb. 1b **Rangfolge der Fläche der Berliner Bezirke am 31. 12. 2008 (je dunkler desto größer)**

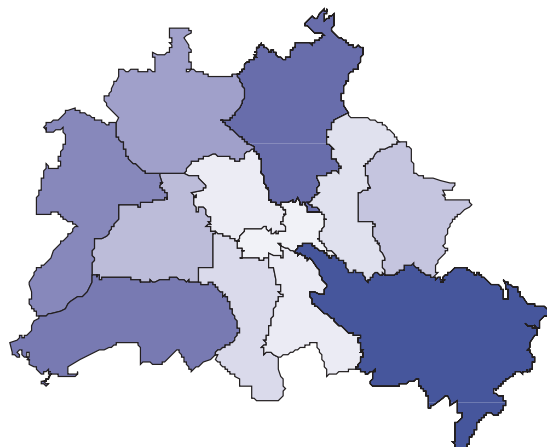


Abb. 1c **Rangfolge der Bevölkerungsdichte der Berliner Bezirke am 31. 12. 2008 (je dunkler desto größer)**

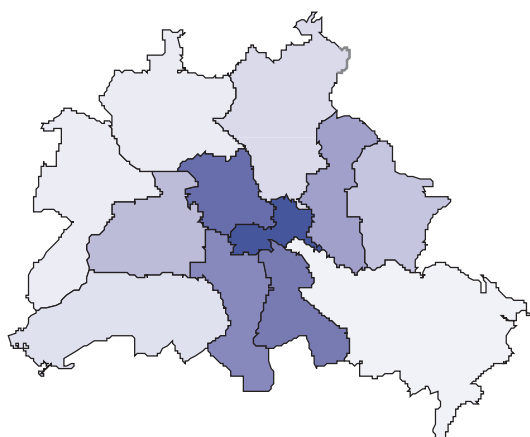


Abb. 1d **Kartogramm der Bezirksbevölkerung in Berlin am 31. 12. 2008 (gleiche Bevölkerungsdichte, Größe skaliert)**



Für Brandenburg zeigen die Abbildungen 2a-c die Bevölkerungszahl, Fläche und Bevölkerungsdichte auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Besonders hoch ist die Bevölkerungsdichte in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel, deren vergleichsweise kleine Gebiete deutlich auf der Karte in Abbildung 2c erkennbar sind. Das Kartogramm der Bevölkerung in Brandenburg zeigt diese Städte vergrößert, während einige Landkreise – insbesondere im Norden – herunterskaliert wurden.

Räumliche Verteilung von Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin

In der flächentreuen thematischen Karte bilden die drei Bezirke, die die höchsten Anteile an Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften aufwiesen, ein zusammenhängendes Gebiet (Abbildung 3a). Die Anteile liegen zwischen 25 und 32 %, die für die Kartierung nach Quartilen ausgewiesen werden. Bezogen auf die Gesamtpopulation, die zum Rechtskreis SGB II gehörte, lebten in diesen drei Bezirken 38,1 % aller Personen. Von der Berliner Bevölkerung waren 26,5 % und

von den unter 65-Jährigen 28,0 % in einem der drei Bezirke gemeldet. Die zusammengefasste Fläche der drei Bezirke umfasste aber nur 11,7 % der gesamten Stadtfläche.

Die SGB II-proportionale Darstellung im Kartogramm (Abbildung 3b) hebt die Bedeutung der drei Bezirke deutlich hervor. Stark herunterskaliert wurden dagegen die Bezirke Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf.

Räumliche Verteilung von Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Brandenburg

Der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften lag im Dezember 2008 in Brandenburg mit 5,8 Prozentpunkten unterhalb des Berliner Durchschnitts. Die Verteilung weist aber ebenfalls eine deutliche räumliche Differenzierung auf. In Abbildung 4a werden die Anteile in klassierter Form (Quartile) als flächenproportionale thematische Karte dargestellt. Am höchsten waren die Anteile in Brandenburg an der Havel (22,1 %) und am geringsten im Landkreis Potsdam-Mittelmark (8,8 %).

Abb. 2a **Rangfolge der Bevölkerungsstärke der Brandenburger Verwaltungsbezirke am 31. 12. 2008**
(je dunkler desto größer)

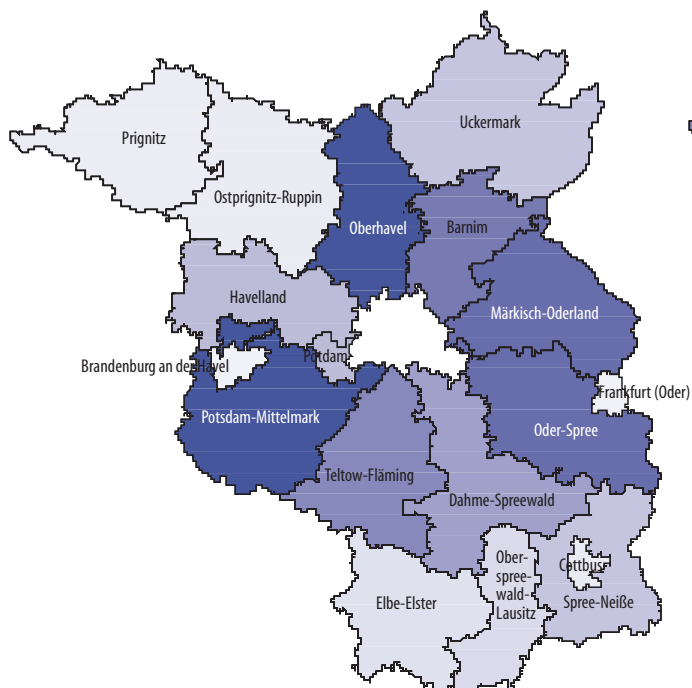


Abb. 2b **Rangfolge der Fläche der Brandenburger Verwaltungsbezirke am 31. 12. 2008**
(je dunkler desto größer)

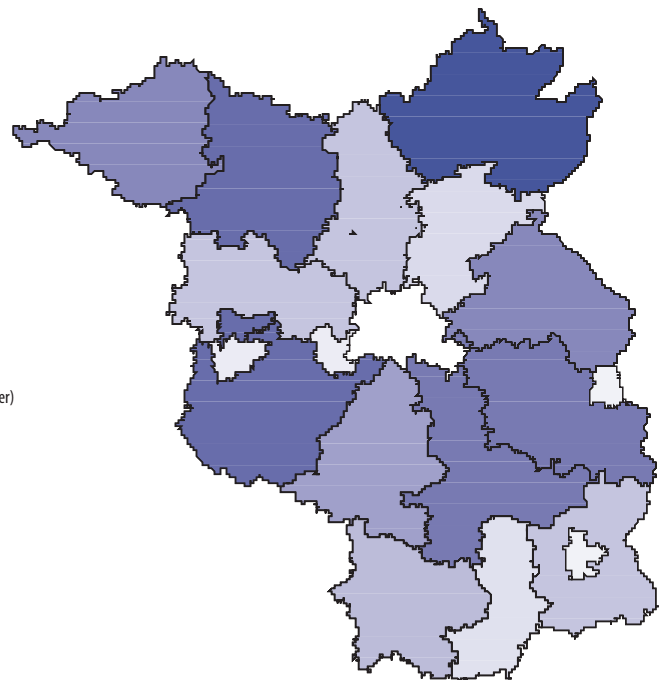


Abb. 2c **Rangfolge der Bevölkerungsdichte der Brandenburger Verwaltungsbezirke am 31. 12. 2008**
(je dunkler desto größer)

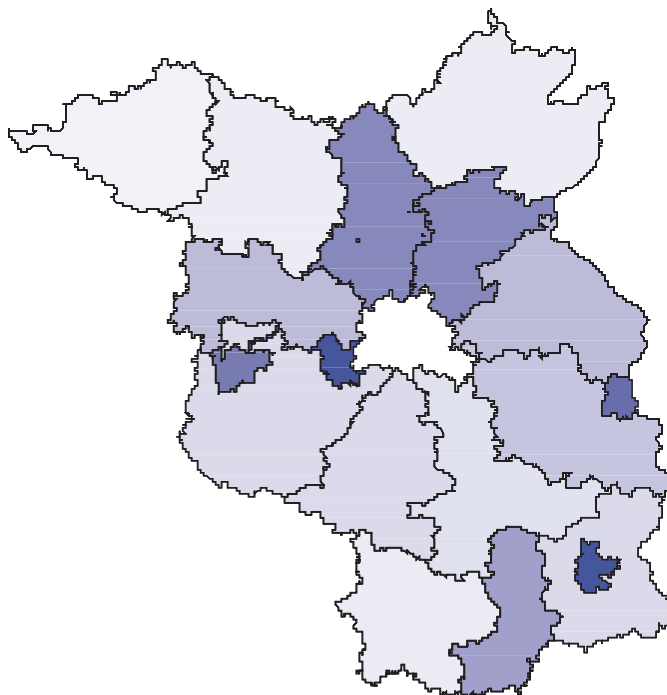


Abb. 2d **Kartogramm der Bevölkerung in den Brandenburger Verwaltungsbezirken am 31. 12. 2008 (gleiche Bevölkerungsdichte, Größe skaliert)**

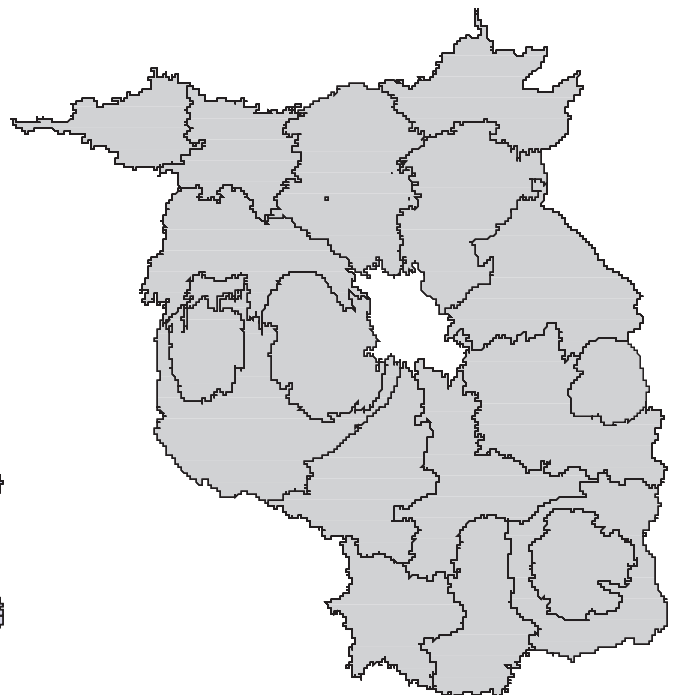


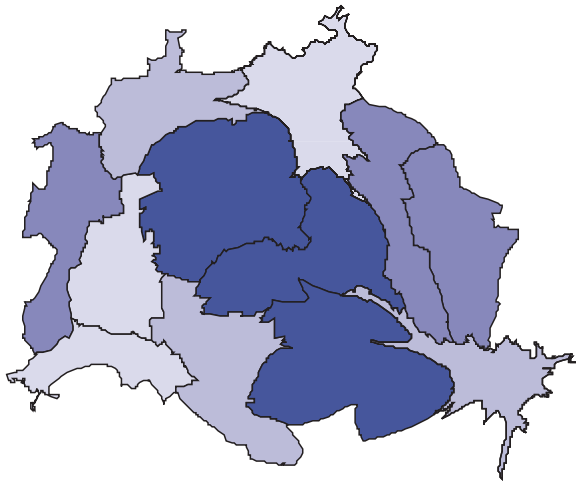
Abb. 3a Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den Berliner Bezirken im Dezember 2008 in % (Quartile)

Quartile:

Quartile	SGBII-Personen in %	Farbe
1.	11,30 – 15,58	
2.	15,59 – 20,96	
3.	20,97 – 26,04	
4.	26,05 – 32,00	



Abb. 3b Kartogramm der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den Berliner Bezirken im Dezember 2008



Durch die Berechnung der Projektion des Kartogramms, die proportional zur Anzahl der SGB II-Personen ist, verschieben sich die visuellen Gewichte: Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus nehmen eine deutlich größere Kartogrammfläche ein, während die nördlichen Landkreise Prignitz und Uckermark an Darstellungsfläche einbüßen.

Zusammenfassung

Kartogramme bieten eine gute Möglichkeit, Schwächen flächentreuer thematischer Karten zu vermeiden, und die hinter den Prozentanteilen stehenden statistischen Massen zu verdeutlichen. Durch die ungewohnte und irritierende Gestaltung können sie auch zu einer näheren Beschäftigung mit den statistischen Ergebnissen anregen. Sie sollten aber immer gemeinsam mit den flächentreuen Karten dargestellt werden, um das Risiko neuer Trugschlüsse zu vermindern. Für die Rechenleistung moderner Arbeitsplatz-PC stellen die Berechnungen von Kartogrammen keine große Hürde mehr dar. Eine interessante Anwendung könnten Kartogramme von Wahlergebnissen sein, insbesondere bei einer stark ausgeprägten Regionalisierung von Ergebnissen.





Tab. 3 Veränderung der Berliner Fläche durch die Kartogrammdarstellung

Bezirk	Vergrößert verkleinert ¹	Flächen- änderungs- faktor
1 Mitte.....	++	2,1
Friedrichshain-		
2 Kreuzberg.....	++	3,3
3 Pankow.....	-	0,9
Charlottenburg-		
4 Wilmersdorf.....	+	1,3
5 Spandau.....	-	0,6
6 Steglitz-Zehlendorf.....	-	0,8
7 Tempelhof-Schöneberg	+	1,6
8 Neukölln.....	+	1,7
9 Treptow-Köpenick.....	-	0,4
10 Marzahn-Hellersdorf.....	=	1,0
11 Lichtenberg.....	+	1,3
12 Reinickendorf.....	-	0,7

¹ Faktor ≤|1| + oder -, ≥|2| ++ oder --

Abb. 4a **Anteil der Personen
in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den
Brandenburger Verwaltungsbezirken
im Dezember 2008 (Quartile)**

Quartile:

Quartile	SGBII-Personen in %	Farbe
1.	8,83 – 13,41	
2.	13,42 – 15,71	
3.	15,72 – 18,72	
4.	18,73 – 22,49	

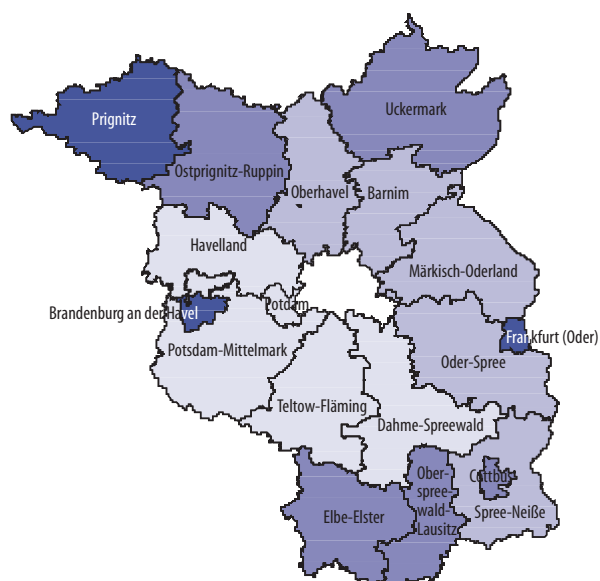
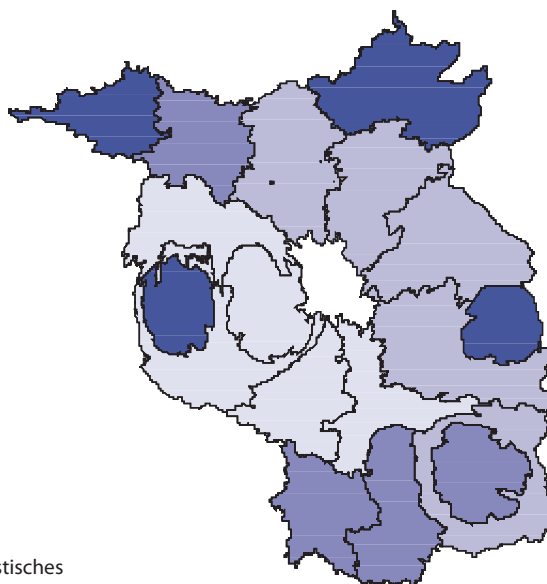


Abb. 4b **Kartogramm der Personen
in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den
Brandenburger Verwaltungsbezirken
im Dezember 2008**



Quellennachweis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2009): „Statistisches Jahrbuch 2009 - Berlin“. Kulturbuch-Verlag: Berlin.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2009): „Statistisches Jahrbuch 2009 - Brandenburg“. Kulturbuch-Verlag: Berlin.
- Bundesagentur für Arbeit: SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche, URL: <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/analytik/kennzahlensgbii/index.shtml>.
- Environmental Systems Research Institute (2007): „Cartogram Utility for ArcGIS“.
- Markus Burgdorf / Jessica Huter (2009): „Eine alternative Methode zur Darstellung regionaler Strukturen am Beispiel der Arbeitslosigkeit“. Statistische Monatshefte Niedersachsen, hrsg. vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, H. 12, S. 610-618.
- Michael T. Gastner / Mark E. J. Newman (2004): „Diffusion-based method for producing density-equalizing maps“. In: Proceedings of the NAS, Bd. 101, H. 20, S. 7499-7504.

Hartmut Bömermann

Vergleich der Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin in kleinräumiger Perspektive



Daten

Ausgewertet wurden die Zweitstimmenergebnisse in den 516 Briefwahlbezirken Berlins. Die Briefwahlbezirke wurden durch die Zusammenfassung der Stimmbezirke, von denen es in Berlin bei der Bundestagswahl 1984 gab und in denen nur die Wahllokalwähler nachgewiesen werden können, gebildet. Auf der räumlichen Ebene der Briefwahlbezirke

Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 ist vorbei und der Regierungsvertrag bestimmt wieder das Geschehen. Dennoch lohnt sich eine detaillierte Betrachtung der zurückliegenden Wahlen. Der Fokus wird auf die räumliche Verteilung der Stimmengewinne und der Nichtwähler gerichtet. Nachgegangen werden soll der Frage, wo Veränderungen stattfanden, mehr in den Hochburgen oder mehr in der Diaspora der beteiligten Parteien. Um die Frage zu umgehen, was denn eine Hochburg überhaupt sei und wie sie statistisch definiert werden kann, wurde ein Ansatz gewählt, der auf Streudiagrammen und einfachen Regressionsrechnungen basiert.

wird der Wahlausgang der Wahllokal- und der Briefwahlstimmen gemeinsam dokumentiert. Für einen Wahlpaarvergleich wurden die Ergebnisse der Vorwahl, in diesem Fall der Bundestagswahl vom 18. September 2005, auf die Briefwahlbezirke umgerechnet. Die Briefwahlbezirke bilden die feinste räumliche Unterteilung des Stadtgebietes für eine Wahlbetrachtung, die alle Wahlberechtigten und Wähler, unabhängig vom Modus der Stimmabgabe, umfasst.

Gültige Stimmen und Wahlberechtigte

Die Ergebnisse der fünf größeren Parteien lagen bei der Bundestagswahl 2009 recht nah beieinander (Tabelle 1). Die Spannweite reicht von 22,8 % für die CDU bis 11,5 % für die FDP. Regionaleffekte zeigen sich bei der Partei DIE LINKE, die im Ostteil Berlins mit 33,8 % weit besser abschnitt als im Landesmittel, aber auch bei der CDU und der FDP, die im westlichen Teil besser abschnitten.

Für die Zusammensetzung des Parlaments ist der Anteil, der von einer Partei an den gültigen Stimmen errungen werden konnte, entscheidend. Für einen Vergleich mit einer Vorwahl kann es dagegen sinnvoll sein, auf die Wahlberechtigten zu prozentuieren, da so auch diejenigen, die bei einer oder auch bei beiden Wahlen nicht teilnahmen und sich für eine Nichtwahl entschieden hatten, in die Betrachtung aufgenommen werden.

Durch die auf 70,9 % gesunkene Wahlbeteiligung (2005: 77,4 %) fallen die Parteianteile, wenn auf die Wahlberechtigten und nicht, wie üblich, auf die gültigen Stimmen prozentuiert wird, nochmals niedriger aus. So kam die CDU auf 15,9 % der Wahlberechtig-

ten statt 22,8 % bezogen auf die gültigen Stimmen (Tabelle 1). Auch die Partei DIE LINKE konnte im Ostteil der Stadt lediglich 22,9 % der Wahlberechtigten erreichen, lag damit dennoch weit vor dem Zweitplatzierten, der SPD mit 12,3 %. Im Westteil der Stadt konnte keine Partei 20 % der Wahlberechtigten mobilisieren.

Besonders markant waren bei der Bundestagswahl 2009 die erdrutschartigen Verluste der SPD, die auch in Berlin eintraten. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 verloren die Sozialdemokraten 14,1 Prozentpunkte. Im Ostteil waren die Verluste mit 16,1 Prozentpunkten noch ausgeprägter als im Westteil. Alle anderen Parteien gewannen hinzu. Allerdings nur, wenn die gültigen Stimmen als Basis verwendet werden. Dagegen verlor die CDU, bezogen auf die Wahlberechtigten, sogar leicht um 0,9 Prozentpunkte. Die Verluste wurden mit –2,2 Prozentpunkten im Westteil gemacht, während die Bilanz im Ostteil positiv war. Trotz dieses gemischten Ergebnisses rückte die CDU auf den ersten Platz in Berlin vor (Tabelle 1).

Räumliche Stabilität der Ergebnisse im Vergleich zur Vorwahl

Waren die Parteien 2009 in den gleichen Briefwahlbezirken stark bzw. schwach, in denen sie auch bei der Bundestagswahl 2005 stark bzw. schwach waren? Das Bestimmtheitsmaß R^2 aus der Regressionsrechnung gibt an, wie gut die Wahl 2005 die Bundestagswahl 2009 zu erklären vermag, und zwar bezogen auf eine Wiederholung des räumlichen Musters von Gebieten, in denen unter- bzw. überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt wurden. Ein hohes R^2 (nahe 100 %) weist darauf hin, dass die räumliche Verteilung der Partei- und Nichtwähleranteile bei den verglichenen Wahlen sehr ähnlich ist. Je kleiner der Koeffizient ist, desto größer sind die Veränderungen im räumlichen Relief einer Partei bzw. der Nichtwähler.

Alle größeren Parteien, mit Ausnahme der SPD, weisen eine hohe Stabilität des räumlichen Verteilungsmusters auf (Tabelle 2). Die Erklärungskraft der Wahl 2005 für die räumliche Verteilung bei der Wahl 2009 liegt zwischen 94,7 % für die CDU und 97,7 % für die Partei DIE LINKE. Bei den Sozialdemokraten beträgt das Bestimmtheitsmaß nur geringe 22,2 % und ist damit noch kleiner als für die Sammelkategorie „Sonstige“, in die alle kleinen Parteien eingerechnet wurden. Der reguläre Zusammenhang zwischen der diesjährigen Bundestagswahl und der Vorwahl ist bei den Sozialdemokraten nur schwach ausgeprägt. Unterstrichen wird mit dieser Beobachtung der erd-

Tab. 1 **Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien an den gültigen abgegebenen Stimmen und den Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009 und deren Veränderung im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 in Berlin**

Parteien und Nichtwähler	2009		Veränderung gegenüber 2005	
	gültige Stimmen	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Wahlberechtigte
	%		%-Punkte	
Berlin				
SPD.....	20,2	14,1	-14,1	-12,1
CDU.....	22,8	15,9	0,8	-0,9
DIE LINKE.....	20,2	14,1	3,9	1,7
GRÜNE.....	17,4	12,1	3,7	1,7
FDP.....	11,5	8,0	3,3	1,8
Sonstige.....	7,9	5,5	2,5	1,4
außerdem Nichtwähler..	x	29,1	x	6,5
Berlin-Ost				
SPD.....	18,1	12,3	-16,8	-14,0
CDU.....	16,8	11,4	3,2	1,1
DIE LINKE.....	33,8	22,9	4,3	0,7
GRÜNE.....	14,2	9,7	3,3	1,4
FDP.....	7,7	5,2	2,4	1,2
Sonstige.....	9,4	6,4	3,6	2,0
außerdem Nichtwähler..	x	31,1	x	7,6
Berlin-West				
SPD.....	21,6	15,4	-12,3	-10,6
CDU.....	27,0	19,2	-0,9	-2,2
DIE LINKE.....	10,8	7,7	3,7	2,2
GRÜNE.....	19,6	13,9	3,9	1,9
FDP.....	14,2	10,1	4,0	2,2
Sonstige.....	6,8	4,8	1,7	0,9
außerdem Nichtwähler..	x	27,6	x	5,6

rutschartige Charakter der Verluste für die SPD, die nicht gleichmäßig verteilt waren, sondern ein deutliches Moment von Irregularität aufwiesen.

Hochburgen und Diaspora

Weitere Aufschlüsse soll die Untersuchung des Wahlgebietes nach Hochburgen und Diaspora bringen. Da eine klare politikwissenschaftliche Definition fehlt, die Wahlgebiete als Hochburg qualifiziert, soll auf die Zuordnung aller Gebiete zu den Kategorien Hochburg bzw. Diaspora verzichtet werden. Stattdessen wird der Frage mithilfe von Streudiagrammen und einer einfachen Regression nachgegangen.

In den Streudiagrammen (Abbildungen 1a-f) sind jeweils Partei- bzw. Nichtwähleranteile bei der Bundestagswahl 2009 gegenüber der Vorwahl dargestellt. Jeder Punkt repräsentiert einen Briefwahlbezirk, die Lage des Punktes wird durch die Anteilswerte bei den Wahlen festgelegt.

Die Briefwahlbezirke in den Streudiagrammen der CDU, GRÜNE, FDP und Nichtwähler bilden eine langgestreckte Wolke, diejenigen der Partei DIE

Tab. 2 **Stabilität der kleinräumigen Zweitstimmen-ergebnisse bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 in Berlin**

Parteien und Nichtwähler	Bestimmtheitsmaß R ² in %
SPD.....	22,2
CDU.....	94,7
DIE LINKE.....	97,7
GRÜNE.....	97,4
FDP.....	95,1
Sonstige.....	23,2
Nichtwähler.....	85,9

Basis: Wahlberechtigte
Räumliche Gliederung:
516 Briefwahlbezirke

LINKE zwei langgestreckte Teilwolken, während die SPD-Ergebnisse kumuliert angeordnet sind. Eine langgestreckte Wolke entspricht einem Je-Desto-Zusammenhang. Je höher das Vorwahlergebnis war, desto höher war das Wahlergebnis in den Briefwahlbezirken bei der Bundestagswahl 2009. Dem Streudiagramm kann entnommen werden, dass die SPD viel weniger ausgeprägte Hochburgen und Täler hat als CDU oder DIE LINKE.

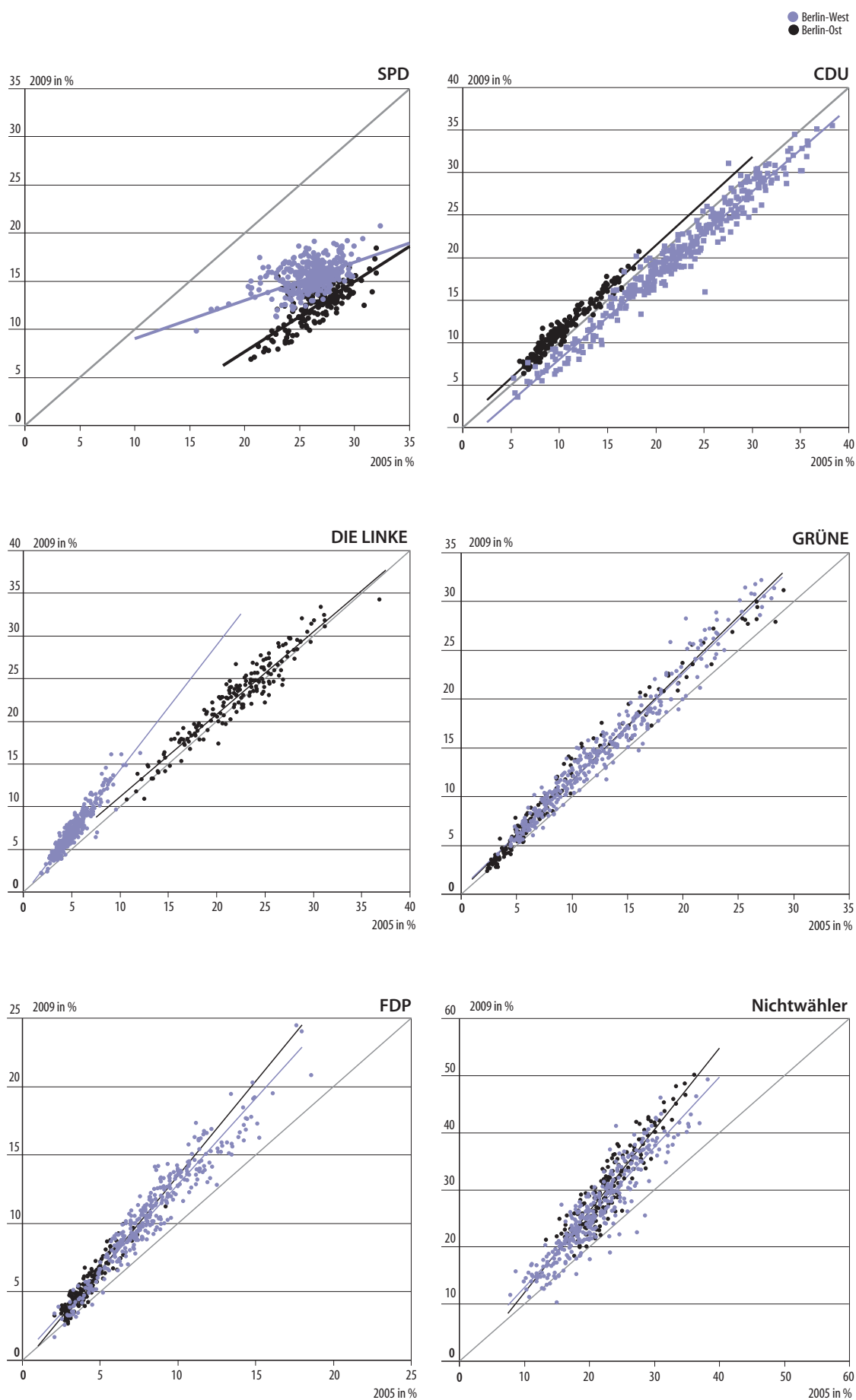
Zusätzlich wurde in die Streudiagramme eine Diagonale als Hilfslinie eingezeichnet. Alle Briefwahlbezirke, die unterhalb der Diagonale liegen, wiesen 2009 ein schlechteres Ergebnis aus als 2005. Die Ergebnisse für die SPD liegen alle unterhalb der Diagonalen.

Zwei weitere Geraden in den Streudiagrammen repräsentieren die Ergebnisse der Regression, die getrennt nach Stadthälften gerechnet wurden (Tabelle 3). Aus der Lage der Regressionsgerade zur Diagonalen können weitere Hinweise entnommen werden. Verläuft die Regressionsgerade flacher als die Diagonale (Regressionssteigerung kleiner 1,000), dann sind die Verluste in den Hochburgen größer als im Mittel der Stadthälfte. Ist die Regressionsgerade steiler (größer 1,0), dann sind die Gewinne in den Hochburgen höher. Verlaufen Diagonale und Regressionsgerade näherungsweise parallel, dann ändern sich die Anteile in den Gebieten zwischen den Wahlen um einen konstanten Betrag, beispielsweise um einen Zugewinn von 1 Prozentpunkt über alle Gebiete.

Die GRÜNEN konnten ihre Hochburgen in beiden Stadthälften ausbauen, wie der Steigungskoeffizient von 1,12 (Ostteil) bzw. 1,10 (Westteil) nachweist. Stark ausbauen konnte die Partei DIE LINKE ihre im Westteil gelegenen Hochburgen (Steigungskoeffizient 1,467); im Ostteil gibt es diesen Effekt nicht. Auf Gewinne in ihren Hochburgen stützt sich auch der Erfolg der Freien Demokraten. Ganz anders stellt sich die Situation bei den Sozialdemokraten dar. Insbesondere im Westteil haben sie in ihren Hochburgen beträchtlich verloren (Steigungskoeffizient 0,397).

Bemerkenswert ist die weiterhin vorhandene Trennung des Wahlgebietes nach Stadthälften, wie den in den Streudiagrammen zu entnehmen ist. Visuell deutlich voneinander trennbar sind die Punktwolken bei SPD, CDU und der Partei DIE LINKE. Die Steigungskoeffizienten und damit die Rolle der Hochburgen weichen bei der SPD und der Partei DIE LINKE zwischen den innerstädtischen Gebieten Ost und West deutlich voneinander ab.

Abb. 1a-f Streudiagramme der Partei- und Nichtwähleranteile der Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin mit Regressionsgeraden



Tab. 3 **Regression der Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien und der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009 auf die Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2005 in Berlin**

Parteien und Nichtwähler	Regressionskonstante	Steigungskoeffizient	Bestimmtheitsmaß R ² in %
Berlin-Ost			
SPD.....	-6,942	0,730	65,4
CDU.....	0,678	1,040	94,8
DIE LINKE.....	1,515	0,965	91,4
GRÜNE.....	0,417	1,120	97,8
FDP.....	-0,334	1,381	87,2
Sonstige.....	5,413	0,218	4,6
Nichtwähler.....	-2,342	1,429	86,1
Berlin-West			
SPD.....	5,047	0,397	27,6
CDU.....	-1,810	0,986	96,3
DIE LINKE.....	-0,397	1,467	94,4
GRÜNE.....	0,586	1,102	96,6
FDP.....	0,249	1,258	92,6
Sonstige.....	2,949	0,483	40,7
Nichtwähler.....	0,573	1,228	87,2

Basis: Wahlberechtigte
Räumliche Gliederung:
516 Briefwahlbezirke

Parteien	Differenz zwischen dem Ergebnis Ostteil - Westteil in %-Punkten	
	2005	2009
SPD.....	0,4	-3,1
CDU.....	-11,1	-7,8
DIE LINKE.....	16,8	15,2
GRÜNE.....	-3,8	-4,2
FDP.....	-3,8	-4,8

Gebiet	Verluste 2009-2005 in %-Punkten	Herkunft der SPD-Stimmen	
		2005	2009
Berlin-Ost.....	-14,0	41,8	36,7
Berlin-West.....	-10,6	58,2	63,3
		100	100

In kartierter Form sind die Ergebnisse für die SPD auf den Karten a und b auf der 3. Umschlagseite sowie den Karten c und d auf der 4. Umschlagseite dargestellt. Bei der Bundestagswahl setzt sich – im Unterschied zur Bundestagswahl 2005 – eine Unterscheidung nach Ost/West-Geographie wieder erkennbar durch. Die SPD war 2005 eine vergleichsweise ausgeglichene Partei (Karten a und b), deren Abschnitten nicht den Verlauf der Ost/West-Grenze nachzeichnete. Ursache für die gewachsene Disparität sind die größeren Verluste im Ostteil der Stadt. Bezogen auf einen nach Ost/West unterschiedenen Mittelwert der SPD können zusammenhängende regionale Schwerpunkte in nahezu allen Bezirken ausgemacht werden, in denen die SPD 2009 und 2005 überdurchschnittlich abgeschnitten hatte (Karte d).

Bei der Bundestagswahl 2005 lag das Ergebnis der SPD in Berlin-Ost 0,4 Prozentpunkte über dem im Westteil. Alle anderen Parteien wiesen deutlich größere Unterschiede auf, so betrug er bei der CDU -11,1 Prozentpunkte. Durch die regional stärker ausgeprägten Verluste der SPD ist sie nun im Westteil stärker.

Die gesunkene Bedeutung des Ostteils schlägt sich auch im Aufkommen der Gesamtstimmenzahl für die SPD nach Stadthälften nieder. 2005 kamen 41,8 % der SPD-Stimmen aus dem Ostteil, 2009 sind es nur noch 36,7 %.

Zusammenfassung

Die GRÜNEN und die FDP sowie die Partei DIE LINKE im Westteil Berlins konnten ihre Hochburgen ausbauen. Gleichmäßig hinzugewinnen konnten die Christdemokraten im Ostteil, während sie im Westteil verloren. Die erheblichen Verluste der SPD waren in ihren Hochburggebieten besonders ausgeprägt. Insgesamt ist das räumliche Verteilungsmuster der SPD durch eine starke Instabilität gekennzeichnet, die im Westteil Berlins besonders groß ist. Da die Verluste im Ostteil größer sind, ist die SPD – im Blick auf das Gewicht der Wähler – „westlicher“ geworden.

Martin Bähr, Angie Buttchen

Die Antworten der Brandenburger Bevölkerung auf freiwillige Fragen im Mikrozensus 1994 bis 2008



Antwortverhalten nach Themenbereich und Geschlecht

Seit 1994 wurde der freiwillig zu beantwortende Teil des Mikrozensus stets von mehr als 80 % der Brandenburger Bevölkerung ausgefüllt. Dank jener großen Bereitschaft zur Beantwortung können jährlich interessante Fragen zu verschiedenen Bereichen wie Rauchgewohnheiten, Gesundheitszustand, Körpermaßen oder auch Pendlerverhalten analysiert werden. Der Beitrag befasst sich sowohl mit der Auswertung der einzelnen Themenbereiche als auch mit der generellen Antwortbereitschaft im Zeitraum von 1994 bis 2008. Bei der Analyse werden Geschlecht, aber auch Alter und Erwerbsbeteiligung berücksichtigt.

Fragen zu den Rauchgewohnheiten und dem Gesundheitszustand scheinen der Brandenburger Bevölkerung keine Probleme zu bereiten. Bereits 1995 gaben 96,1 % der Brandenburger Auskunft zu ihren Rauchgewohnheiten und immerhin 95,6 % Auskunft zu ihrem Gesundheitszustand. Auch in den darauffolgenden Jahren konnte eine zwar geringere, aber dennoch weiterhin rege Beteiligung festgestellt werden. 2005 antworteten hier 87,1 % (Rauchgewohnheiten) bzw. 87,9 % (Gesundheitszustand). Doch wie reagieren die Brandenburger, besonders die Frauen, auf Fragen zu Körpergröße und -gewicht? Im Gegensatz zu den am Anfang erwähnten Kategorien machten insgesamt weniger Menschen Angaben bezüglich ihrer Größe und ihres Gewichtes. Hier äußerten sich 1999 dennoch 87,4 % der Brandenburger Bevölkerung, wobei Männer und Frauen gleichermaßen zur Beantwortung der Fragen bereit waren. Doch seit 2003 sank der prozentuale Anteil der Frauen, welche Informationen zu ihren Körpermaßen preisgeben wollten und lag auch in den kommenden Jahren gut einen Prozentpunkt unter dem Anteil der Männer. Doch auch Männer wollten weniger auf Fragen bezüglich Größe und Gewicht eingehen. 2003 antworteten 89,3 % aller Männer und 87,7 % der Frauen, 2005 nur noch 82,2 % der Männer und 81,1 % der Frauen. Die Beteiligung im Themenbereich Pendlerverhalten ist seit 1994 recht beständig und die Antwortbereitschaft hoch. So gaben von 1994 bis 2008 stets um 90 % der Bevölkerung Aufschluss über Zeitaufwand, Weglänge und genutzte Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeitsstätte bzw. Schule/Hochschule. Die Auswertungen zum Antwortverhalten sind in Tabelle 1 zu finden. Die hohe Beteiligung der Brandenburger am freiwilligen Teil der Mikrozensusbefragung macht die folgenden Auswertungen zu den einzelnen Themenbereichen erst möglich.

Tab. 1 Antwortverhalten im Brandenburger Mikrozensus von 1994 bis 2008 nach der Kategorie der Fragen und nach dem Geschlecht des Teilnehmers

Jahr	Kategorie	Personen- gruppe	Bevölkerung		
			insgesamt	mit Angaben	
				in 1000	in %
1994	Pendler- verhalten	Männlich.....	836,9	752,5	89,9
		Weiblich.....	695,7	635,7	91,4
		Zusammen	1 532,6	1 388,2	90,6
1995	Rauch- gewohnheiten	Männlich.....	1 115	1 072	96,1
		Weiblich.....	1 165	1 118	96,0
		Zusammen	2 280	2 190	96,1
	Gesundheits- zustand	Männlich.....	1 244	1 191	95,7
		Weiblich.....	1 294	1 237	95,6
		Zusammen	2 538	2 427	95,6
1996	Pendler- verhalten	Männlich.....	875,4	814,4	93,0
		Weiblich.....	748,5	706,6	94,4
		Zusammen	1 623,9	1 521	93,7
1999	Rauch- gewohnheiten	Männlich.....	1 085,3	997,1	91,9
		Weiblich.....	1 140,3	1 055,6	92,6
		Zusammen	2 225,6	2 052,7	92,2
	Körpermaße	Männlich.....	1 026,2	896	87,3
		Weiblich.....	1 084,6	948,9	87,5
		Zusammen	2 110,7	1 844,9	87,4
	Gesundheits- zustand	Männlich.....	1 277	1 178	92,2
		Weiblich.....	1 314	1 219	92,8
		Zusammen	2 591	2 397	92,5
2000	Pendler- verhalten	Männlich.....	886,6	796,8	89,9
		Weiblich.....	755,5	696,1	92,1
		Zusammen	1 642,1	1 492,9	90,9
2003	Rauch- gewohnheiten	Männlich.....	1 115,7	1 035,3	92,8
		Weiblich.....	1 158,3	1 069,1	92,3
		Zusammen	2 274,1	2 104,5	92,5
	Körpermaße	Männlich.....	1 056,4	943,6	89,3
		Weiblich.....	1 100,9	965,1	87,7
		Zusammen	2 157,3	1 908,8	88,5
	Gesundheits- zustand	Männlich.....	1 273,2	1 186,3	93,2
		Weiblich.....	1 303,7	1 214,5	93,2
		Zusammen	2 576,9	2 400,8	93,2
2004	Pendler- verhalten	Männlich.....	807,4	703,9	87,2
		Weiblich.....	715,5	636,1	88,9
		Zusammen	1 522,8	1 340,1	88,0
2005	Rauch- gewohnheiten	Männlich.....	1 129,4	977,4	86,5
		Weiblich.....	1 163,8	1 018,9	87,5
		Zusammen	2 293,2	1 996,3	87,1
	Körpermaße	Männlich.....	1 071,4	880,5	82,2
		Weiblich.....	1 112,8	902,2	81,1
		Zusammen	2 184,3	1 782,8	81,6
	Gesundheits- zustand	Männlich.....	1 267,5	1 110,5	87,6
		Weiblich.....	1 294,8	1 142,4	88,2
		Zusammen	2 562,3	2 253	87,9
2008	Pendler- verhalten	Männlich.....	851,8	743,9	87,3
		Weiblich.....	745,5	677	90,8
		Zusammen	1 597,3	1 420,9	89,0

Die Rauchgewohnheiten in Brandenburg von 1995 bis 2005

Die gesundheitlichen Gefahren des Nikotinkonsums sind bekannt und dennoch greifen viele Deutsche täglich zur Zigarette. Eine Maßnahme der Politik, um diesem Verhalten entgegenzuwirken, ist die wiederholte Erhöhung der Tabaksteuer. Seit 2005 geschah dies fünfmal. Doch lassen sich Brandenburgs Raucher davon beeinflussen? Immerhin können sie durch die grenznahe Lage zu Polen Zigaretten und Tabak dort um einiges günstiger erwerben als in Deutschland.

In den Jahren zwischen 1995 und 2005 fanden sich im Mikrozensus schwankende Anteile an Rauchern. 1995 rauchten 28,3 % der Brandenburger. Auffällig ist, dass der männliche Anteil mit 18,1 % deutlich höher lag als der der Frauen (10,2 %). In den darauffolgenden Jahren bis 1999 nahm der Anteil der Raucher um 2,7 Prozentpunkte zu und erreichte damit einen Wert von 31,0 %. Dabei ist es interessant, die zwei Geschlechter separat voneinander zu betrachten. Entgegen den Vermutungen war es nicht die männliche Bevölkerung, welche den größten Beitrag zur Erhöhung des Raucheranteils leistete. 1999 gab es bereits 12,2 % weibliche Raucher in der Brandenburger Bevölkerung, dies entspricht einem Zuwachs von genau 2 Prozentpunkten. Zur selben Zeit erhöhte sich der Anteil männlicher Raucher nur um 0,7 Pro-

zentpunkte, also auf insgesamt 18,8 %. Auch wenn es 2003 insgesamt noch mehr Raucher gab als 1995, ist dennoch seit diesem Jahr ein Rückgang der Raucher und Raucherrinnen zu erkennen, möglicherweise zurückzuführen auf die erwähnten Entwicklungen. 2003 rauchten noch 30,3 % der Menschen in Brandenburg, 2005 nur noch 29 %. Dies entspricht – ausgehend vom Jahr 1999 – einem Rückgang von 2 Prozentpunkten. Überraschenderweise ist dieser überwiegend den Männern zu verdanken. 2005 gab es 1,7 % weniger männliche Raucher als noch 1999, aber nur 0,3 % weniger weibliche Raucher. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Jahr 2005 der Anteil der männlichen Raucher in der Bevölkerung Brandenburgs im Vergleich zu 1995 geringer geworden ist, auch wenn es zwischenzeitlich im Jahr 1999 einen kleinen Anstieg gab. Auch die weiblichen Raucher nahmen von 1999 bis 2005 ab. Vergleicht man jedoch den Anteil an Raucherinnen im Jahr 1995 (10,2 %) mit denen im Jahr 2005 (11,9 %), erkennt man im Gegensatz zu den Männern einen geringen Anstieg.

Rauchgewohnheiten und Alter

Im Folgenden werden drei Altersgruppen betrachtet: 15 bis 39 Jahre, 40 bis 64 Jahre und 65 Jahre und älter. Der überwiegende Anteil der Brandenburger Raucher im Jahr 1995 war 15 bis 39 Jahre alt (57,8 %). Weitere 36,7 % der Raucher waren 40 bis 64 Jahre alt. Nur 5,5 % entfielen auf die Altersgruppe ab 65 Jahre. Bis zum Jahr 2005 veränderte sich Altersstruktur der Raucher enorm. So verminderte sich der Anteil der 15- bis 39-Jährigen bei den Rauchern innerhalb von 10 Jahren um 10,9 Prozentpunkte auf 46,4 %. Die Gruppe der 40- bis 64-Jährigen vergrößerte sich auf 46,5 % (+9,8 Prozentpunkte), bei den ab 65-Jährigen gab es einen Zuwachs von 1,7 Prozentpunkten auf 7,2 %.

Durchschnittliches Alter bei Beginn des Tabakkonsums

Interessant ist, in welchem Alter Brandenburger Raucher zum ersten Mal zur Zigarette griffen. Im Hinblick auf das Durchschnittsalter bei Beginn des Tabakkonsums in den Jahren von 1995 bis 2005 ist eine bedenkliche Tatsache zum Vorschein gekommen: Die Brandenburger fingen immer früher mit dem Rauchen an. Lag das Durchschnittsalter beim Beginn des Rauchens 1995 noch bei 18,6 Jahren, sank es bis 2005 um ca. 1,5 Jahre. Eine Ursachenforschung ist an dieser Stelle nicht möglich. Eine Tatsache kann jedoch mit Sicherheit festgehalten werden: Insgesamt haben Männer stets eher mit dem Rauchen begonnen als Frauen. 1995 begannen Raucher mit dem Tabakkonsum bereits mit 18 Jahren, Raucherinnen dagegen im Durchschnitt erst 1,7 Jahre später, das heißt mit 19,7 Jahren.

Auch bis 2005 änderte sich an diesem Fakt nichts. Ungeachtet dessen ist bei beiden Geschlechtern dieselbe Tendenz zum früheren Konsum zu erkennen. Der durchschnittliche Rauchbeginn der Männer verschob sich bis 2005 um 1,2 Jahre von 18 auf 16,8 Jahre. Noch drastischer sank bis 2005 das Durchschnittsalter des Erstkonsums bei den Frauen. Weibliche Raucherinnen hatten schon mit 17,7 Jahren, also bereits 2 Jahre früher mit dem Rauchen angefangen. Betrachtet man

Abb. 1 Entwicklung des Rauchverhaltens in Brandenburg 1995 bis 2005 nach dem Geschlecht

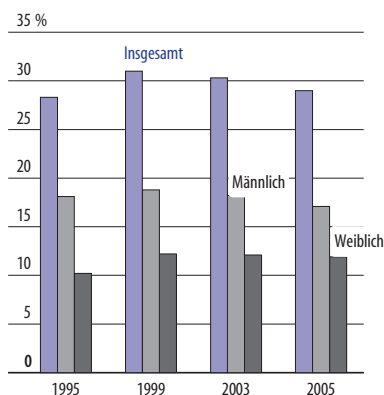
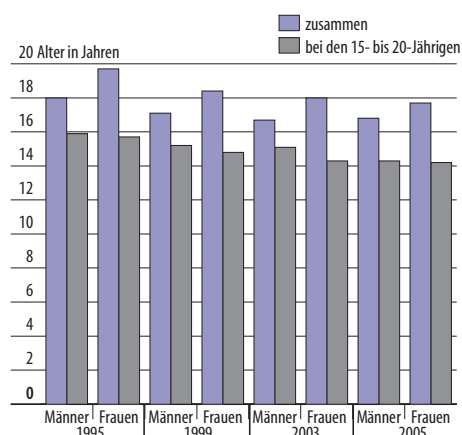


Abb. 2 Entwicklung des durchschnittlichen Alters bei Rauchbeginn in Brandenburg 1995 bis 2005 nach dem Geschlecht



Tab. 2 **Entwicklung der täglichen Zigarettenanzahl der Brandenburger Raucher 1995 bis 2005 nach dem Geschlecht**

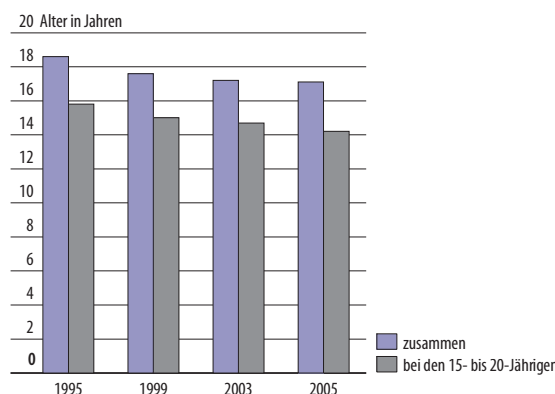
Jahr	Personen- gruppe	täglich gerauchte Zigaretten			
		<5	5 bis 20	21 bis 40	>40
		in %			
1995	Männer.....	6,0	82,0	11,7	0,3
	Frauen.....	11,2	84,9	3,9	–
	Zusammen	7,8	83,0	9,0	0,2
1999	Männer.....	5,4	79,7	14,2	0,7
	Frauen.....	10,5	83,8	5,4	0,3
	Zusammen	7,3	81,3	10,9	0,5
2003	Männer.....	6,3	80,3	12,9	0,5
	Frauen.....	13,9	81,4	4,4	0,3
	Zusammen	9,3	80,7	9,6	0,4
2005	Männer.....	3,7	81,9	14,1	0,3
	Frauen.....	8,6	85,0	6,3	0,1
	Zusammen	5,6	83,2	11,0	0,2

die junge Bevölkerung im Alter von 15 bis 20 Jahren, ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Es ist nicht nur ein ähnlicher Verlauf vorhanden, das Alter des Rauchbeginns in dieser Bevölkerungsgruppe liegt sogar sehr stark unter dem des Durchschnitts. 1995 finden die jungen Raucher bereits in einem Alter von 15,8 Jahren, also bereits 2,8 Jahre eher als der gesamte Durchschnitt, mit dem Tabakkonsum an; zehn Jahre später, 2005, ist das Durchschnittsalter beim Beginn des Rauchens sogar auf 14,2 Jahre gesunken.

Anzahl der täglich konsumierten Zigaretten

Im Zeitraum von 1995 bis 2005 war fast jeder dritte Brandenburger ein Raucher. Entscheidend für die gesundheitlichen Auswirkungen ist jedoch vor allem die Menge des Tabakkonsums. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus sind die Brandenburger keineswegs überwiegend Gelegenheitsraucher. Im Gegenteil: Der Mikrozensus bestätigt uns, dass von 1995 bis 2005 der größte Teil der Raucher täglich zwischen 5 bis 20 Zigaretten konsumierte. Im Jahr 1995 rauchten 83 % der Raucher 5 bis 20 Zigaretten an einem Tag und weitere 9 % immerhin 21 bis 40 Zigaretten. Maßgebend bei dieser Konsumentengruppe sind die männlichen Raucher. Anders war das bei den 7,8 % der Brandenburger Raucher, welche mit weniger als 5 Zigaretten täglich auskamen. Hier dominierten die Frauen. In den darauffolgenden Jahren bis 2005 gab es nur geringe Änderungen bezüglich der täglich gerauchten Zigarettenmenge (siehe Tabelle 2). 2005 rauchten immer noch 83,2 % (+0,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 1995) 5 bis 20 Zigaretten am Tag. Der Anteil der Raucher, der weniger als 5 Zigaretten am Tag konsumierte, ging um 2,2 Prozentpunkte zurück auf 5,6 %. Dafür stieg der Anteil der Raucher, welcher mehr als 20 und weniger als 40 Zigaretten täglich verbrauchte, um ca. 2 Prozentpunkte. Betrachtet man überdies die beiden Geschlechter separat voneinander, ist ebenfalls ein relativ konstantes Rauchverhalten erkennbar. Über die betrachteten 10 Jahre hinweg konsumierte der Großteil der männlichen und weiblichen Raucher täglich 5 bis 20 Zigaretten. Bei den Männern befand sich auf Platz 2 die Menge von 21 bis 40 Zigaretten pro Tag. Hier nahm der prozentuale Anteil der Raucher insgesamt um 2,4 Pro-

Abb. 3 **Entwicklung des durchschnittlichen Alters bei Rauchbeginn in Brandenburg 1995 bis 2005 nach Altersgruppen**



zentpunkte zu. Bei den Frauen hingegen ist auf Platz 2 die tägliche Menge von weniger als fünf gerauchten Zigaretten. Trotz der hohen Anzahl an Rauchern mit erheblichem Tabakkonsum bleibt dennoch eine positive Nachricht: Es gab zum Glück nur eine sehr geringe Anzahl an Rauchern in Brandenburg, welche sich mit mehr als zwei Schachteln Zigaretten pro Tag einer extremen gesundheitlichen Belastung aussetzten.

Fazit

2005 rauchten 29 % der gesamten Bevölkerung in Brandenburg; das durchschnittliche Alter des Rauchbeginns ist gesunken; ein steigender Tabakkonsum indiziert stärkere gesundheitliche Risiken für die Brandenburger Raucher. Das sinkende Einstiegsalter verlief konträr zu den Bemühungen des Gesetzgebers, aufgrund dessen Rauchen erst ab einem Alter von 16 Jahren erlaubt war und einige Jahre später sogar erst mit 18 Jahren geduldet wurde.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung in Brandenburg von 1995 bis 2005

Beim Thema Gesundheit spielen Informationen zur Dauer und Art der Krankheit oder Unfallverletzung eine große Rolle. Auch die Entwicklung des Gesundheitszustandes der Brandenburger über die Zeit ist von Interesse, insbesondere vor dem Hintergrund der Gesundheitsreformen, beispielsweise durch die Anpassungen der Beitragssätze und der Krankenhaus- und Arzneimittelzuzahlungen und weiterer Faktoren, die den Gesundheitszustand der Bevölkerung beeinflussen. An dieser Stelle folgen zunächst einmal die Zahlen und Fakten, welche den Gesundheitszustand der Brandenburger Bevölkerung beschreiben.

Die Entwicklung des Gesundheitszustands

Die Auswertung des Mikrozensus 1995 bis 2005 zum Thema Gesundheit offenbart eine negative Entwicklung. 1995 waren 11 % der Brandenburger innerhalb der letzten vier Wochen vor der Befragung krank oder unfallverletzt, 2005 schon 12,5 %. Dies entspricht einem kontinuierlichen Anstieg um 1,5 Pro-

Abb. 4 Entwicklung des Anteils der kranken und unfallverletzten Männer an allen Männern in Brandenburg 1995 bis 2005

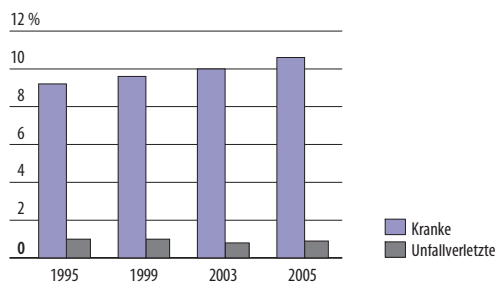


Abb. 5 Entwicklung des Anteils der kranken und unfallverletzten Frauen an allen Frauen in Brandenburg 1995 bis 2005

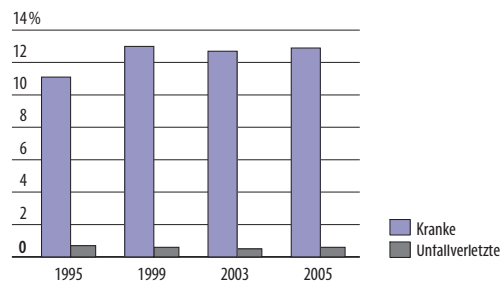
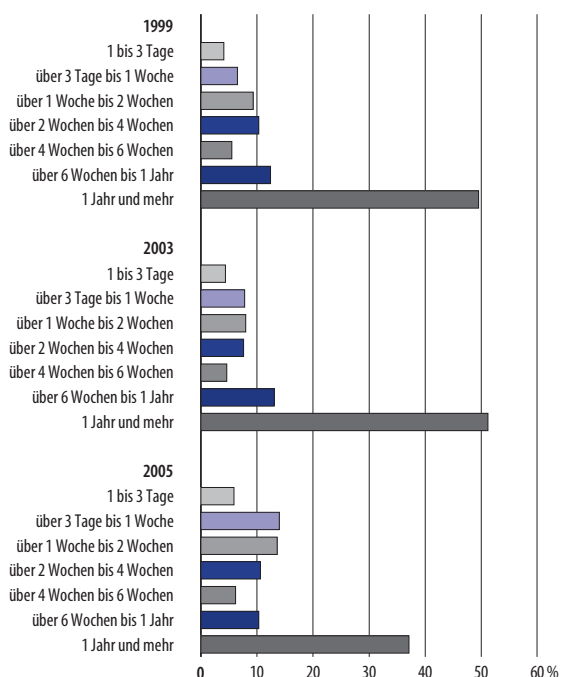


Abb. 6 Dauer der Krankheit und Unfallverletzung der Brandenburger von 1999 bis 2005



zentpunkte. Im Folgenden wird zwischen Kranken und Unfallverletzten differenziert, 1995 gab es danach 10,1 % Kranke und 0,9 % Unfallverletzte. Die Zahl der Unfallverletzten nahm bis zum Jahr 2005 um 0,2 Prozentpunkte ab und sank auf 0,7 %. Der Anteil der Kranken hingegen stieg auf 11,8 % an, was einer Erhöhung um 1,7 Prozentpunkte entspricht. Interessant ist, dass Frauen stets häufiger von Krankheiten betroffen waren als Männer – diese aber wiederum öfter durch einen Unfall verletzt wurden.

Gesundheitszustand und Beteiligung am Erwerbsleben

Nach der Beteiligung am Erwerbsleben werden im Folgenden Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen unterschieden. 1999 war der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei den Nichterwerbspersonen deutlich am höchsten, gefolgt von den Erwerbslosen und den Erwerbstätigen. Etwa 16,6 % der Nichterwerbspersonen waren entweder krank oder verletzt. Bei den Erwerbslosen waren es 11,3 % und bei den Erwerbstätigen 7,6 %. Diese Rangfolge blieb konstant: Bis 2005 blieben die Nichterwerbspersonen diejenigen, welche prozentual die meisten Kranken und Unfallverletzten aufwiesen (2005: 16,6 %). Diesmal allerdings gefolgt von den Erwerbstätigen, wo nun etwa jeder Zehnte krank oder unfallverletzt war (9,2 %). Einen prozentualen Abfall gab nur es bei den Erwerbslosen. Hier hatten nur noch 8,8 % eine Krankheit oder einen Unfall. Der hohe Anteil von Kranken in der Gruppe der Nichterwerbspersonen kann auch damit zusammenhängen, dass Altersrentner und Pensionäre zu dieser Gruppe gezählt werden und bei denen das Risiko für Krankheiten altersbedingt höher ist.

Von den im Jahr 1999 kranken und unfallverletzten Brandenburgern (12,1 %) waren 49,5 % ein Jahr und länger krank. 12,4 % waren über 6 Wochen und bis zu einem Jahr krank, weitere 10,3 % über 2 und bis zu 4 Wochen. 2003 gab es eine Tendenz zu längeren Krankheitsdauern: Von den 12 % Kranken und Unfallverletzten waren bereits 51,2 % ein Jahr und länger krank. Das sind etwa 1,7 Prozentpunkte mehr als 1999. Auch der Anteil der über 6 Wochen bis zu einem Jahr Kranken oder Unfallverletzten stieg von 12,4 % auf 13,1 %. 1999 waren 19,9 % der Kranken oder Unfallverletzten unter zwei Wochen krank, diese Zahl stieg vier Jahre später auf 20,2 %. Im Jahr 2005 wird eine Trendwende ersichtlich: In diesem Jahr waren insgesamt ungefähr 12,5 % der Brandenburger von einer Krankheit bzw. von einem Unfall betroffen. Davon waren aber nur noch 37,1 % über ein Jahr krank – im Gegensatz zu 1999 und 2003 mit –14,1 Prozentpunkten deutlich weniger. Auch bei einer Krankheitsdauer von über 6 Wochen bis zu einem Jahr ist ein abnehmender Trend zu erkennen. Hier gab es innerhalb der zwei Jahre seit 2003 einen Rückgang um 2,8 Prozentpunkte (2005: 10,3 %). Weiterhin war 2005 ein Drittel (33,5 %) nur noch bis zu 2 Wochen krank.

Unfallverletzte nach Art des Unfalls

In der Mikrozensusbefragung werden Arbeits- oder Dienstunfall, Verkehrs-, Freizeit-, häuslicher und sonstiger Unfall unterschieden. 1999 geschahen 40,6 % aller Unfälle während der Arbeit (ohne Wegeunfälle).

le), 19,6 % im Verkehr (mit Wegeunfällen), 14,8 % im eigenen Haus und 13,6 % in der Freizeit. 11,4 % der Unfälle wurden unter sonstige Unfälle registriert. Demnach waren 1999 mit Abstand die meisten Unfälle Arbeits- bzw. Dienstunfälle. 2003 lag eine andere Situation vor: Der Anteil der Arbeitsunfälle sank auf 22,6 % und der der häuslichen Unfälle auf 9,6 %. Gleichzeitig stiegen sowohl der Anteil der Verkehrsunfälle (32,1 %) als auch der Anteil der Freizeitunfälle (24,5 %) um jeweils mehr als 10 Prozentpunkte an. Im Jahr 2005 kehrte sich diese Entwicklung wieder um: Die zuvor noch gesunkenen Anteile der Unfälle auf der Arbeit und im eigenen Haus stiegen auf 24,9 % bzw. sogar auf 25,6 %. Die Verkehrsunfälle hingegen nahmen wieder ab und erreichten seit 1999 ihren Tiefstwert bei 14 %. Damit ereigneten sich Unfälle im Jahr 2005 zu jeweils einem Viertel als Unfälle zu Hause, Freizeitunfälle bzw. Arbeits- und Dienstunfälle.

Fazit

Festzuhalten ist, dass der Anteil der Brandenburger, die angaben, in den letzten vier Wochen vor der Befragung krank gewesen zu sein, in den letzten Jahren angestiegen ist, aber der Anteil der Unfallverletzten abnahm. Interessant ist, dass der prozentuale Anteil der Nichterwerbspersonen bei den Kranken und Unfallverletzten stets am höchsten war. Das könnte darin begründet sein, dass ein Großteil der Erwerbstätigen zu viele Krankheitstage vermeiden wollte – möglicherweise aus Angst um den Arbeitsplatz. Die Gruppe der Nichterwerbstätigen besteht dagegen zu einem großen Teil aus Altersrentnern und Pensionären, die altersbedingt häufiger krank sind.

Der Body-Mass-Index in Brandenburg von 1999 bis 2005

Immer mehr Deutsche leiden an Übergewicht. Eine wichtige Kenngröße zur Beurteilung des Gewichtes eines Menschen ist der sogenannte Body-Mass-Index (kurz: BMI). Wie schneiden die Brandenburger dabei ab? Fragen zu diesem Thema enthielt das freiwillig zu beantwortende Zusatzprogramm des Mikrozensus in den Jahren 1999, 2003 und 2005.

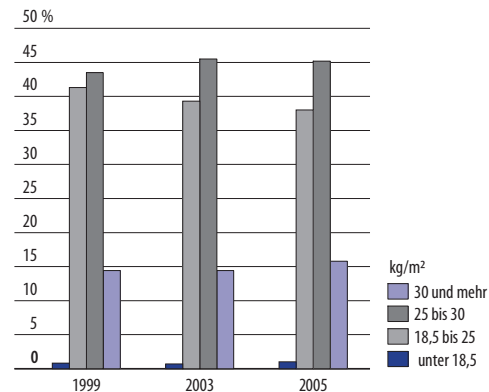
BMI nach Geschlecht und Alter

Der durchschnittliche Body-Mass-Index hat sich in Brandenburg von 1999 bis 2005 kaum verändert. Diese auf den ersten Eindruck positive Nachricht verbirgt jedoch, dass bereits 1999 der durchschnittliche BMI der Bevölkerung in Brandenburg bei 25,5 kg/m² lag – dieser Wert entspricht der Kategorie Adipositas, das heißt Übergewicht bzw. Fettsucht. 2005 erreichten die Brandenburger sogar einen Wert von 25,9 kg/m².

Männer

1999 waren 41,3 % der männlichen Brandenburger normal-, 43,5 % übergewichtig und immerhin 14,4 % litten an einer starken Adipositas. Ein Untergewicht wiesen 0,8 % auf. Vier Jahre später ist eine deutliche Tendenz zu bemerken: Die Anzahl der Normalgewichtigen nahm ab, Männer mit Übergewicht, das heißt einem BMI von 25 bis unter 30 kg/m², nahmen um 2 Prozentpunkte zu. In den folgenden zwei Jah-

Abb. 7 Entwicklung des Body-Mass-Indexes der Brandenburger Männer 1999 bis 2005



ren setzte sich diese Entwicklung fort. 2005 hatten nur noch 38 % der Männer ein normales Gewicht, aber 15,8 % wiesen einen BMI von 30 kg/m² und mehr auf. Damit litt 2005 ca. jeder sechste Mann in Brandenburg an starkem Übergewicht. Betrachtet man die Altersklassen genauer, fällt auf, dass Männer im Alter zwischen 40 und 65 Jahren, über die Jahre von 1999 bis 2005 hinweg, im Durchschnitt nur geringe Gewichtsschwankungen aufwiesen. Männer zwischen 18 und 40 Jahren hingegen verzeichneten einen Anstieg bei den Untergewichtigen: 1999 waren 1,3 % untergewichtig, 2003 1,6 % und 2008 bereits 2,6 %, wobei ein Großteil der Untergewichtigen in allen Jahren gerade einmal ein Alter zwischen 18 bis 25 Jahren hatte. Innerhalb von nur sechs Jahren stieg der Anteil untergewichtiger Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren auf das Doppelte an. In der Altersgruppe 65 Jahre und älter spiegelt sich eine andere Entwicklung wider: Hier bedeutet der Rückgang des Anteils Unter- bis Normalgewichtiger einen Zuwachs des Anteils der Über- bis stark Übergewichtigen. 1999 hatten 28,7 % der älteren Männer einen BMI bis unter 25 kg/m² bzw. 71,4 % einen BMI von 25 kg/m² und mehr. Im Jahr 2005 waren es 5,3 % weniger bzw. 5,2 % mehr. Das bedeutet, dass 2005 drei von vier Männer im Alter von 65 Jahren und älter Übergewicht oder auch starkes Übergewicht hatten.

Abb. 8 Entwicklung des Body-Mass-Indexes der Brandenburger Frauen 1999 bis 2005

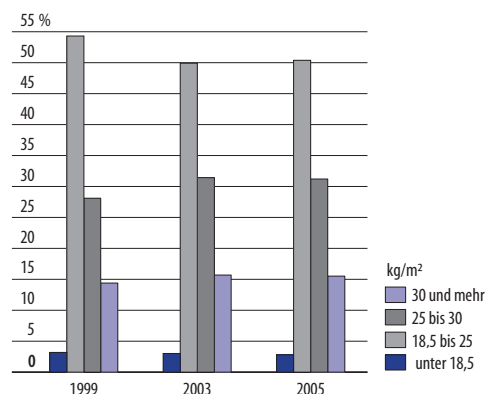
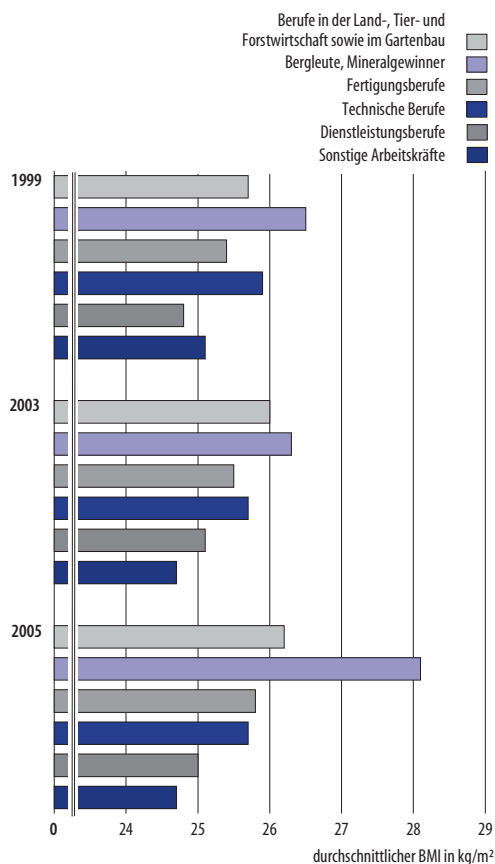


Abb. 9 Entwicklung des durchschnittlichen Body-Mass-Indexes der Brandenburger von 1999 bis 2005 nach Berufsbereichen



Frauen

Im Vergleich zu den Männern gibt es von 1999 bis 2005 unter den Frauen deutlich mehr Normalgewichtige (1999 war der Anteil um 13 Prozentpunkte höher) und gleichzeitig weniger Übergewichtige (bis zu 15 Prozentpunkte weniger). Bei einem BMI von 30 kg/m² und mehr (starkes Übergewicht), liegen die Anteile bei Männern und Frauen gleichauf. 2003 waren 15,7 % der Frauen stark übergewichtig – der Anteil ist sogar 1,3 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Im Gegensatz dazu steht folgender Fakt: Untergewicht spielt bei den Frauen eine viel größere Rolle als bei den Männern. Bei den Männern bewegten sich die Zahlen hierbei zwischen 0,7 % und 1 %. Bei den Frauen waren 1999 immerhin 3,2 % untergewichtig. Bis 2005 fiel diese Zahl auf 2,8 %. Welchen Altersstufen sind davon besonders betroffen? Wie bei den Männern ist die Altersklasse zwischen 18 und 25 Jahren am häufigsten untergewichtig. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern ist jedoch, dass die Anteile der Frauen sich hierbei bereits seit 1999 im zweistelligen Bereich befanden. 1999 waren 14,5 % der Frauen im Alter von 18 bis 20 Jahren untergewichtig, bei den Männern im selben Alter 5,1 %. Dennoch zeichnete sich bei den jungen Frauen zwischen 18 bis 20 Jahren eine deutlich positivere Entwicklung ab als bei den Männern – bei den Frauen in diesem Alter nahm der Anteil an Untergewichtigen ab. 2005 verzeichnete der Mikrozensus hier einen Rückgang von

4,8 Prozentpunkten. Auf der anderen Seite litten im Jahr 2005 von den Frauen im Alter von 65 Jahren und älter 41,9 % an Übergewicht und ganze 21,9 % sogar an starkem Übergewicht.

BMI und Beteiligung am Erwerbsleben

Die folgende Tabelle zeigt, dass Nichterwerbspersonen stets am häufigsten von Übergewicht bedroht sind. In allen Erhebungsjahren hatten die Erwerbslosen das zweithöchste Risiko. Das im Vergleich geringste Risiko für Übergewicht hatten die Erwerbstätigen.

BMI (Angaben in kg/m²):

1999

Platz 1: Nichterwerbspersonen (26,2)

Platz 2: Erwerbslose (25,7)

Platz 3: Erwerbstätige (25,1)

2003

Platz 1: Nichterwerbspersonen (26,6)

Platz 2: Erwerbslose (25,9)

Platz 3: Erwerbstätige (25,3)

2005

Platz 1: Nichterwerbspersonen (26,7)

Platz 2: Erwerbslose (26,1)

Platz 3: Erwerbstätige (25,3)

Nichterwerbspersonen besaßen stets den größten durchschnittlichen BMI. Interessant bei den Erwerbstätigen ist, in welchen Berufen die meisten Übergewichtigen arbeiten: Bergleute und Mineralgewinner weisen mit Abstand den größten Prozentsatz an Übergewichtigen auf. 1999 waren hier 20,9 % stark übergewichtig. Bis 2005 stieg diese Zahl sogar auf 31,5 % an. Hierbei sollte jedoch beachtet werden, dass in diesem Beruf vor allem Männer arbeiten. Die meisten übergewichtigen Frauen hingegen arbeiteten 2005 vor allem in Fertigungsberufen (15,2 %). Aber auch in Berufen der Land-, Tier- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau waren im Jahr 2005 ca. 16,1 % der Erwerbstätigen stark übergewichtig. Damit belegte diese Berufsgruppe Platz 2 hinsichtlich des Anteils an Erwerbstätigen mit einem BMI von 30 kg/m² und mehr. Natürlich spiegeln sich diese Beobachtungen bezüglich der einzelnen Berufsbereiche auch in der Entwicklung des durchschnittlichen Body-Mass-Index wider.

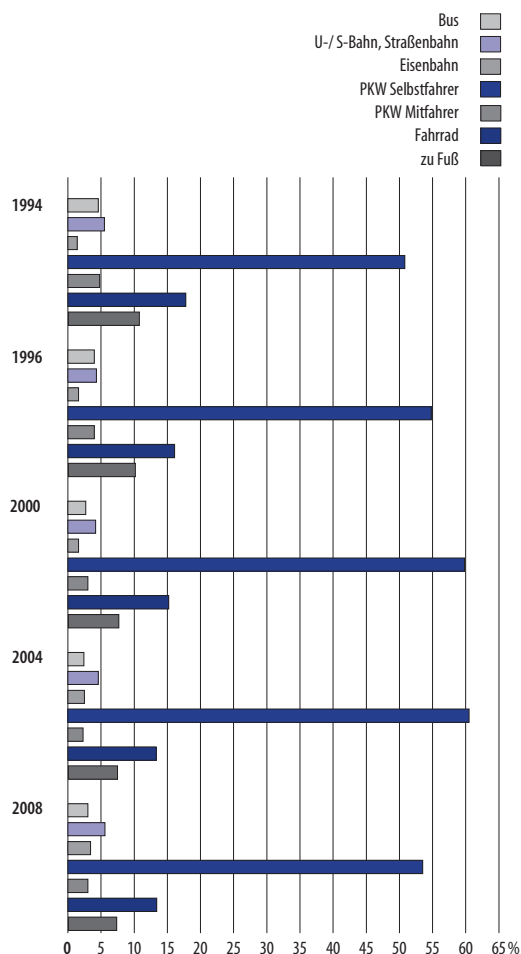
Fazit

Auch in Brandenburg steigt der durchschnittliche BMI von Jahr zu Jahr an. 2005 waren bereits mehr als die Hälfte aller Männer und nur knapp etwas weniger als die Hälfte aller Frauen übergewichtig – sie wiesen einem BMI von 25 kg/m² und mehr auf. Es bleibt nun abzuwarten, ob sich dieser Trend zukünftig fortsetzen wird.

Das Pendlerverhalten in Brandenburg von 1994 bis 2008

Erhöhung der Kosten für den Individualverkehr und Schulschließungen sind nur zwei Schlagwörter, die mögliche Einflussfaktoren auf die Entwicklung des Pendlerverhaltens der Brandenburger Erwerbstätigen und Schüler und Studenten in den Jahren von 1994 bis 2008 beschreiben.

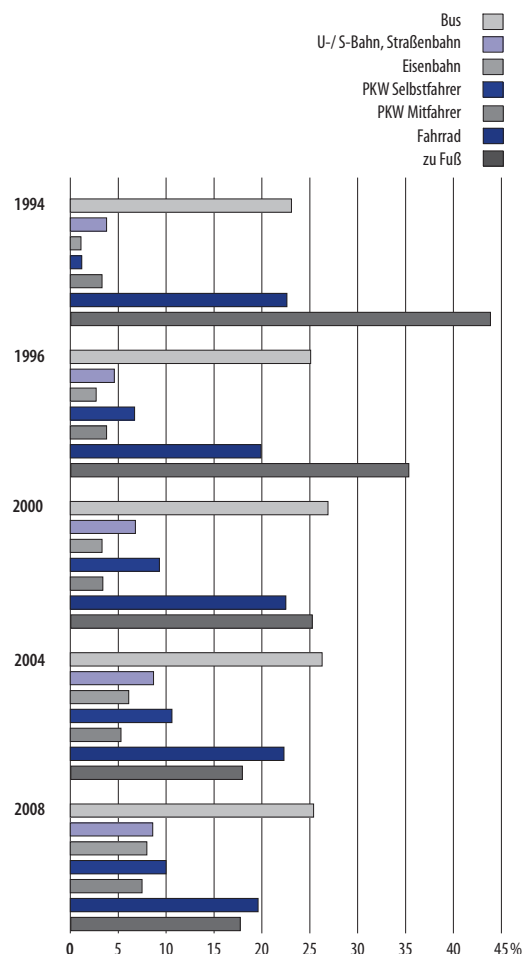
Abb. 10 Entwicklung der Nutzung der Verkehrsmittel durch die Brandenburger Erwerbstätigen für den einfachen Weg zur Arbeitsstätte von 1994 bis 2008



Verkehrsmittel

Laut Mikrozensus von 1994 war bei den Erwerbstätigen der Pkw (Selbstfahrer) mit 50,8 % das am häufigsten benutzte Verkehrsmittel für den einfachen Hinweg zur Arbeit. Erst weit dahinter befanden sich das Fahrrad (17,8 %) und die Bewältigung des Arbeitsweges zu Fuß (10,7 %). Bis 2004 ist ein Anstieg der selbstfahrenden Erwerbstätigen bis auf 60,5 % zu verzeichnen. 2008 gab der Pkw im Vergleich zu 2004

Abb. 11 Entwicklung der Nutzung der Verkehrsmittel durch die Brandenburger Schüler/Studenten für den einfachen Weg zur Schule/Hochschule von 1994 bis 2008



immerhin 7 Prozentpunkte ab. Andererseits wurden im selben Jahr aber vermehrt U-/S-Bahnen, Straßen- und Eisenbahnen in Anspruch genommen – hier verzeichnete der Mikrozensus 2008 im Vergleich zu 2004 jeweils einen Anstieg von etwa einem Prozentpunkt. Einen sehr geringen Anstieg von unter einem Prozentpunkt erreichten in diesen Jahren der Bus und auch die Mitfahrer beim Pkw. Waren es 1994 noch 4,8 % der Erwerbstätigen, welche als Mitfahrer in

Tab. 3 Entwicklung des Zeitaufwandes der Brandenburger Erwerbstätigen für den einfachen Weg zur Arbeitsstätte von 1994 bis 2008

Jahr	mit Auskunft zum Pendlerverhalten	Zeitaufwand für den Hinweg von ... bis unter ...				
		unter 10 Minuten	10 bis 30 Minuten	30 bis 60 Minuten	1 Stunde und mehr	ohne Angabe
	in 1000	in %				
1994	1 001,0	24,2	46,6	16,0	6,7	0,2
1996	1 036,8	24,4	46,7	17,2	8,5	1,1
2000	1 045,5	22,8	43,4	18,5	11,0	2,0
2004	988,7	21,9	40,6	21,9	10,1	3,0
2008	1 118,8	20,9	38,3	21,2	8,3	6,4

Tab. 4 Entwicklung des Zeitaufwandes der Brandenburger Schüler/ Studenten für den einfachen Weg zur Schule/Hochschule von 1994 bis 2008

Jahr	mit Auskunft zum Pendlerverhalten	Zeitaufwand für den Hinweg von ... bis unter ...				
		unter 10 Minuten	10 bis 30 Minuten	30 bis 60 Minuten	1 Stunde und mehr	ohne Angabe
	in 1000	in %				
1994	387,3	42,9	49,3	6,1	1,3	0,3
1996	484,2	35,5	47,7	11,1	5,0	0,5
2000	447,4	28,3	49,8	14,2	6,7	0,8
2004	351,4	23,8	46,2	19,1	9,7	1,0
2008	302,1	25,8	44,1	19,1	8,8	2,2

Abb. 12 Entwicklung der Entfernung für den einfachen Weg zur Arbeitsstätte der Brandenburger Erwerbstätigen von 1994 bis 2008

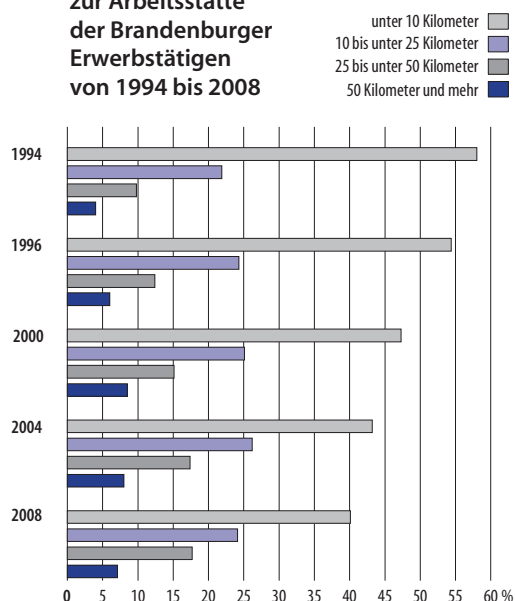
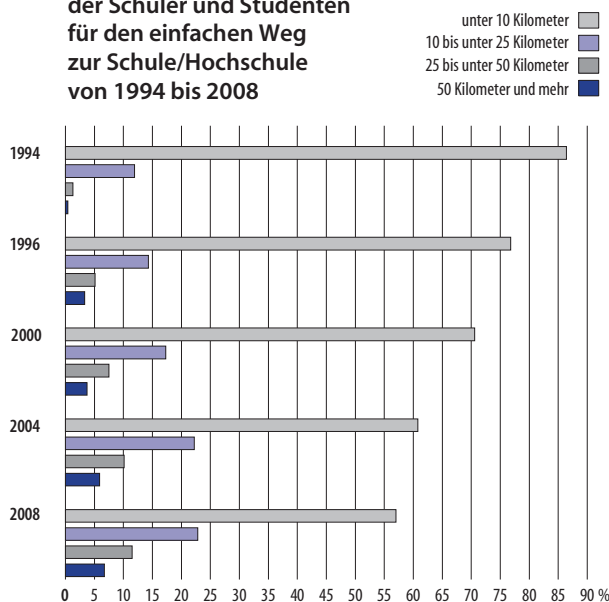


Abb. 13 Entwicklung der Entfernung für den einfachen Weg zur Schule/Hochschule von 1994 bis 2008



einem Pkw zur Arbeit fahren, verringerte sich diese Zahl bis 2004 auf fast die Hälfte, nämlich auf 2,3 %. Insgesamt den größten Rückgang von 1994 bis 2008 verzeichnete jedoch das Verkehrsmittel Fahrrad (-4,4 Prozentpunkte), dicht gefolgt vom zu Fuß bewältigten Arbeitsweg (-3,5 Prozentpunkte).

Bei Schülern und Studenten belegten 1994 die Fußgänger mit einem Anteil von 43,8 % den ersten Platz unter den für die längste einfache Wegstrecke zur Schule bzw. Hochschule genutzten Verkehrsmitteln. Auf Platz 2 befand sich der Bus mit 23,1 % und auf Platz 3 folgte das Fahrrad mit immerhin 22,6 %. Ganz anders sieht die Situation bei den Schülern und Studenten im Jahr 2008 aus: Der Bus erreichte mit 25,4 % den höchsten Anteil, das Fahrrad kam

auf dem zweiten Platz (19,6 %) und zu Fuß gingen nur noch 17,7 % – ganze 26 Prozentpunkte weniger als 1994. Das bedeutet sowohl bei den Erwerbstätigen als auch bei den Schülern und Studenten einen Rückgang des Verkehrsmittels Fahrrad bzw. des Zu Fußgehens. Doch auch hinsichtlich der Nutzung des Pkws lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Denn auch bei den Schülern und Studenten ist diesbezüglich ein Anstieg zu verzeichnen. 1994 fuhren gerade einmal 1,2 % selbst mit einem Auto zur Schule bzw. Hochschule. 2008 hingegen waren es bereits 10 %. Aber auch Fahrgemeinschaften, U-/S-, Straßen- und Eisenbahnen wurden im Verlauf bis 2008 mehr in Anspruch genommen. Mögliche Gründe für diese Entwicklung können in der Veränderung des Zeitaufwandes für den Weg bzw. der Entfernung zur Arbeitsstätte bzw. zur Schule/Hochschule gelegen haben.

Zeitaufwand

Deutlich wird, dass 1994 der Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte bzw. Schule/Hochschule bei einem Großteil der Erwerbstätigen bzw. der Schüler und Studenten entweder unter 10 Minuten (24,2 % bzw. 42,9 %) oder zwischen 10 bis 30 Minuten (46,6 % bzw. 49,3 %) lag. Weitere 16 % der Erwerbstätigen mussten 30 bis 60 Minuten Arbeitsweg in Kauf nehmen, andere sogar eine Stunde und mehr (6,7 %). Bei den Studenten/Schülern benötigten nur wenige 30 Minuten und mehr. Auffallend in den Folgejahren bis 2008 ist, dass der Anteil des Zeitaufwandes von unter 30 Minuten sinkt und gleichzeitig der Anteil des Zeitaufwandes von über 30 Minuten stark zunimmt. In der Kategorie unter 10 Minuten verzeichnete der Mikrozensus bis 2008 einen Rückgang von 3,3 Prozentpunkten bei den Erwerbstätigen und bei den Schülern und Studenten immerhin einen Rückgang von 17,1 Prozentpunkten. In der Kategorie 30 bis 60 Minuten hingegen wird bei den Schülern und Studenten ein über die Jahre hinweg kontinuierlicher Anstieg um 13 Prozentpunkte sichtbar. Das bedeutet, dass fast jeder dritte Brandenburger Schüler oder Student im Jahre 2008 täglich mindestens einen Zeitaufwand von 30 Minuten auf sich nehmen musste, um zu seiner Schule bzw. Hochschule zu gelangen.

Entfernung

Ähnlich wie bei der Entwicklung des Zeitaufwandes lässt sich eine Tendenz zu einer größer werdenden Entfernung für den Hinweg zur Arbeitsstätte bzw. Schule/Hochschule über die Jahre hinweg erkennen. Am deutlichsten ist diese Entwicklung in der Kategorie unter 10 Kilometer sichtbar. Waren es 1994 noch mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen (58 %), die weniger als 10 km für den Hinweg zur Arbeit benötigten, so waren es 2008 fast 18 Prozentpunkte weniger. Bei den Schülern und Studenten ist der Rückgang noch drastischer. 1994 hatten fast 9 von 10 Schülern oder Studenten einen Weg unter 10 Kilometer vor sich, 2008 nur noch 6 von 10. Betrachtet man die Personengruppe der Erwerbstätigen genauer, wird deutlich, dass die Anzahl derjenigen, die mehr als 25 km zurücklegen, deutlich gestiegen ist. 1994 waren es noch 13,7 %, 2008 schon 24,8 %. Ähnlich sieht es bei den Schülern und Studenten aus. Hier war von 1994 bis 2008 ein Anstieg von 16,5 Prozentpunkten auf

18,2 %, zu verzeichnen. Aber auch bei der Entfernung zwischen 10 und 25 Kilometern nahm der Anteil der Schüler/Studenten zu. 2008 waren es bereits 22,8 % – im Vergleich zu 1994 (11,8 %) ein deutlicher Unterschied.

Die Entfernung zum Arbeitsplatz bzw. zur Schule/Hochschule hat sich seit 1994 für den Brandenburger Erwerbstätigen bzw. Schüler und Studenten enorm vergrößert. Dadurch erhöht sich der Zeitaufwand für den Arbeits- oder Schulweg. Schüler und Studenten nutzen dafür zunehmend öffentliche Verkehrsmittel: 2008 fuhren knapp 42 % mit Bus, U-/S-, Straßen- und Eisenbahn (1994 waren es 28 %). Bei den Erwerbstätigen hingegen scheinen öffentliche Verkehrsmittel

weniger beliebt – sowohl 1994, als auch 2008 wurden sie gerade einmal von 12 % genutzt. Auch Fahrgemeinschaften waren eher selten vorzufinden.

Fazit

Die freiwillig zu beantwortenden Fragen des Mikrozensus liefern einen wertvollen Beitrag zur Untersuchung vielfältiger sozialer Sachverhalte. Obwohl diese Fragen nicht mit einer Auskunftspflicht belegt sind, beantworten sie relativ viele der Brandenburger. Die meist vier Jahre betragende Zeitspanne für die Wiederholung der Fragen, dann bei einem vollständig erneuerten Kreis der Auskunftspflichtigen, wird als ausreichend für viele Untersuchungen eingeschätzt.

Jürgen Hübner

Historisches



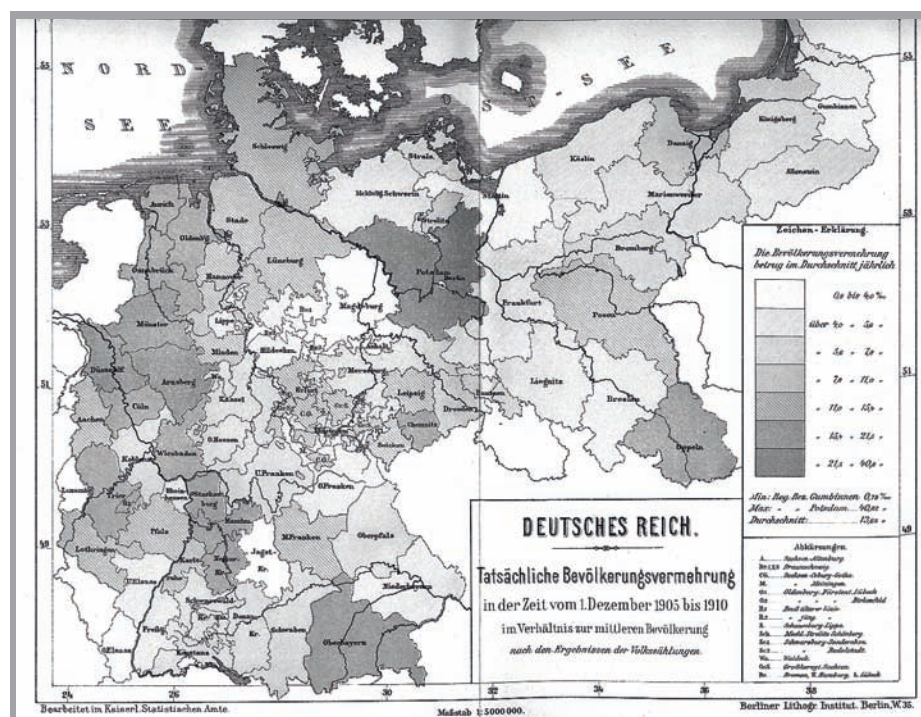
Grafische Darstellungen um 1910

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912 enthält im Anhang drei Karten mit Darstellungen zur Bevölkerungsstatistik. Die aus heutiger Sicht wichtigste Karte stellt die „Tatsächliche Bevölkerungsvermehrung“ dar. Auf der ersten Seite des Jahrbuches ist eine dazu passende Tabelle „Gebietseinteilung und Bevölkerung 1. Die Bundesstaaten nach Fläche und Bevölkerung“ wiedergegeben. In ihr wird im Wesentlichen die Volkszählung am 1. Dezember 1910 mit der von 1905 in insgesamt 42 Staaten und Landes- teilen verglichen. Das zeigt: auch damals nahm man die Bevölkerungsentwicklung sehr ernst.

Dokumentiert wurde in der Tabelle (auf der nächsten Seite) der damalige Gebietsstand mit seinen 13 Provinzen, 3 Königreichen, 6 Großherzog-, 5 Herzog-, 12 Fürstentümern sowie Berlin und den 3 freien Städten. Das war vor dem Ersten Weltkrieg, als kein Polnischer Staat existierte. Heute ist die Bundesrepublik Deutschland verwaltungsmäßig in 16 Bundesländer, darunter 3 Stadtstaaten, gegliedert. Auch wenn viele Bezeichnungen ähnlich klingen, sind doch in den letzten 100 Jahren besonders im Osten große Veränderungen erfolgt.

Immerhin wuchs die gesamte Bevölkerung damals in 5 Jahren um 7,1 % und seit 1871 um 58,1 %, was einer jährlichen Steigerung von jeweils 1,0 % entspricht. Spitzenreiter war in beiden Zeiträumen die „Freie und Hansestadt Hamburg“ mit +15,9 bzw. +199,3 %, Schlusslicht in den damaligen letzten 5 Jahren das Herzogtum Anhalt mit +0,9 % und in den zurückliegenden fast 40 Jahren Hohenzollern (eine preußische Enklave im damaligen Baden und Württemberg) mit +8,3 %.

In der entsprechenden Karte „Tatsächliche Bevölkerungsvermehrung in der Zeit vom 1. Dezember 1905 bis 1910 im Verhältnis zur mittleren Bevölkerung nach den Ergebnissen der Volkszählungen“ erfolgte dann die regionale Untergliederung bis auf die Regierungsbezirke. Es zeigt sich, dass der Regierungsbezirk Potsdam mit +40,82 % in 5 Jahren den Spitzenwert erreichte, während der Regierungsbezirk Gumbinnen im östlichsten Teil (heute teilweise zu Polen und Russland gehörend) mit +0,79 % den Minimalwert repräsentierte. Da es damals noch keinen Computer mit leistungsfähigen Grafikprogrammen gab, wurden die Karten in einem Litho-



grafischen Institut bearbeitet. Dabei passierten dann auch „Schreibfehler“, wie hier, wo es offensichtlich % anstelle ‰ heißen muss.

Damals wie heute galt, dass dort, wo die Wirtschaft stark ist, sich auch die Bevölkerung durch Geburten und Zuzug überdurchschnittlich entwickelt. Im Jahr 2007 war wiederum die Stadt Potsdam im Land Brandenburg mit einem Bevölkerungszuwachs von 1,4 %

zum Vorjahr führend und der Landkreis Elbe-Elster hatte mit -1,9 % die niedrigste Veränderung innerhalb eines Jahres erreicht. Das gesamte Brandenburg schrumpfte: -0,5 %.

Preußen und das Deutsche Reich gibt es nicht mehr und die damalige Provinz Brandenburg hat mit dem heutigen Bundesland auch nur den Namen gemeinsam.

I. Gebietseinteilung und Bevölkerung.

1. Die Bundesstaaten nach Fläche und Bevölkerung.

(Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Jahrgang 1911, IV.)

Staaten und Landesteile	Fläche qkm	Ortsanwesende Bevölkerung			Bevölke- rungs- zunahme in ‰ von	Auf 1 qkm kommen			
		am 1. Dezember 1910				am 1. Dezember 1905	Einwohner		
		männlich	weiblich	zusammen			1905 bis 1910	1871 bis 1910	
Provinz Ostpreußen	37 002,0	1 003 340	1 060 835	2 064 175	2 030 176	1,7	13,2	55,8	49,3
„ Westpreußen	25 554,7	837 807	865 667	1 703 474	1 641 874	3,8	29,6	66,7	51,5
Stadt Berlin	63,4	994 206	1 077 051	2 071 257	2 040 148	1,5	150,7	32 664,5	13 951,4
Provinz Brandenburg	39 842,3	1 992 016	2 100 600	4 092 616	3 531 856	15,9	100,9	102,7	51,1
„ Pommern	30 131,4	844 343	872 578	1 716 921	1 684 345	1,9	19,9	57,0	47,5
„ Posen	28 991,5	1 011 139	1 088 692	2 099 831	1 986 637	5,7	32,6	72,4	54,7
„ Schlesien	40 335,1	2 512 713	2 713 249	5 225 962	4 942 725	5,7	41,0	129,6	92,0
„ Sachsen	25 267,3	1 519 256	1 570 019	3 089 275	2 979 249	3,7	46,9	122,3	83,3
„ Schleswig-Holstein	19 018,8	830 834	790 170	1 621 004	1 504 248	7,8	55,1	85,2	55,0
„ Hannover	38 509,4	1 483 138	1 459 298	2 942 436	2 759 245	6,6	50,0	76,4	50,9
„ Westfalen	20 219,6	2 115 380	2 009 716	4 125 096	3 618 090	14,0	132,4	204,0	87,8
„ Hessen-Nassau	15 702,0	1 084 600	1 136 421	2 221 021	2 070 052	7,3	58,6	141,4	89,2
„ Rheinland	27 000,2	3 584 502	3 536 638	7 121 140	6 436 337	10,6	99,0	263,7	132,6
Hohenzollern	1 142,2	34 451	36 560	71 011	68 282	4,0	8,3	62,2	57,4
Königreich Preußen	348 779,9	19 847 725	20 317 494	40 165 219	37 293 264	7,7	62,7	115,2	70,8
Bayern rechts des Rheins	69 942,2	2 915 889	3 034 317	5 950 206	5 638 539	5,5	40,4	85,1	60,6
Bayern links d. Rheins (Pfalz)	5 928,0	463 691	473 394	937 085	885 833	5,8	52,4	158,1	103,8
Königreich Bayern	75 870,2	3 379 580	3 507 711	6 887 291	6 524 372	5,6	41,6	90,8	64,1
Königreich Sachsen	14 992,9	2 323 903	2 482 758	4 806 661	4 508 601	6,6	88,0	320,6	170,5
Königreich Württemberg	19 507,3	1 192 392	1 245 182	2 437 574	2 302 179	5,9	34,0	125,0	93,2
Großherzogtum Baden	15 070,3	1 059 579	1 083 254	2 142 833	2 010 728	6,6	46,6	142,2	96,9
Großherzogtum Hessen	7 688,4	639 198	642 853	1 282 051	1 209 175	6,0	50,3	166,8	111,0
Großherzogtum Mecklenburg- Schwerin	13 126,9	317 964	321 094	639 958	625 045	2,4	14,7	48,8	42,5
Großherzogtum Sachsen- Weimar	3 610,0	204 375	212 774	417 149	388 095	7,5	45,8	115,6	79,2
Großherzogtum Mecklenburg- Strelitz	2 929,3	53 518	52 924	106 442	103 451	2,9	9,8	36,3	33,1
Großherzogtum Oldenburg	6 429,1	244 018	239 024	483 042	438 856	10,1	52,6	75,1	49,3
Herzogtum Braunschweig	3 672,0	242 783	251 556	494 339	485 958	1,7	58,6	134,6	84,5
Herzogt. Sachsen-Meiningen	2 468,3	136 614	142 148	278 762	268 916	3,7	48,3	112,9	76,2
Herzogt. Sachsen-Altenburg	1 323,5	106 278	109 850	216 128	206 508	4,7	52,1	163,3	107,4
Herzogt. Sachsen-Coburg-Gotha	1 976,8	125 330	131 847	257 177	242 432	6,1	47,5	130,1	89,0
Herzogtum Anhalt	2 299,4	161 134	169 994	331 128	328 029	0,9	62,8	144,0	88,7
Fürstentum Schwarzburg- Sondershausen	862,2	44 149	45 768	89 917	85 152	5,6	33,8	104,3	77,9
Fürstentum Schwarzburg- Rudolstadt	941,0	49 335	51 367	100 702	96 835	4,0	33,3	107,0	80,3
Fürstentum Waldeck	1 121,0	30 544	31 163	61 707	59 127	4,4	9,8	55,0	50,2
Fürstentum Reuß älterer Linie	316,3	34 781	37 988	72 769	70 603	3,1	61,4	230,1	142,5
Fürstent. Reuß jüngerer Linie	826,7	74 345	78 407	152 752	144 584	5,6	71,6	184,8	107,8
Fürstent. Schaumburg-Lippe	340,3	23 400	23 252	46 652	44 992	3,7	45,5	137,1	93,9
Fürstentum Lippe	1 215,2	73 254	77 683	150 937	145 577	3,7	35,8	124,2	91,5
Freie und Hansestadt Lübeck	297,7	56 911	59 688	116 599	105 857	10,1	123,5	391,7	175,2
Freie Hansestadt Bremen	256,4	148 529	150 997	299 526	263 440	13,7	144,7	1 168,2	476,8
Freie und Hansestadt Hamburg	414,5	504 902	509 762	1 014 664	875 149	15,9	199,3	2 447,6	816,8
Reichsland Elsaß-Lothringen	14 521,8	965 625	908 389	1 874 014	1 814 564	3,3	20,9	129,0	106,8
Deutsches Reich	540 857,6	32 040 166	32 885 827	64 925 993	56 641 489	7,1	58,1	120,0	75,9

1) Die geringe Abweichung zwischen der für 1905 hier nachgewiesenen Einwohnerzahl und der für dasselbe Jahr früher veröffentlichten beruht bei der Provinz Hannover und dem Königreich Preußen auf Gebietsaustausch zwischen Preußen und Hamburg im Jahre 1903, bei anderen Provinzen auf Nachträgen zu der Einwohnerzahl einiger Gemeinden. — 2) Siehe Anmerkung 1.

Aus der amtlichen Statistik

┐ Mitteilungen und Nachrichten

Berliner SCORUS Tagung 2010

Zum 15. Mal hat vom 29. bis 31. März 2010 die internationale Berliner SCORUS-Konferenz stattgefunden. Das „Standing Committee On Regional and Urban Statistics“ (SCORUS) beschäftigt sich seit 1990 mit Fragen der Städte- und Regionalstatistik. Diese Unterorganisation der IAOS, der Vereinigung staatlicher und städtischer Statistiker, befasst sich schwerpunktmäßig mit demografischen Fragen.

Organisiert und geleitet wurde dieses internationale Treffen wie in all den Vorjahren vom früheren Leiter des Statistischen Landesamtes Berlin, Prof. Dr. Eckart Elsner. Bei der diesjährigen Tagung ging es wiederum um junge Leute und wie deren Situation verbessert werden kann.

Der Schwerpunkt der Vorträge wechselt von Jahr zu Jahr. 2010 fiel er unter die Rubrik „Relations between Generations and Challenges of an Ageing Society“. Neben den ausländischen Teilnehmern haben auch zwei Mitarbeiter des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zu diesem Thema referiert.

Die Teilnehmer der dreitägigen Veranstaltung kamen aus Kyoto (Japan), Hongkong (China), Detroit (USA), Helsinki (Finnland) und Lagos (Nigeria) sowie aus vielen anderen Städten. Jedes Jahr sind es etwa 35 bis 45 Teilnehmer, teils von Forschungsinstituten und Universitäten, aber auch aus Statistischen Ämtern und Stadtverwaltungen sowie Planungsinstitutionen, es sind aber auch Journalisten dabei, seltener Politiker. Üblicherweise kommen die meisten Teilnehmer aus Polen, so auch 2010. Vorträge und Diskussionen finden in englischer Sprache statt.

Jedes Jahr hat auch das attraktive Rahmenprogramm eine gewisse Anziehungskraft. 2010 gab es eine englischsprachige Führung durch das Schöneberger Rathaus und durch das Internationale Congress Centrum sowie einen Besuch des Berliner Fernsehturms, des zweithöchsten Gebäudes Europas. Danach gab es ein Abendessen im früheren Berliner Rathaus (Gerichtslaube), wo 1862 das erste deutsche rein Städtestatistische Amt gegründet worden war.

Veröffentlichungen

■ Berlin, Januar und Februar 2010

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

2. Quartal 2009	vj 2/09
A I 1/A II 4	6,00 EUR

Wanderungen Berlin

1. Quartal 2009	vj 1/09
A III 1	6,00 EUR

Absolventen/Abgänger der allgemeinbildenden Schulen Schülerbewegung

Jahr 2008	j 08
B I 5	7,00 EUR

Lehrgänge des Zweiten Bildungsweges

Schuljahr 2008/2009	j 08/09
B IV 2	7,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Oktober 2009	m 10/09
D I 1	7,00 EUR

Insolvenzen

01.07. bis 30.09.2009	vj 3/09
D III 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

November 2009	m 11/09
E I 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe, Auftragseingangsindex

November 2009	m 11/09
E I 3	6,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) Investitionen der Betriebe

Jahr 2008	j 08
E I 6	7,00 EUR

Baugewerbe

November 2009	m 11/09
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Baugewerbe, Ergebnisse der Ergänzungs- erhebung im Bauhauptgewerbe und der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe

Jahr 2009	j 09
E II 2/E III 2	7,00 EUR

Baugenehmigungen

November 2009	m 11/09
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

November 2009	m 11/09
G I 1/G IV 3	7,00 EUR

Gäste, Übernachtungen und Beherbergungskapazität

Oktober 2009	m 10/09
G IV 1/G IV 2	6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle Endgültiges Ergebnis

Oktober 2009	m 10/09
H I 1	7,00 EUR

Binnenschifffahrt

3. Vierteljahr 2009	vj 3/09
H II 1	6,00 EUR

Sozialhilfe

Empfänger von Leistungen nach Kapitel 5. bis 9. SGB XII

Jahr 2008	j 08
K I 3	7,00 EUR

Grundsicherung im Alter

Jahr 2008	j 08
K I 4	6,00 EUR

Verbraucherpreisindex

Dezember 2009	m 12/09
M I 2	7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

November 2009	vj 4/09
M I 4	7,00 EUR

Vierteljährliche Verdiensterhebung

3. Quartal 2009	vj 3/09
N I 1	7,00 EUR

Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2007 Berechnungsstand: August 2009

2007	j 07
P I 4	7,00 EUR

Klimawirksame Stoffe

Jahr 2008	j 08
Q IV 1	6,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418



Brandenburg, Januar und Februar 2010

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

2. Quartal 2009	vj 2/09
A I 1, A II 4	6,00 EUR

Bevölkerung der Gemeinden

1. Halbjahr 2009	hj 1/09
A I 10, A VI 2	7,00 EUR

Wanderungen

2. Quartal 2009	vj 2/09
A III 1	6,00 EUR

Arbeitsmarkt

Januar 2010	m 01/10
A VI 7	6,00 EUR

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2009	j 09
C II 2	7,00 EUR

Ernteberichterstattung über Gemüse im Erdbeeren – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2009	j 09
C II 4	6,00 EUR

Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung

Jahr 2009	j 09
C II 7	7,00 EUR

Viehbestände – Schweine Repräsentative Erhebung

3. November 2009	j 09
C III 3	7,00 EUR

Schlachtungen und Fleischerzeugung

November 2009	m 11/09
C III 6	6,00 EUR

Rinder

3. November 2009	hj 2/09
C III 9	7,00 EUR

Gewerbeanzeigen

November 2009	m 11/09
D I 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Dezember 2009	m 12/09
E I 1	7,00 EUR

Auftragseingangsindex

Dezember 2009	m 12/09
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe

Jahr 2009	j 09
E II 1; E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

November 2009	m 11/09
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

November 2009	m 11/09
G I 1; GIV 3	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

November 2009	m 11/09
H I 1	7,00 EUR

Verbraucherpreisindex

Dezember 2009	m 12/09
M I 2	7,00 EUR

Verdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

3. Quartal 2009	vj 3/09
N I 1	7,00 EUR

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschafts- bereichen – Berechnungsstand: August 2009

1991 bis 2007	j 07
P I 4	7,00 EUR

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Jahr 2007	3j/07
Q I 1	10,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

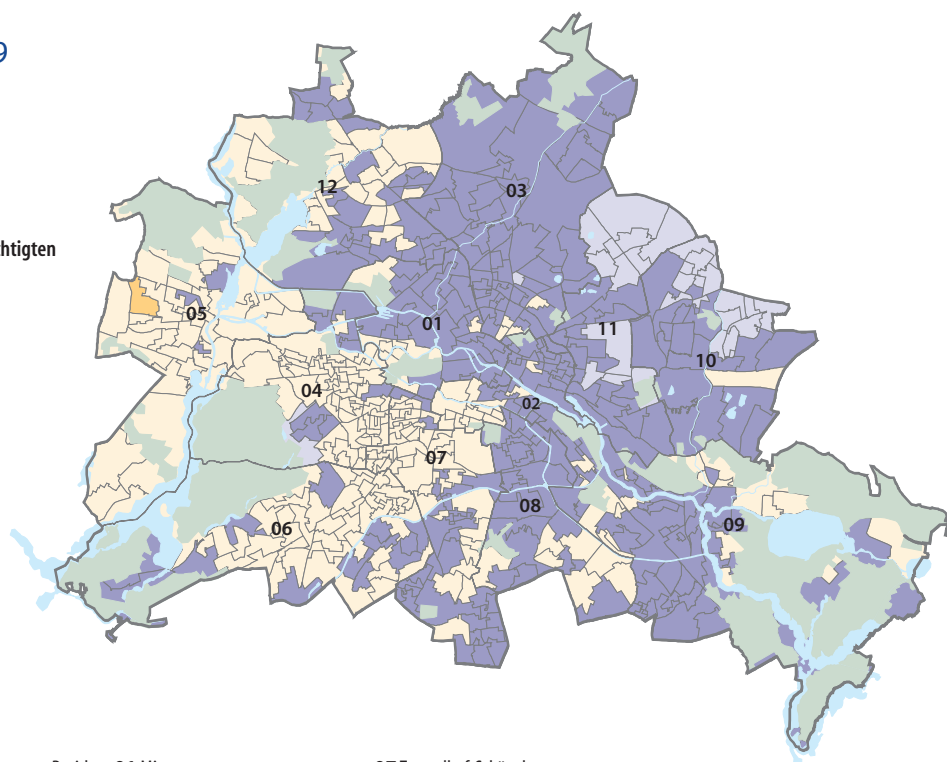
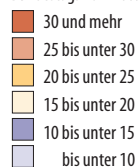
Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

SPD-Anteile an den Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin

a) Bundestagswahl 2009

SPD in Prozent der Wahlberechtigten

Bundestagswahl 2009 in Berlin



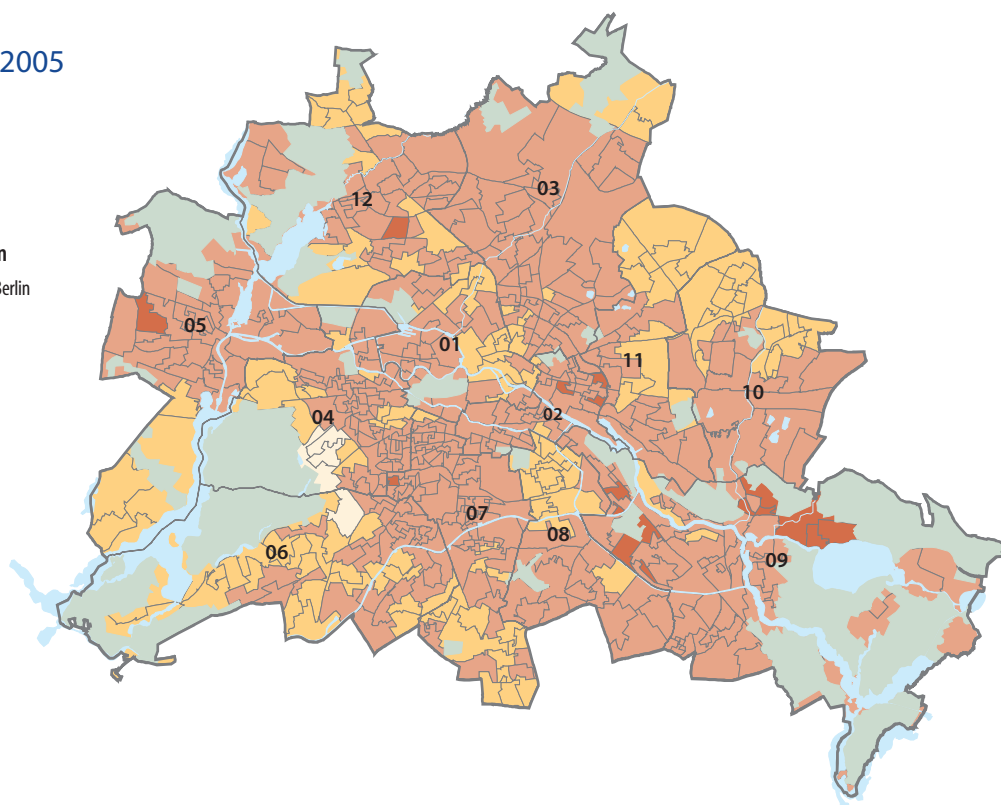
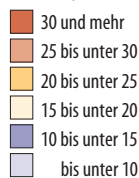
Bezirke: 01 Mitte
02 Friedrichshain-Kreuzberg
03 Pankow
04 Charlottenburg-Wilmersdorf
05 Spandau
06 Steglitz-Zehlendorf
07 Tempelhof-Schöneberg
08 Neukölln
09 Treptow-Köpenick
10 Marzahn-Hellersdorf
11 Lichtenberg
12 Reinickendorf

Wasserfläche
Wald- oder Grünfläche

b) Bundestagswahl 2005

SPD in Prozent der Wahlberechtigten

Bundestagswahl 2005 in Berlin

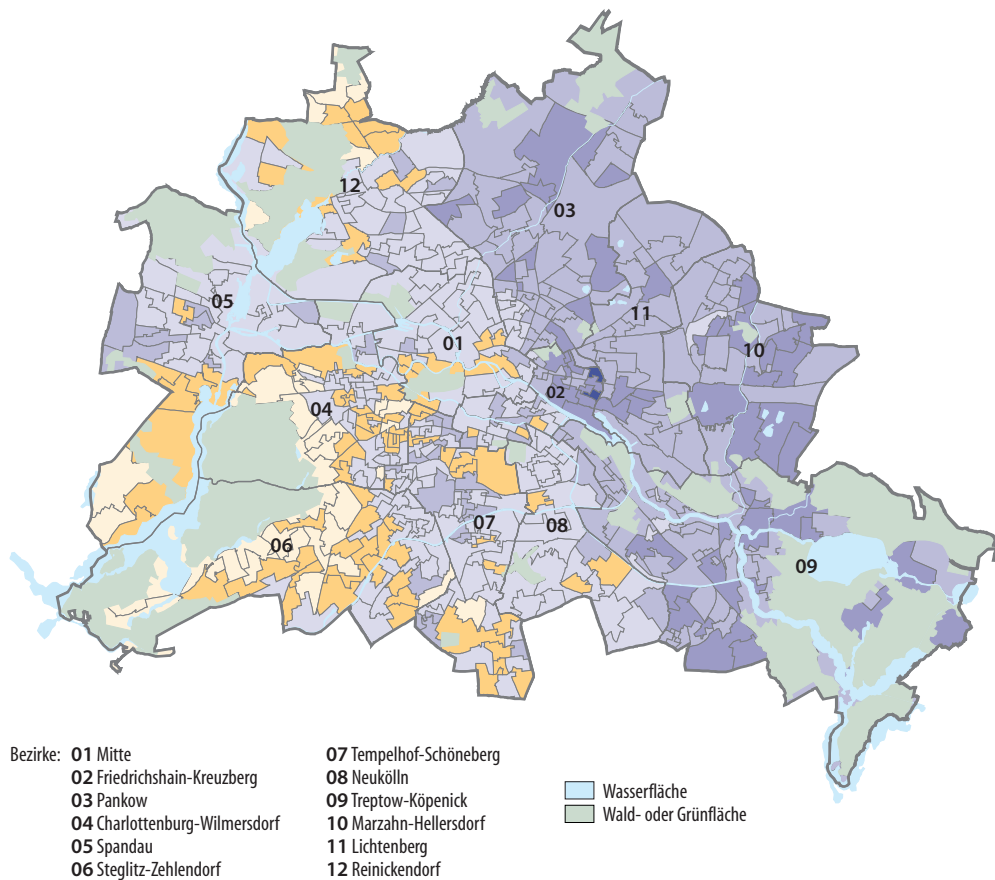


SPD-Anteile an den Wahlberechtigten
bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005
in Berlin

c) Verluste 2009
gegenüber 2005

Verluste der SPD
Bundestagswahl 2009
gegenüber 2005 in Berlin

- 20,0 bis unter -17,5
- 17,5 bis unter -15,0
- 15,0 bis unter -12,5
- 12,5 bis unter -10,0
- 10,0 bis unter -7,5
- 7,5 und weniger



d) Relative Stärke
2009 und 2005
(Bezug Mittelwerte
Berlin-Ost und
Berlin-West)

Relative Stärke

- 2005 über-/2009 unterdurchschnittlich
- 2005 und 2009 unterdurchschnittlich
- 2005 unter-/2009 überdurchschnittlich
- 2005 und 2009 überdurchschnittlich

